

# Volkswacht

für Schlesien

den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Ausblick“, „Sozialistische Literatur-Rundschau“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ und der monatlichen Beilage „Junge Kämpfer“

**Bezugspreis:** Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Expeditoren Buchhandl. 4/6. Durch die Abonnenten der „Volkswacht“, Neue Graupenstraße 5 und Friedrich-Wilhelm-Str. 105, Reichshofstraße 155, sowie durch alle Buchhändler zu beziehen. Einzelhefte im voraus zu entnehmen. Preis 10 Pf. 12 Hefte 1.20 RM. 24 Hefte 2.40 RM. 48 Hefte 4.80 RM. 96 Hefte 9.60 RM. 180 Hefte 18.00 RM. 360 Hefte 36.00 RM. Durch die Post einbez. Bezahlungsgebühren 2.40 RM.

## Organ für die werktätige Bevölkerung

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2  
Fernsprech-Anschlüsse Geschäftsstelle 217 32, Redaktion 217 35  
Postfach-Konto Postfach-Nr. Breslau 5852  
Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Fil. Breslau  
Unseriengelt eingelebte Manuskripte werden nur zurückgeliefert, wenn Rückporto beiliegt

**Anzeigenpreis:** Je Zeile für geschäftliche Anzeigen aus Schlesien 10 Pf. auswärts 17 Pf. Einzelzeilen unter 100 W. Familienanzeigen, Stellenangebote, Stellenanzeigen, Gesuchanzeigen und Wohnungs-Anzeigen 10 Pf. Klein-Anzeigen 5 Pf. 3 W. das letzte Wort 4 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer werden bis vormitags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expeditoren-Geschäftsstelle 4/6 oder in den Zweigstellen abgegeben werden.

# Frei der Hochverräter

### Seine moralische Dinnrichtung durch Sellmann im Reichstag

Der Reichstag hat am Montag nachmittag seine Vollversammlung nach der Pfingstpause wieder aufgenommen. Präsident Loh teilte mit, daß in Abänderung der Tagesordnung zunächst der Haushalt des Reichsministeriums des Innern beraten werde.

**Reichsinnenminister Dr. Wirth**

Der Reichstag mit dem Ruf „Frei Heil!“ begrüßt und darauf hinweisend, daß das nicht sein gewohnter Gruß sei. In Lübeck bis jetzt 39 Säuglinge gestorben, die mit dem Calmetteschen Schutzstoff geimpft worden waren, und noch scheint das die der Erkrankungen nicht gekommen zu sein. Die Reichsregierung spricht den betroffenen Familien das tiefste Mitgefühl. In anderen Ländern, besonders in Frankreich ist diese Impfung in mehr als 500 000 Fällen ohne Zwischenfall vorgenommen worden. Im vorigen Jahre hat der Lübecker Senat einstimmig beschlossen, das Verfahren dort einzustellen. Die Impfung waren schon im Juli 1929 von Prof. Calmette bezogen worden. Es wurde zunächst eine ausführende Vorbereitung durch Ärzte, Hebammen und Bezirksfürsorgerinnen vorgenommen. In jedem einzelnen Fall ist das Einverständnis der Eltern auf Grund eines Merkblattes einer mündlichen Beratung eingeholt worden; es wurden 50 Prozent der seit dem 24. Februar 1930 geborenen Säuglinge insgesamt 246 mit dem Schutzstoff behandelt. Eine Prüfung Schutzstoffes an Tieren vor der Verabreichung an Kinder ist vorgenommen worden. (Hört! Hört!) Ich stelle das ausdrücklich fest, weil auf Grund entgegenstehender, unrichtiger Informationen im Ausland schon unrichtige Schlusfolgerungen gezogen worden sind. Am 6. April ist der erste Todesfall eingetreten, und die Obduktion hat als Todesursache generalisierte Lungenentzündung ergeben. Damit begann der Zug des Todes, der nicht leidet zu sein scheint. Eine vollkommene Aufklärung noch nicht erreicht. Es geschieht jedoch alles, um dahin zu gehen, und vor allem festzustellen, inwiefern ein irrtümliches, zweckmäßiges oder fehlerhaftes Vorgehen eingeschlagen worden. Diese Feststellung ist Sache des Staates Lübeck, und es ist anzunehmen, daß sie bald ein klares Ergebnis liefert. Die Todesfälle in Lübeck gehen weit über die Bedeutung eines nur lokalen Unglücks hinaus, die ganze zivilisierte Welt hat ihnen mit Recht größte Aufmerksamkeit zugewendet und erwartet eine möglichst vollständige Aufklärung. Das Reichsministerium des Innern, die Reichsmedizinalverwaltung und das Reichsgesundheitsamt bemühen sich darum in jeder Weise. Noch im Mai 1927 hat das Reichsministerium an die Länder eine juristisch haltende Mitteilung über die Anwendung dieses Schutzstoffes gerichtet. Dieser Haltung hat sich seither nichts geändert. Man muß erwidern, ob das Calmette-Verfahren selbst oder Fehler in seiner Ausführung besonders Verunreinigung oder Verwechslung der verwendeten Bakterienkulturen die Schuld an dem Säuglings-tode tragen. Diese Frage kann vorläufig nicht mit Bestimmtheit beantwortet werden. Die Untersuchung darüber wird sich in den nächsten Wochen dauern. Hoffentlich gelingt es, einem klaren Ergebnis zu kommen. Die Lübecker Regierung unter ständiger Beteiligung der Bürgerschaft, in der alle beteiligten Sachverständigen vertreten sind, alles getan, um zu retten, was noch zu retten ist, um die geundbleibenden Säuglinge sorgfältig zu schützen. An den Obduktionen nimmt jetzt auch der Direktor der Berliner Charité, Prof. Schürmann, teil. Es wird ständiger Verbindung mit Prof. Calmette gearbeitet und jede Möglichkeit ausgenutzt, um den wirklichen Sachverhalt zu ergründen und um die Klärung im Interesse der Humanität und der Wissenschaft zu finden.

**Abg. Sellmann (Soj.):**

Wir schließen uns den Worten des Reichsinnenministers, besonders dem Ausdruck des Mitgeföhls für die Familien der Opfer an. Es ist erschreckend, daß in einem Lande, in dem sich hochentwickelter medizinischer Wissenschaft, in einem so berühmten Krankenhaus, das von Medizinern geleitet wird, so viele Todesfälle erfolgen konnten. Als Nichtmediziner kann mir ein Urteil darüber nicht erlauben, mein Fraktionskollege Dr. Lohes wird dazu noch sprechen. Aber ich sage, die Schuld liegt nicht nur bei den Ärzten, sondern auch bei der Regierung, die ihm das mehr und mehr gelingen würde. Gegen unsere Stimmen ist im Haushaltsauschuss die Entscheidung angenommen worden.

**Die Staat und Kirche**

Im Kampfe gegen den Kulturbolschewismus anfrucht.

Die Fragen die Bestürzung dieser Entscheidung, was sie eigentlich unter „Kulturbolschewismus“ verstehen? Wie viele, dieses Schlagwort misbrauchen, ist der Kulturbolschewismus von jedem Familienab, jeder Versuch gemeinsamer Erziehung, Geschlechter, ist Kulturbolschewismus schon die Feuer-

bestattung, die Trennung von Staat und Kirche, die reichsgerichtliche Regelung des Kirchenaustritts, die Aufhebung des Gotteslästerungsparagrafen; jede Abchwächung des barbarischen und antisozialen § 218, jede reinliche Reform des Eherechts, obwohl dies alles Forderungen sind, die auch von unzweifelhaft tief christlichen Menschen vertreten werden.

Die herrschenden orthodox-christlichen Kreise bezeichnen aber alles als Kulturbolschewismus, was ihnen nicht paßt.

Wir lehnen eine Kulturbiktatur der christlich-orthodoxen Weltanschauung ebenso ab, wie eine atheistische Biktatur die von den Kommunisten ertrudt wird. Die christlichen Kirchen haben in der Republik eine hohe privilegierte Stellung. Sie sind öffentlich rechtliche Körperschaften, sie erheben mit staatlichen Mitteln die Kirchensteuer, sie erhalten große staatliche Subventionen, sie beeinflussen entscheidend fast das gesamte öffentliche Schulwesen. Noch mehr kann wirklich nicht für sie geschehen. Wenn sie sich dennoch nicht zurufen, mit anderen kulturellen Strömungen im geistigen Ringen fertig zu werden, so ist das ein Armutszeugnis. Wir leugnen die schwere Kulturrisse und auch sehr üble Erscheinungen nicht.

Die Zerlegung der ökonomischen und sozialen Struktur hat auch alte Kulturförmern zerbrochen.

Diese Zerlegungsercheinungen erstrecken sich auf alle Klassen und Weltanschauungen. Die christliche Grundhaltung und der sittliche Wille in kirchenfremden Kreisen ist nicht geringer als in der Masse der kirchlichen Leute. Wir brauchen nur die geistige und sittliche Haltung unserer jugendlichen Jugend und ihrer Veranlassungen zu vergleichen mit den kumpfhinigen alkoholischen Vergnügungen und der verderben Eröit in ländlichen Gebieten, wo der Kulturbolschewismus nicht einmal dem Namen nach bekannt ist.

# Moldenhauers Stellung erschüttert

## Die volksparteiliche Reichstagsfraktion lehnt seine Steuerpläne ab und hofft auf den Rücktritt des Finanzministers

Der Reichsfinanzminister hat dem Reichsrat nunmehr seine Steuerpläne vorgelegt, mit der Bitte, sie bereits in der Sitzung vom 18. Juni zu behandeln, da die Gesetzentwürfe unter allen Umständen vor der Sommerpause des Reichstags verabschiedet werden müßten.

Das Kernstück dieses Gesetzes, die Reichshilfe, ist inzwischen von fast sämtlichen hinter der Regierung stehenden Parteien abgelehnt worden. Die Volkspartei hat sich am Montag abend sogar einstimmig gegen das Kopier ihres Finanzministers gewandt und verschiedene andere Dedungsvorschläge gemacht, die auf eine weitere Befreiung der minderbemittelten Bevölkerungsschichten hinauslaufen. Sie hat darüber ein endloses Kommuniqué verbreitet, in dem es zunächst heißt, daß das Problem der deutschen Wirtschaft und der Finanzen des Reiches nicht von der Steuerseite, sondern nur von der Seite der Belebung der Wirtschaft und der rückstandslosen Sentung der Ausgaben angefaßt werden könne.

Vor allem müsse die Senkung der Produktionskosten durch Herabsetzung der Personalausgaben in der Privatwirtschaft, also Herabsetzung der Löhne durch eine gleichzeitige Herabsetzung der Preise, und eine starke Minderung der Ausgaben der öffentlichen Verwaltung in Reich, Ländern und Gemeinden durchgeführt werden.

Solange die Voraussetzungen für eine solche gemeinschaftliche Kräfteanstrengung des ganzen Volkes, sei es durch freie Vereinbarungen, sei es im Wege der Gesetzgebung, nicht gegeben seien, bläße eine Sonderbelastung wie das Kopier oder die Reichshilfe der Fehlbetragten ungerichtet und wirkungslos. Die Reichshilfe müsse daher von der Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei abgelehnt werden. Schließlich fordert die Volkspartei neben einer Herabsetzung der Personalausgaben in der gesamten öffentlichen Verwaltung eine Bürgerabgabe, d. h. eine Kopfsteuer für jeden wahlberechtigten Gemeindegänger. Diese Steuer soll reichsrechtlich festgelegt werden.

Die volksparteiliche „Deutsche Allgemeine Zeitung“ bemerkt zu der Erklärung der Volkspartei, daß der volksparteiliche Reichsfinanzminister, der bei der gestrigen Sitzung seiner Fraktion von Anfang bis zum Ende beizubohnte, der Entscheidung zwar nicht zugestimmt, sich aber mit ihren Gedankengängen grundsätzlich einverstanden erklärt habe, d. h. nichts anderes, als das der Reichsfinanzminister seine eigenen Vorklagen wiederholt im Blick auf lassen dröblich. Warum, wollen wir bei diesem straggeligen Verhalten nicht näher untersuchen. Die Gerichte von seinem bevorstehenden Rücktritt läßt er von der ihm nahestehenden Presse

Wir Sozialisten lehnen es ab, uns unter die sittliche Vormundschaft anderer Gruppen zu stellen.

Wir lehnen es auch ab, die Polizei zum Maßstab kulturellen Urteils zu machen. Der sozialistische Kulturwille wird sich stets gegen alles auflehnen, was an wirklichem Schlamme über unser Volk rinnt. Pharisäer wollen wir aber nicht werden. Keine Herrschaft ist schlimmer als die des Pharisäertums.

Im Haushalts-Ausschuss sind auch die großen staatspolitischen Probleme der Republik lebhaft umstritten worden. Der Reichsminister Dr. Wirth hat sich als ein Todfeind des jetzt geltenden Votenwahlrechts bezeichnet.

Wenn er diese Todfeindschaft in Taten umsetzen will, muß er das Verhältniswahlrecht abschaffen. Dafür wird er keinesfalls eine verfassungswidrige Mehrheit finden. Gemäß ist auch jedes Wahlrecht wie jede Staatsform der politischen Entwicklung unterworfen, aber jeder echte Demokrat wird nur mit großer Vorsicht an die Vonderung eines Wahlrechts herangehen, das mindestens formal demokratischen Idealen entspricht. Wir wollen auch bei der Beurteilung des Wahlrechts nicht vergessen, daß bisher seit der Revolution noch nie unter einigermassen normalen politischen Verhältnissen gewählt werden konnte. Was wollen nun eigentlich die Wahlreformer; die es vereinigt auch in meiner Partei gibt? Der Herr Minister hat behauptet, das Votenwahlrecht verhalte die politische Ermüdung des deutschen Volkes. Die Wahrheit ist aber, daß unter dem Einmännerwahlkreis der Vorkriegszeit die Wahlbeteiligung nicht höher war als jetzt. Von 1884 bis 1912 schwankte die Wahlbeteiligung im Reiche zwischen 60,5 und 84,9 vom Hundert; in den Jahren 1919 bis 1928 von 61,7 bis 84,4 vom Hundert. Bei den Länder- und Gemeindevahlen hat sich unter dem Verhältniswahlrecht die Beteiligung gegenüber der Vorkriegszeit verdoppelt und verdreifacht.

Man behauptet, die Zahl der Parteien verringern zu wollen. Wie steht es damit? Der kleinere Reichstag von 1912 mit 397 Abgeordneten hatte 6 Fraktionen und 11 Splittergruppen. Nicht weniger als 50 Abgeordnete im Durchschnitt waren in der Vorkriegszeit unter dem Einmännerwahlkreis fraktionslos. Der letzte größere Reichstag mit 498 Abgeordneten hat 8 Fraktionen und nur 6 Splittergruppen, die übrigens zum Teil mit anderen Fraktionen in einer Arbeitsgemeinschaft stehen. Die Zersplitterung ist also geringer geworden. Man hüte sich vor dem Gedröbe der Splitterparteien. Die Nationalsozialisten,

wiederrum dementieren. Er habe nicht die Absicht zu demissionieren.

Inzwischen hat die Regierung von sich aus Verhandlungen zur Venderung ihres Dedungsprogramms mit einem Teil der hinter ihr stehenden Parteien und, wie es heißt, auch mit der preußischen Regierung eingeleitet. Brüning selbst hat diese Verhandlungen am Montag aufgenommen durch Besprechungen mit dem Führer der volksparteilichen Reichstagsfraktion Dr. Schöf. Im Verlauf der Erörterungen ließ Brüning durchblicken, daß die Regierung geneigt ist, auf ihre Dedungsvorschläge zu verzichten, soweit von den Fraktionen andere annehmbare Vorschläge zur Hebung des Defizits gemacht werden. Das Ziel der Verhandlungen scheint vor allem darauf hinauszuweisen, die Reichshilfe für die festbestohnten Angestellten der Privatindustrie völlig fallenzulassen und das Kopier für die Beamten zunächst um die Hälfte zu reduzieren und je nach den Einkünften des einzelnen Beamten zu staffeln.

Die so entstehenden Mindereinnahmen will man durch eine Erhöhung der Bier- und Tabaksteuer sowie der Heraufhebung anderer Steuern hereinholen.

Inwiefern es gelingen wird, auf der beabsichtigten Basis zu einer Verständigung zwischen der Regierung und den hinter ihr stehenden Parteien zu gelangen, dürfte sich wahrscheinlich schon heute oder morgen zeigen. Aber selbst wenn es möglich werden sollte, zu einer derartigen Einigung zu kommen, so besteht die Minderheitsregierung Brüning für ihre Pläne im Reichstag immer noch keine Mehrheit.

Die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion beschäftigte sich am Montag abend in mehrkündiger Aussprache mit der gegenwärtigen politischen Lage und den Vorschlägen der Reichsregierung zur Dedung des Fehlbetrages im Reichshaushalt. Die Debatte konnte wegen der vorgeschrittenen Zeit nicht zu Ende geführt, sie wird am Dienstag nachmittag fortgesetzt werden.

Zu freieren der volksparteilichen Reichstagsfraktion steht man in der letzten abend angenommenen Entscheidung gegen die Dedungspläne der Reichsregierung einen gewissen Widerspruch gegen den Reichsfinanzminister Dr. Moldenhauer. Man behauptet, Moldenhauers Stellung als Reichsfinanzminister sei erschüttert, und gibt sich der Hoffnung hin, daß er schließlich doch von sich aus die Konsequenzen aus der Lage ziehen und sein Amt zur Verfügung stellen. Die Möglichkeit der volksparteilichen Reichstagsfraktion, so wird man denken, würde geradezu auf den bevorstehenden Entschluß ihren Fraktionsführers Moldenhauer.



...ebenen. Ich bitte, doch auf die tatsächliche Lage Rücksicht zu nehmen.  
Es wäre mir eine Ehre, einen Reichsschulgeheimrat zu ernennen zu dürfen, aber es ist doch bekannt, welche heftigen Gegenstände in dieser Frage zwischen der liberalen Deutschen Volkspartei und den politischen Parteien bestehen, zu denen ich auch gehören darf.  
Auch in der hüringischen Schulgeheimrat bin ich nicht anders vorgegangen. Gerade evangelische Theologen haben diese Schulgebete entschieden ab, und haben es als durchaus richtig, daß ich diese für unser Verordnen als bedeutsame Frage vor den Staatsgerichtshof gelangen habe. Was heute in Thüringen möglich ist (Jurur der Wahl), wird sich morgen in Sachsen wiederholen!, kann bei kommenden Wahl leicht ins Gegenteil umschlagen. Der Herr Professor v. Harnack hat mir gegenüber betont, daß der Verstoß gegen die sittlichen Werte unseres Volkslebens durch den Radikalismus zu verurteilen droht. (Abg. Goebbels: Ein getroffen Hund bellt!) Es ist nicht richtig, daß sich ein getroffen Hund bellt. (Goebbels: Sie doch die jüdische Presse!) In der amtlichen Mitteilung steht, daß diese Gebete sich gegen art- und volksrechtliche Elemente richten. (Goebbels: Sehr richtig!) Sie richten gegen die Weimarer Verfassung, gegen Geist und Sinn des Reiches. Sie verstoßen gegen die deutsche Volkstugend, gegen die Dr. Spahn verheißenen deutschen Volkstugend, gegen ganze Gruppen unserer Volksgenossen. (Goebbels: das sind keine Volksgenossen!) Darauf gehe ich keine Antwort. Katholische und evangelische Kreise lehnen diese Gebete auf das entschiedenste ab. (Abg. Goebbels, die Vizepräsidenten Esler einzuweisen.) Der Artikel 148, 2 der Verfassung schreibt vor, daß die Gebete Andersdenkender nicht verlesen werden darf, und diese Verletzung ist auf Antrag der Deutschnationalen hineingekommen. (Abg. Goebbels: Und unsere Empfindungen? Die sind natürlich vogelweilig.) Ihre Empfindungen sind nicht vogelweilig, aber Sie haben die Freiheit der Republik mißbraucht. (Abg. Zustimmung links und im Zentrum. — Goebbels: Genau wie Ihre roten Genossen im Kaiserreich! — Mittelsprecher.)

Der Minister stellt dann noch Betrachtungen über republikanischen Konföderalismus an, lehnt es ab, außenpolitische Fragen zu besprechen, wie z. B. den Anschluß und das Wiener Studentenrecht, weist Spahn's Ausfälle gegen Briand's Memorandum über Panuropa zurück und schließt damit, daß die nächsten Tage Gelegenheit geben werden, z. B. bei der Debatte, ob man Staatskonföderation sei oder nach anderen Erwägungen handle. Er werde auch in der weiteren Debatte auf alle Fragen Rede stehen. (Beifall im Zentrum.)  
Abg. Dr. Schreiber (Ztr.): Der Streit zwischen dem Reich und Thüringen ist nicht ein Zeichen von politischer Kraft, sondern von Schwäche. Es ist unerträglich, daß fortwährend der Staatsgerichtshof angegangen wird, um zu entscheiden, ob das Reich oder die Länder zuständig sind. Gewisse Leute sind schadenstrotzend über diese republikanische Schwäche. Natürlich können Länderregierungen sachlich Opposition machen, aber sie dürfen nicht das Vorrecht der Reichspolitik rücksichtslos zerbrechen. Wir sind gegen Ausnahmegeetze, verneinen aber die Möglichkeit, daß extreme Staatsfeinde Polizeiminister werden können. Es wäre Selbstmord, wenn das Reich nicht die Kontrolle über die Verwendung der Polizeigewalt behielte. Was von der Reichswehr verlangt wird, muß auch für die Polizei gelten. Die gesunde föderative Idee darf nicht dazu mißbraucht werden, daß politische Verbände bei der Polizei Unterstützung finden. Wer den politischen Kampf mit Säulen, Messern und Schlagringen führt, darf sich nicht auf die Freiheit berufen. Die Langmut der Republik ist viel zu groß. Die hüringischen Schulgebete sind verfassungswidrig und gemeinschaftsgefährlich. Wohin kommen wir, wenn jeder Regierungswechsel neue Schulgebete bringt? Die antiparlamentarische Stimmung, die im Volk um sich greift, ist auf die Zustände in der deutschen Innenpolitik zurückzuführen.  
Abg. Maslowki (Komm.): Die Ausgaben für die Staatsmacht seien die Peitsche, die Kultur ausgeben das Zügelband für die Massen.  
Der Reichstag vertagt die Weiterberatung um 19,20 Uhr auf Dienstag 12 Uhr.

Bestimmungen darüber, ob und wo er verlegt wurde, und welcher Herkunft er ist, vorläufig noch nicht möglich waren. Die anderen Täter sind im Gedränge unerkannt entkommen.  
**Nun aber Schluss**  
Stettin, 16. Juni. (Eigener Drahtbericht.)  
In Cammin (Pommern) überfielen Nationalsozialisten eine Reichsbanner-Abteilung. Im Verlauf der Auseinandersetzungen wurden vierzehn Personen verletzt; darunter einige ernst.  
Der nationalsozialistischen Propagation konnte erst durch das Eingreifen des Stettiner Heberfallkommandos ein Ende gemacht werden. Die zuständigen Landräte verlagerten vollkommen. Als Reichsbannerleute einen Oberlandjäger darauf aufmerksam machten, daß die nationalsozialistischen Kommandos sich ihren gemeinen Heberfall in der von der preussischen Regierung verbotenen Uniform leisteten, wurde ihnen erwidert, daß das Verbot auf dem Dienstwege noch nicht zu seiner Kenntnis gelangt sei. Die Nationalsozialisten behaupten, daß ihnen der zuständige Landrat, ein Herr wilschminischer Schule, die Erlaubnis zum Tragen der Uniform gegeben habe.  
**Verhärfung des Uniformverbots in Baden**  
Karlsruhe, 17. Juni.  
Die badische Regierung hat das Verbot des Tragens der Uniform der Nationalsozialistischen Partei dahin verhärfert, daß in Zukunft auch Hakenkreuzabzeichen nicht mehr mitgeführt und Kleidungsstücke mit Hakenkreuzabzeichen, welcher Art sie auch sind, nicht mehr getragen werden dürfen. Verboten ist in Zukunft das Tragen jedes Kleidungsstückes, das die Zugehörigkeit zur Nationalsozialistischen Partei zum Ausdruck bringt. In der neuen Verfügung des badischen Innenministers wird den Amtsstellen gleichzeitig anheimgestellt, Rundgebungen der Nationalsozialistischen deutschen Arbeiterpartei auf öffentlichen Straßen und Plätzen bis auf weiteres ganz zu verbieten.  
Die Verhärfung des Verbots war notwendig geworden, nachdem den Nationalsozialisten das Uniformverbot dadurch zu umgehen trachteten, daß sie ihre provokatorischen Umzüge neuerdings in weißen Hemden mit Hakenkreuzabzeichen veranstalteten.

# Kommunistentheater im Landtag

**Debatte über den provisorischen Finanzausgleich**  
Berlin, 16. Juni. (Eig. Bericht.)  
Die Montag-Sitzung des Preussischen Landtages eröffnete Präsident Bartels mit einem Nachruf auf den am Sonnabend verstorbenen Abgeordneten Emil Faber-Frankfurt a. O. — Entgegen der sonstigen Gewohnheit blieben die Kommunisten während des Nachrufs außerhalb des Saales.  
Die Kommunisten beantragten sodann, auf die Tagesordnung einen Antrag zu setzen, wonach der Preussische Staat der revolutionären Gewerkschaftsopposition erhebliche Geldsummen zur Unterstützung der Wansfelder Aussperrten überweisen solle — Gegen die Beratung des Antrages wurde von der sozialdemokratischen Widerpart erhoben. — Auf der Tagesordnung stand der Finanzausgleich für Preußen für das Jahr 1930.

Schluß der Sitzung wird die Notverordnung über die Grundvermögenssteuer erledigt. Die Abstimmung darüber findet ebenfalls am 25. Juni statt.  
Nächste Sitzung Dienstag, den 24. Juni 1930: Staatsvertrag mit Bremen, kleinere Vorlagen.  
**Frid's neueste Leistung**  
Weimar, 16. Juni. (Eigener Drahtbericht.)  
Der Reichstagsabgeordnete Frid hat den Lehrer und sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten Erich Mäder-Altenburg in den Parteikampf verwickelt. Diese Maßnahme kann nicht anders als ein höchst verächtliches Zeichen gegen Mäder bezeichnet werden. Ein sachlicher Grund für die Amtsenthebung ist nicht gegeben und auch gesetzlich nicht begründet. Die Maßregelung ist als ein Mißbrauch von Staatsgewalt zu politischen Zwecken zu betrachten. Von den hundert Lehrstellen in Altenburg war eine Stelle abzubauen und zu diesem Zweck hat sich Frid ausgerechnet den sozialdemokratischen Lehrer Mäder herausgesucht, der über ausgezeichnete Kenntnisse verfügt und erst 33 Jahre alt ist.  
Mäder ist in kurzer Zeit der dritte Sozialdemokrat, den Frid aus dem Amte entfernt hat. Zuerst maßregelte er den Oberregierungsrat Jacoby aus dem Volksbildungsministerium, dann folgte der Oberregierungsrat Dr. Herrling und nun Lehrer Mäder. Das letzte Wort dürfte in dieser Angelegenheit noch nicht gesprochen sein.

**Remmele verhaftet**  
Nach der Vernehmung wieder entlassen  
Wie die Justizpressestelle mitteilt, ist der kommunistische Reichstagsabgeordnete Hermann Remmele, gegen den ein Verfahren wegen Vorbereitung zum Hochverrat schwebt, auf Veranlassung des hiesigen Untersuchungsrichters des Reichsgerichtes diesem heute vorgeführt worden, weil er zu einem Termin am Sonnabend, dem 14. Juni, trotz ordnungsmäßiger Ladung ohne ausreichende Entschuldigung nicht erschienen war. Er ist nach kurzer Vernehmung wieder entlassen worden. Der Reichstag hat bekanntlich die Genehmigung zur Durchführung des Verfahrens gegen ihn und notfalls auch zur zwangsweisen Vorführung gegeben.  
**Amtsenthebung eines kommunistischen Stadtrates**  
Der kommunistische Gemeinderat Heim in Schwenningen (Würt.) ist von der württembergischen Regierung mit sofortiger Wirkung seines Amtes vorläufig entlassen worden. Gleichzeitig wurde gegen Heim ein Disziplinarverfahren eingeleitet, weil er vor Gewerkschaftern Reden gehalten und sie zum Ungehorsam gegen die Lehrer aufgefordert haben soll.

**Abg. Szilart (Soz.):**  
Wir bedauern außerordentlich, daß der Stand der Finanzen im Reich Preußen nicht die Möglichkeit gibt, einen weitreichenden neuen Finanzausgleich zu schaffen. Man ist über im Reich auch noch zu keiner Verringerung des 85 genommen, und die bisherigen Vorschläge für den Reichsfinanzausgleich werden den Interessen Preußens wenig gerecht. Die preussische Regierung hat wenigstens anerkennenswerter Weise versucht, aufgrund der bestehenden Reichsgesetze den Gemeinden Arbeit über die Mittel zu geben, über die sie im laufenden Jahr verfügen können. Die von vielen Gemeinden gewünschte Bänderung der relativen Garantie ist in diesem Finanzausgleich für 1930 nicht enthalten. Nicht die Beseitigung, wohl aber die Veränderung der Formen der jetzigen relativen Garantie ist für den Finanzausgleich 1931 für dringlich. Der vorliegende Finanzausgleich für 1930 enthält eine Neuregelung der Einkommensteuern, die für die große Mehrzahl namentlich der kleineren Gemeinden eine wesentliche Verbesserung der Finanzen bringt. Wir hoffen, daß die kleineren Gemeinden in möglichst weitem Umfang die ihnen neu zugeteilten Schulgebühren zum Ausbau des Schulwesens benutzen. (Sehr laut bei den Soz.) Bedenken haben wir gegen die Vorschläge für Neuverteilung der Kraftfahrzeugsteuer, insbesondere gegen die Aufhebung der sogenannten Unterverteilung. Während bisher die Kraftfahrzeuge mit 70 Prozent den Provinzen und mit 30 Prozent den Städten und Landkreisen zugewiesen wurde, soll sie jetzt lediglich auf Hundertfachen auf die Provinzen verteilt werden, und innerhalb der Provinzen soll ein Ausschuss die weitere Verteilung regeln. Auch Berlin scheint uns bei der Verteilung der Kraftfahrzeugsteuer sehr schlecht weggekommen; wir glauben, daß man ohne nennenswerte Schädigung der anderen Provinzen Abhilfe schaffen könnte. Unsere abschließende Stellungnahme beschränken wir uns bis nach Beendigung der Ausschussberatungen vor. (Beifall bei den Soz.)  
Abg. Heben (Din.): Neben den allgemeinen weltwirtschaftlichen Gründen rührt die deutsche Krise von der Erfüllungspolitik her. Wir können die Kriegskriegskrieg nur leisten wenn wir den Lebensstandard der deutschen Arbeiter tief herabdrücken. Wir kämpfen für die Rechte des Berufsbeamtenstandes; aber wir wollen nicht, wir werden zum Finanzausgleich zu unerträglichen Maßnahmen gezwungen sein. Insbesondere zu einer artlichen Reduktion der Erwerbslosenversicherung, die aufhören muß, Arbeitslosen zu erzeugen. Wir haben Verständnis für die Kapitalisten die ihr Geld ins Ausland schaffen (große Lärme bei den Soz.) denn niemand kann in Deutschland wissen, ob nicht morgen eine Regierung aus Ruder kommt, die dem Bürger das gleiche wegnimmt. Besser kann es erst werden durch eine dauerhafte wirtschaftsvernünftige Regierung.  
Abg. Köllges (Ztr.): Wir werden auch beim diesjährigen preussischen Finanzausgleich einen gerechten Ausgleich der Interessen zu finden bemüht sein.  
Abg. Schwenk (Komm.): Nach dem Raubzug gegen die Arbeiter will man auch jetzt gegen die Wohlfahrtskassen der Städte einen Raubzug unternehmen.  
Abg. Dr. von Cramer (Din.): Wir haben Bedenken dagegen, das finanzielle Band zwischen Schulkassen und Gemeindefinanz zu lockern.  
Abg. Dr. Valt (Dem.): Die Unvollkommenheit des preussischen Finanzausgleichs sind eine Folge der Unfruchtbarkeit der Reichsregierungen. (Zurufe bei den Deutschnationalen.) Da in den Reichsregierungen auch vielfach Deutsche gesessen haben, haben Sie gar kein Recht, hier aufzurumpfen. Wir sind alleamt Sünder und empfangen des Lobes. (Gelächter.) Der einzige politische Vorschlag des Abg. Köllges war die Kleinigkeit Einführung eines Verordnungsgebotsbeitrages. Auch wir stehen bei der Antezug freundlich gegenüber. Aber man kann ja nicht gut politische Politik mit Parteien treiben, die Konstruktion gegen den Staatshaushalt machen. (Sehr laut bei den Dem.)  
Abg. Dr. Heben (Din.): An der deutschen Wirtschaft ist lebendig die bekümmerte Geleggebung Schuld. Damit schließt die Debatte. Die Vorlage geht an den Ausschuss für die höheren Schulen auf 240 Mark.  
Abg. Köllges (Ztr.) beglückwünscht den Antrag mit der Finanzkommission und den stehenden Ansprüchen gerade der höheren Schulen. — Abg. Dörsch (Din.) und Abg. Dr. Stiefens (Din.) erklären die Mehrbelastung für völlig untragbar. Die Vorlage wird ebenfalls dem Hauptauschuss überwiesen. Am

**Zusammenstöße in Berlin**  
Im Verlauf einer kommunistischen Demonstration kam es am Montag abend in Berlin wiederholt zu Zusammenstößen mit der Polizei. Vier Beamte, die auf der Wilhelmstraße den Verkehr regeln, wurden von den Demonstranten hintertrübs überfallen, zu Boden geschlagen und mit Füßen getreten. Zwei Beamte erlitten erhebliche Verletzungen. Zwei hielten sich die Angreifer mit scharfen Schüssen vom Leibe, durch die vermutlich ein Kommunist schwer verletzt wurde. Der getroffene Demonstrant ist von seinen Kameraden fortgeschafft worden, so daß nähere

**So sieht's in ihrem eigenen Hause aus**  
Prag, 16. Juni. (Eigener Drahtbericht.)  
Die Generalversammlung des hiesigen kommunistischen Volkshauses beschloß, sämtliche kommunistischen Institutionen aus dem Gebäude zu entfernen, da weder das kommunistische Politbüro noch irgend eine andere kommunistische Instanz in den letzten Monaten die gelegliche Miete entrichtet habe. Die Schulden der kommunistischen Institutionen an das Volkshaus betragen bis heute rund 90 000 Kronen.  
**Senator Klok gestorben**  
Paris, 15. Juni.  
Der ehemalige Finanzminister Klok ist, wie verlautet, im Alter von 62 Jahren heute plötzlich gestorben.

# Neue Hinrichtungen in Indochina

**Mord an 13 Eingeborenen**  
Paris, 17. Juni.  
Die Repressioncampagne der französischen Kolonialbehörde gegen die Unabhängigkeitsbewegung in Indochina dauert fort. In Yen Bai sind am Montag wieder 13 Eingeborene hingerichtet worden, darunter auch der 30jährige Führer der Unabhängigkeitspartei. Der Verurteilte hat in der Nacht vor seinem Tode ein Schreiben an das französische Parlament gerichtet, in dem er unter Verleumdung der vollen Verantwortlichkeit für die letzten Unruhen erklärt, daß er wiederholt verurteilt habe, mit den Franzosen zusammen zu arbeiten, daß er aber immer wieder abgewiesen worden sei. Im Namen seiner Partei stellte er dann folgende Forderungen auf:  
1. Die Franzosen müssen ihre brutalen unmenschlichen Gewaltmethoden aufgeben und sich künftig nicht mehr als Zwangsbesatz, sondern als die Freunde der Landesbevölkerung aufführen.  
2. Sie müssen das moralische und materielle Elend der Bevölkerung lindern und ihr die elementarsten Rechte: Freizügigkeit, Bildungsfreiheit, Versammlungsfreiheit und Pressefreiheit wiedergeben.  
3. Sie müssen alle Dürftigkeiten und alle Sittenlosigkeit bei ihren Beamten streng bestrafen.  
Das politische Testament des unabhängigen Führers kann weder als übertrieben noch als kommunistisch bezeichnet werden.

**Hainisch demissioniert**  
Der frühere österreichische Staatspräsident und gegenwärtige Handelsminister Hainisch, von dessen Rücktrittsabsichten schon seit längerer Zeit die Rede ist, hat am Montag Journalisten gegenüber erklärt, daß er sein Amt nicht zurücktreten werde. Der Grund seiner Amtsentlassung liegt darin, daß er den mit Ungarn abgeschlossenen Handelsvertrag als schwere Schädigung der österreichischen Industrie betrachtet.  
Als Nachfolger Hainischs wird der ehemalige österreichische Finanzminister und Gouverneur der österreichischen Banken, Dr. Spillmiller genannt. Von anderer Seite hört man, daß der Präsident der Handels- und Gewerbebank, T. Ligist, die Nachfolge Hainischs antreten soll.  
**Lloyd George gegen die Arbeitslosigkeit**  
Der Daily Herald veröffentlicht in seiner Dienstagausgabe eine Unterredung mit Lloyd George, die angibt, daß des am Dienstag wieder zusammenzutretenden Parlamentes besondere Beachtung verdient.

Lloyd George erklärt, die Liberalen wären bereit, der Arbeiterregierung zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ihre gesamte Kraft und ihre volle Unterstützung zur Verfügung zu stellen. Er sei der Ansicht, daß die Gefahren der Arbeitslosigkeit für England und das Wirtschaftsleben so groß seien, daß die Arbeitslosigkeit als eine nationale Not betrachtet und wie die Notwendigkeiten des Krieges behandelt werden müsse. Es sei eine besondere Legislaturperiode des Unterhauses notwendig, die sich allein mit einem Feldzug gegen die Arbeitslosigkeit beschäftigen solle. Die gesamte Nation, ihre moralischen und wirtschaftlichen Kräfte müßten mobilisiert werden. Notstandsgeetze sowie Notstandsvollmachten müßten der Regierung für mehrere Jahre in die Hand gegeben werden. Die bisher sowohl von den Liberalen wie von der Arbeiterregierung aufgestellten Programme seien durch das gemaltige Anwachsen der Arbeitslosenziffern überholt und ungenügend geworden. Die Liberalen seien bereit, in jeder von der Arbeiterpartei gewünschten Weise der Regierung zur Verfügung zu stehen. Die Liberalen seien bereit, auch in der Agrarfrage mit der Labour Party zusammenzuarbeiten.  
**Mord an einem chinesischen Gouverneur**  
Kanton, 16. Juni. (Eig. Drahtbericht.)  
Der Gouverneur der Provinz Kwangsi, General Liu Huan Yen, ist am Montag von seiner Leibwache in einem Hotel erschossen worden. Der Mörder konnte verhaftet werden. Er gab an, daß ihm der Kommandeur der kantonischen Provinz 2000 Pfund Sterling für den Kopf des erschossenen Generals angeboten habe. Im Hintergrund der Tat steht General Feng, der zurzeit gegen die Nationalregierung des Präsidenten Tschiang Kai Schek marschiert.  
**Erste Lage in Bombay**  
Bombay, 16. Juni.  
Das Vorgehen der Polizei gegen die im europäischen Geschäftsverkehr aufgestellten Freiwirtschaftler, die den Kauf ausländischer Stoffe verhindern sollen, hat hier eine lawerige Woge geschaffen. Nachdem 26 Freiwirtschaftler verhaftet worden waren, wurden ihre Plätze sofort von einer neuen Gruppe eingenommen, die gleichfalls verhaftet wurde. Es sammelte sich eine große Menschenmenge an, die in heftiger Erregung jedem Freiwirtschaftler bei der Entlassung in den Polizeilwagen Beifall klatschte. Die Haltung der Bevölkerung ist so heftig, daß man ernstliche Unruhen befürchtet. Die britischen Truppen sind zur Ordnung bereit.

# Kleine Breslauer Nachrichten

## Ein Vergessener

Von Theodor Müller, Breslau.

Nach einer arbeitsreichen Tagung sind in der schloßischen Hauptstadt die Vertreter der deutschen Volkshochschulbewegung auseinandergegangen. Anscheinend nicht gedacht hätte man dabei an einen der bedeutendsten Vorläufer dieser Idee, dessen Gebeine auf dem Friedhof der Freireligiösen Gemeinde in Breslau ruhen. Der 1858 verstorbene Universitätsprofessor Nees von Esenbeck war nicht nur ein Vorkämpfer für die weitgehendste Bildung der arbeitenden Klassen, er wurde auch ein Märtyrer seiner Überzeugung; denn dieser 82 Jahre alt gewordene bedeutende Gelehrte ist direkt im Elend gestorben. Von 1817 bis zu seinem Tode war er der Präsident der Leopoldinischen-Larolinischen Akademie der Wissenschaften. Er befehdete damit die höchste akademische Würde.

Der alte Nees hatte sich der Sache der Arbeiter immer mit großem Eifer gewidmet. Er war 1848 Breslauer Abgeordneter zur preussischen Nationalversammlung und im Herbst des genannten Jahres der Präsident des ersten deutschen sozialdemokratischen Arbeiterkongresses. Dann blieb der Alle der Vorsitzende der „Arbeiterverbrüderung“ in Breslau. Bis ihn die Behörden zur Niederlegung dieses Amtes zwangen. Nees, dieser berühmte Botaniker und Naturphilosoph, war ein Menschenfreund im edelsten Sinne des Wortes.

Ein Zeitgenosse, der Arbeiter Schmidt, schrieb 1881 über ihn: „Wo es galt, den Arbeitern Trost zu bringen, Belehrung, Hilfe, wo es ihr heiliges Recht galt, da hat der alte Nees nie

gefehlt und der Arbeiter hat das dankbar anerkannt. Er hat seinen Vater Nees viel tausendmal gesegnet.“ In einer anderen Stelle schreibt derselbe Verfasser: „Denn wie sehr unser Nees geliebt und verehrt wird von uns Arbeitern, wie jedem Arbeiter bei der bloßen Nennung des Namens „Vater Nees“ das Herz höher schlägt, das erfährt jeder sofort, der sich nur einmal unter Breslauer Arbeitern bewegt. Der Arbeiter hat ein weites, dankbares Herz; wie sollte er es einem seiner besten Wohltäter gegenüber an Dankbarkeit fehlen lassen?“

Die zahlreichen Schriften des großen Gelehrten und seine parlamentarische Betätigung beweisen, wie sehr dieser Idealist für die Hochschulbildung, auch für Begabte aus den untersten Bevölkerungsschichten eintrat. Es ist erklärlich, daß man einen solchen Universitätsprofessor im alten Preußen nicht länger an der Hochschule duldete. Er mußte juridizieren. Als er am 14. Februar 1852 die Nachricht von seiner Suspendierung ohne Pensionsbezug als Universitätsprofessor erhalten hatte, brachten ihn Studenten und Arbeiter zu seinem Geburtstag eine gemeinschaftliche Ovation dar. Dabei sagte Nees: „Ich möchte alle Hochschulen zu Volkshochschulen erweitern sehen.“ Eine Volkshochschultagung erinnert an diesen, um die Volksbildung so besorgten Märtyrer und Vorkämpfer.

**Schlesische Philharmonie.** Das nächste Südpark-Konzert der Schlesischen Philharmonie findet am kommenden Freitag, Anfang 19.30 Uhr, unter Leitung von Hermann Behr statt. Aus dem Programm seien besonders erwähnt: Sinfonie aus der „Neuen Welt“ und Slavische Tänze von Dvorak, 2. ungarische Rhapsodie von Liszt, Ballet-Suite von Reger und der Johann Strauß'sche Walzer „Wiener Bonbons“.

**Vom Radfahrer angefahren.** Am Sonnabend 20.50 Uhr wurde die Frau Krug aus der Luisenstraße von einem Radfahrer Dffjinski aus der Karststraße an der Ecke Ost- und Schweidnitzer Straße angefahren. Frau Krug kam dabei zu Fall und zog sich innere Verletzungen zu und hatte Schmerzen in der Brust- und Magengegend.

## Arbeiter-Sport

**Freie Turnerschaft Breslau e. V.**  
Jeder Turnwart einer Turnerschaft-Abteilung  
Donnerstag, 20.50 Uhr, vier gute Pferdspringerinnen nach  
Turnhalle Schwerinstraße.  
**Athletik**  
Sportvereinigung Nordost 03 e. V. Breslau — Abteilung  
Dblauer Tor, 23. Juni, 20 Uhr: Mitgliederversammlung  
Vereinslokal.

## Amlicher Wetterbericht

des Meteorologischen Observatoriums Breslau-Schlesien  
(Nachdruck auch mit Quellenangabe verboten)  
Infolge der ungehinderten Ausstrahlung trat in der vergangenen Nacht  
Bereiche der trockenen und kühleren Luftmassen kühlerer Temperaturbereiche  
ein. Da die Wetterlage keine wesentlichen Veränderungen aufweist, so  
mit Fortdauer der herrschenden Witterung zu rechnen.  
Aussichten für das nächste Reichland, die schlesische Mittel- und Hochgebirge  
Böiger Nordost, vorwiegend heiter, trocken, tagsüber nur mäßig warm.

## Samilien-Anzeigen

Am 14 Juni verschied nach langem, schwerem Leiden meine liebe Frau, unsere Schwester, Schwägerin u. Tante

**Frau Berta Lipinski geb. Briesner**

im Alter von 61 Jahren, 59  
Dies zeigen tiefbetrubt an  
Breslau, den 17. Juni 1930

**Die trauernden Hinterbliebenen.**

Beerdigung Mittwoch, den 18. Juni nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Coseler Kommunal-Friedhofes.

Mittwoch, den 18. Juni 1930, 20 Uhr  
Vortrag im Saale der  
**Monistischen Gemeinde, Gass. 14-16**  
Ortsgruppe des Volksbundes für Geistesfreiheit  
Sprecher: Dr. Georg Kramer, Thema:  
Friedhof Hansens Glaubensbekenntnis  
Eintritt frei — Gäste willkommen!

Mittwoch, den 25. Juni 1930, 20 Uhr  
**Amtliche Mitgliederversammlung**  
Sprecherwahl u. Vortrag d. Gesinnungs-freundes Fachbes  
Erscheinen über M. glieder Pflicht. Der Vors. and.

**Adamynin** bei Rheuma, Nierenleiden etc.  
In allen Apotheken erhältlich  
Carl Adamy, Bücher-  
1135! (Mohren-Apotheke)

**Hoffmanns Garten, Gswitz**  
Heute und täglich:  
**Großes Garten-Freikonzert**  
ausgeführt vom Damen-Trompeterkorps „Weserlust“  
Jeden Mittwoch:  
**Großes Kinder-Freudenfest**  
Eintritt frei!

**Kurgarten**  
Kleinburg Tägl. das köstliche  
**Garten-Freikonzert**  
Kapelle, Gelb-Weiß mit seinen vielseitigen Künstlern  
Jeden Mittwoch: **Gr. Kinderfest**  
ausgeführt von Onkel Dolly mit Trachten-  
zug, unter Vorantritt der Musikkapelle.

**Hausverkauf für Vereinigungen usw.**  
Ehemaliges Kinderheim in Bassendorf, idyllisch am  
Fuße der Gutscheuer gelegen, auch als Wochenend-  
haus für Vereinigungen und als Anstalt für  
rentionierten Beamten, etc. geeignet, sofort zu ver-  
kaufen. Erforderliches Barkapital 4.600.— RM.  
Angebote erbeten an Kreisamtsführer Heurath i. Schl.

**Der neueste**  
**Jack London**  
**Die Fahrt der Snark**  
ist erachteten und zu haben in den  
**Volkswacht-Buchhandlungen**  
Breslau, Hans Graupenstraße 5, Flursstraße 4  
Friedrich-Wilhelms-Str. 107.

**Der Wahre Jacob**  
Sozialdemokratisches Witzblatt  
zu haben in den Volkswacht-  
Buchhandlungen und bei der  
Zeitungsverlegerin

**Stadt-Theater**  
(Opernhaus)  
Dienstag  
19 bis gegen 22.30 Uhr  
Abend-Vorst. F 21  
**Madame Butterfly**  
Mittwoch  
20 bis nach 21.30 Uhr  
Abend-Vorst. G 21  
**Salome**  
Donnerstag  
20 bis nach 22.45 Uhr  
**Ein Maskendall**

**Robe-Theater**  
Telefon 54747  
Täglich  
20.15 bis 22.30 Uhr  
Saisonausverkauf 1930  
Renue von Max Ophüls  
Ruffl von Harry Kallton  
**Thalia-Theater**  
Täglich  
20.30 bis 22.45 Uhr  
**Broadway**  
Amerikanisches Zeitbild  
von Dunning u. Abbott  
deutsch v. Otto Klement

**Schauspielhaus**  
Operettenbühne  
Tel. 36300  
Täglich 8 Uhr  
Der Sensationserfolg  
der Sommerspielzeit  
**Dolly's Abenteuer**  
Operette i. 4 Bild. v.  
Ralph Bernatzky  
mit  
**Loni Heuser**  
**Ino Wimmer**  
als Gast.  
Gegen Vorweisung  
dieser Anzeige  
50% Ermäßigung  
an der Theaterkasse

**Schlesische Philharmonie**  
Freitag, 20. Juni,  
19.30 Uhr:  
**6. Südpark-Konzert**  
Leitung:  
Hermann Behr

**Pfänder-Auktion**  
am 23. Juni  
Schneider  
Bären-  
Str. 12.

Zurückgekehrt  
**Dr. Kühnast**  
Pöchner Str. 56

**Genossen!**  
Gründungs-  
Euro Familien-  
angelegen der  
**Volkswacht**



**Messon Waldschmidt**  
Die billige  
**Bezugsquelle**  
für  
**alles was Sie brauchen!**

In dieser Woche:  
**Kinder-Tage**  
**Onkel Teddy**  
mit seinem  
**Kasperle-Theater**  
**Die lustige Dorfkapelle!**  
**Bewegliche Märchengruppen**  
im ganzen Hause!

**Stragala-Teppich 875**  
prachtv. 185x300, nur  
Stragala, 70 cm breit  
prima, ... Meter  
Friedländer, Sonnenstr. 30.  
**Bolster Möbel**  
aus eigener Werkstatt  
Gota 75-250 Pfr.  
moderne Formen  
Chiffonnes  
45-100 Pfr.  
Teilzahlung gestattet  
**Gleise**  
Gleisstraße 42  
**Gebrachte Mauersteine**  
**Bretter, Bau- u. Brennholz**  
preiswert abzugeben.  
Zuckerfabrik Groß Machbern,  
Hartmann.

**Zimmer**  
jeden nicht über 25 Pfr.  
monatlich. Offerten mit  
Vorkaufg. unt. A. 942  
n. d. Geschäftsstr. d. Yn. erb.

## 3. DEUTSCHE KAMPFSPIELE

**Vorverkauf für folgende Kämpfe:**

- Mittwoch, 25. 6. Fußball: Saarland - Schlesien
- Donnerstag, 26. 6. Deutscher Abend: Jahrhunderthalle
- Freitag, 27. 6. Einzugsfeier: Stadion
- Sonntag, 28. 6. Leichtathletik: Handball-Endspiele
- Sonntag, 29. 6. Schwimmen, Tennis
- Hallensportabend, Jahrhunderthalle
- Fußballendspiel: Berlin - S.O.F.V.
- Tennis, Rudern, Kanu, Radfahren
- Leichtathletik: Marathonlauf
- Siegesfeier

Der Vorverkauf findet statt in folgenden Geschäften: Gebr. Barasch, Alfred Danziger Sporthaus, Gärtner & Bergel Sporthaus, Herbert Glauer Sporthaus, Hapag-Reisebüro, A. Kuschert Sporthaus, Otto Kriewitz Sporthaus, Fritz Maercker Hutfabrik, Martin Zigaretengeschäft, Anton Riedel Sporthaus, Leonhard Tietz, Wertheim.  
An der Kasse 30 Prozent Preiserhöhung gegenüber dem Vorverkauf. Preise bei allen Veranstaltungen volkstümlich. 2497

## Circus Carl Hagenbeck

aus dem weltberühmten Tierpark Stellingen  
bringt nach Breslau:  
**Tierdressuren in unerreichter Vollendung**  
20 Löwen, 20 Eis-, Braun- u. Kragenbären, 25 Bengal-,  
Sunda- u. sibirische Tiger, 12 Elefanten, Zebus, Gas-  
sacos, Zebus, Antilopen, Büffel, Kamelo, Seelöwen  
**Einzig in der Welt — in keiner anderen Manege gezeigt:**  
Safari, der afrikanische Elefantenballe  
Armeda, die Elefanten  
Zwei Walrosse als Musikanten  
**100 edle Vollblüter — die Auslese internationaler Zucht**  
in Freiheit, Partorce, Volige und unter dem Sattel vorgeführt  
von Meister-Dressuren, Voltgeuren, Reitern und Reiterinnen  
**Artisten von Weltklasse**  
unübertreffliche Leistungen auf Schleuderbrett, Trapez und drei-  
fachen Reck, dazu das Hagenbeck-Ballett und  
**Original-Clowns**  
**Ein klassisches Circus-Programm — lustig und spannend!**  
**Eröffnung: Freitag, d. 20. Juni, abds. 8 Uhr**  
Sichern Sie sich Karten im Vorverkauf: Verkehrs-  
Büro Barasch, Tel. 52641; Zigaretengeschäft P. Gajowski, Neue  
Taschenstraße 16 (am Hauptbahnhof) Tel. 58808  
**!!! Nur ganz kurze Zeit !!!**

## Arbeitsmarkt

**Tücht. Betonpöller**  
mit guten Kenntnissen und großen Er-  
fahrungen bestens empfohlen durch Zeug-  
nisse und Referenzen, per bald gesücht  
Bewerbungen an  
**HUTA**  
Hoch- und Tiefbau-Aktiengesellschaft  
Breslau, Junkernstraße Nr. 4/43.

**Kleine Anzeigen**  
Andromed...  
Belgenbestell...  
neue, 55 Pfr ab 15 Uhr  
Redon, Zübenstraße 11  
Linnagshaber geb. G...  
immer 150 Pfr, ent...  
zu perlauf...  
10-2 Uhr  
Belgenbestell...  
Belgenbestell...  
bestat. Mittheilung...

## Bürgerblotwirtschaft im Stadtparlament

30000 Mark für Privatschulen — Zum Zoobesuch der Volksschüler kein Geld — Schulgelderhöhung für die Mittelschulen — Die einzige paritätische Mittelschule mit Zentrumshilfe lutherisch gemacht — Städtisches Geld für Manöver der Reichswehr — Kein Geld für Dienstleistungen beim Marstall — Die von Emil Neufkirch gegründete Volksberatungsstelle wieder abgebaut — Die sozialdemokratischen Anträge zur Jugendfürsorge abgelehnt — Die Erhöhung der Bäderpreise zur Not verhindert

Die gestrige Versammlung diente im wesentlichen der Beratung von Einzelanträgen, nachdem sie den Ausschuss passiert. Der energische Kampf, den unsere Genossen für die Beratung des Etats im Ausschuss geführt haben, wurde in der Versammlung fortgesetzt. Manches ist im Ausschuss erreicht, gekämpft dagegen wurde erneut um diejenigen sozialdemokratischen Anträge, die im Ausschuss abgelehnt worden waren. Der Bürgerblot stand im wesentlichen zu seinen Ausschüssen. Daß bei der Notlage der Stadt nicht jeder Wunsch erfüllt werden kann, auch wenn er noch so berechtigt ist, wurde unseren Genossen schon im Ausschuss in Rechnung gestellt. Wenn für alle möglichen weniger wichtigen Zwecke Geld da wäre, dürften die Kulturaufgaben nicht in so schlimmer Weise liegen. Für Pferderennen waren im Ausschuss 10 000 Mark bewilligt worden, vor der Öffentlichkeit schämten sich aber doch die bürgerliche Herren, dafür zu stimmen, nachdem die Sozialdemokraten namentliche Abstimmung beantragt hatten. Pferderennen gibt es also nun doch kein Geld, wofür aber Bäderpreise nicht erhöht werden. Um Verbesserungen beim Zoobesuch hat sich gestern Genosse Frick Pietsch noch einmal besonders bemüht, ohne daß dem Bürgerblot noch Zustimmung abzurufen gewesen wären. Für Privatschulen ist da, und daß die einzige paritätische Mittelschule in Breslau auch noch konfessionell vermindert wird, zeigt deutlich die Stellung des Bürgerblots zu den Volksbildungsfragen. Wegen der geforderten 1800 Mark für Einquartierungszwecke war die Sitzung unter Krach aufgelöst. Im Ausschuss hat der Bürgerblot die 1800 Mark bewilligt. Genosse Frey hat gestern nochmals sehr entschieden dagegen Stellung genommen, daß der Staat zu ihrem großen Etat noch auf dem Wege über die unkontrollierbaren Mittel zugeführt werden. Neben der Bewilligung der 1800 Mark beantragte er für den Fall, daß Mittel bewilligt würden, die Fähnriche, Unteroffiziere undschaften im städtischen Jungmännerheim an der Matthias-

kunft zu beherbergen, während die Offiziere bei den Staatspensionären der Republik sicher Stazipensionen erhalten könnten. Es war umsonst, die 1800 Mark wurden bewilligt und auch der Eventualantrag Frey abgelehnt.

Die Sitzung wurde kurz nach 17 Uhr vom stellvertretenden Vorsitzenden Dr. Friedrich mit der Einführung des neu gewählten Zentrums-Stadtrats Dr. Wolf und des in der Stadtverordnetenversammlung an seine Stelle nachrückenden Stadtverordneten Sachwald eröffnet. Oberbürgermeister Dr. Wagner überreichte dem neuen Stadtrat die Amtsette und die Berufungsurkunde und erklärte, daß er ihm das Dezernat für das Fach- und Berufsschulwesen übertragen werde.

### Beratung kleiner Vorlagen

und beschloß ohne Aussprache die Anlegung eines Feuerlöschteiches in der Siedlung Breslau-Schwotisch, die Durchführung der Wasserversorgung für die Gemeinde Klettenberg, die Anerkennung einer Ueberführung von 7000 Mark beim Ausbau der Ofenanlage III im Gaswerk Dürrgön, die Entnahme von rund 56 000 Mark aus dem Erneuerungsfond für Bauvorhaben der Wasserwerke, den Ankauf von 150 Quadratmeter Straßenland längs der Obernigler Straße zur Anlegung eines Radfahrweges, den Verkauf von 3900 Quadratmeter Bauland in Hundsfeld an die Grundstücksverwaltungsgesellschaft Breslau, die Annahme des Nachtrags X zum Hauptaustauschungsplan in der Obergerichtungsangelegenheit von Schwotisch, die Festlegung des Fluglinienplanes für das Gelände zwischen Wilhelmshafen, Grimmlerstraße und Barthelmer Deich, die Uebertragung von Ausgabenstrafen im Haushaltsplan der Bauverwaltung, den Ankauf von Straßenland zur Anlegung der Charlottenstraße und die Wahl der Stadtverordneten Dr. Jütner und Schönauer (Ztr.) in die Ausschüsse I und VIII für den ausscheidenden Stadtrat Wolf.

Die vom Magistrat beantragte Mietung einer Fläche mit darauf stehenden Gebäuden in den Grundstücken Klosterstraße 66 und 70 zur Unterbringung der Großraumkühlwagen und die Verstärkung des Haushaltsplanes der Kranenanstalten um 58 000 Mk. wurden in die Ausschüsse verwiesen.

um die Rechtsauskunftsstelle in der bisherigen Weise weiter zu erhalten. Er wies darauf hin, daß die Sozialdemokraten diese Beratungsstelle am allerwenigsten brauchen, da ihren Anhängern das von den freien Arbeiterorganisationen geschaffene Arbeitersekretariat zur Verfügung steht. Wie notwendig die Beratungsstelle aber für die Proletarier ist, die ihre Klassenlage noch nicht erkannt haben, erhellt die Tatsache, daß im Vorjahre 28 000 Anträge erteilt wurden. Stadtrat Tisner erklärte, daß die Stelle dem Wohlfahrtsamt angegliedert werden soll und ein bisher befristeter Jurist bereits an das Wohlfahrtsamt überwiesen worden ist. Stadtrat Schramm gab Auskunft, daß bisher ein Jurist und zwei Angestellte tätig waren. Stadtr. Blank (Soz.) kam auf die seitens des Magistrats im Ausschuss gemachten Angaben zu sprechen, mit denen der Sachverhalt so dargestellt wurde, als ob die Beschäftigten in der Beratungsstelle nicht voll beschäftigt wären und nun im Wohlfahrtsamt noch andere Arbeiten zur Erledigung übertragen erhalten und die Beratung nebenbei versehen könnten. Als Stadtr. E. W. Wolff (Dem.) den Schwanengefang vom Sparen des Magistrats anstimmte, rief ihm Stadtr. Stope (Soz.) zu: „Hätten Sie nur bei den Stadträten gepökel!“ Der sozialdemokratische Antrag wurde von der Bürgermeisterei abgelehnt. Die Nationalsozialisten, die angeblich Arbeiterinteressenvertretung auf ihr Panier geschrieben haben, enthielten sich der Stimme.

### Haushaltsplan der Marstallverwaltung

ein bedeutender Abbruch bei der Ausgabe für Beschaffung von Dienstkleidung vorgenommen worden ist, beantragte Stadtr. Blank (Soz.), den Betrag von 31 500 Mark einzugehen, da auch im Ausschuss dieser Antrag abgelehnt worden ist. Stadtr. Buchner (Christl.-Nat.) wollte erst eine Zurückverweisung des Haushaltsplanes in den Ausschuss, aber seine politischen Freunde ließen ihn als den nationalen Arbeitervertreter wie immer, wenn es um Arbeiterangelegenheiten geht, im Stich, lehnten alle Anträge ab und lehnten den Etat vorläufig fest.

### Jugendamt-Etat

empfohl der Ausschuss die Erhöhung einzelner besonders kostenaufwendiger Positionen für Wochenhilfe, Kindergärten, Lehrheiligen und Kinderferienwanderung. Stadtr. Ristke (Soz.) beantragte darüber hinaus 15 000 Mark für erwerbslose Jugendliche einzugehen, für die im Vorjahre ein Betrag von 30 000 Mark zur Verfügung stand, und die Stadt immerhin die moralische Verpflichtung in sich fühlen müßte, auch in diesem Jahre auf dem Gebiete wieder etwas zu tun. Andere Städte geben hierfür ganz beträchtliche Summen aus. Weiter beantragte Stadtr. Frick Pietsch (Soz.) auch für Erholungs- und Heimstättenfürsorge 15 000 Mark mehr einzugehen. Die Mehrheit, einschließlich der ausgesprochenen Vertreter der christlichen Nächstenliebe, lehnten die Anträge ab und stimmten lediglich den Vorschlägen des Ausschusses zu.

### Haushaltsplan der Hilfsverwaltung

der bekanntlich die erstmalig erscheinende ominöse Subvention von 10 000 Mark für Pferderennen

enthält. Stadtr. Frick Pietsch (Soz.) prangerte diese Sparpolitik mit aller Deutlichkeit an.

### Bäderpreise

weil angeblich der Kennverein zusammenbricht, wenn er nicht subventioniert wird. Mit aller Entschiedenheit muß gefordert werden, daß sich die, die einen Kennverein haben wollen, ihn auch selbst bezahlen. Es ist eine sonderbare Logik, 10 000 Mark sicher ausgeben zu wollen und dabei Aussicht auf eine unsichere Einnahme in gleicher Höhe zu haben, deshalb verlangen die Sozialdemokraten, daß dieser Posten gestrichen und über den Antrag namentlich abgestimmt

wird. Die bürgerlichen Vertreter konnten gar nicht erst das Besondere einzelner Fälle des sozialdemokratischen Redners abwarten. Da bekanntlich mit der Entlassung einiger Arbeiter gedroht wird und Stadtr. Pietsch erklärte: „Uns liegt nichts daran, für Arbeit zu sorgen“, brach ein vielstimmiges „Oho!“-Rufen auf den Bänken der Bürgerlichen los, in der Hoffnung, damit den Sozialdemokraten festzulegen zu können. Man war aber sichtlich enttäuscht, als der Redner seinen Satz beendete, mit den Worten: „... die keinen produktiven Sinn hat!“ Mit Recht wies Genosse Pietsch noch darauf hin, daß dann für jeden Vorstoß oder jedes Sechstageressen ein Zuschuß verlangt werden könnte.

Als sich Stadtrat Schimmelspannig zur Verteidigung der Vorlage erhob, rief ihm Stadtr. Stope unter allgemeiner Heiterkeit zu: „Diesem Schimmel keinen Pfennig!“ Nur Stadtr. Thum (Nat.) fand den Mut, über diese Sparmethoden auch noch Worte zur Verteidigung zu verschwenden. Bei der namentlichen Abstimmung wurde der Antrag auf Streichung mit 45 gegen 30 Stimmen angenommen.

Die Demokraten machten nicht mit und innerhalb des Zentrums gab es ein wüstes Durcheinander von Für und Wider. Für das Pferderennen begeisterten sich die Stadtverordneten: Behringer, Fräulein Blafke, Bujakowky, Frau Busch, v. Carlowski, Ficht, Dr. Friedrich, Gluffe, Prof. Goebel, Halpaap, Goldt, Krause, Melde, Remela, Ritsch, Riedel, Rudel, Schade, Schneider, Sonnabend, Sossinka, Thum, Zemna.

## Beratung der Einzel-Haushaltspläne

Den Hauptteil der Versammlung nahm die Beratung der einzelnen Haushaltspläne in Anspruch, bei denen die sozialdemokratische Fraktion ihre im Interesse der arbeitenden Bevölkerung stehenden Forderungen anmeldete, aber sehr wenig Anklang bei der Breslauer Bürgerblotmehrheit fand, die ihre Sparpläne nach dem Schema des Kabinetts Brünning durchführt. Zum Etat der Volksschulen

beantragte Stadtr. Frick Pietsch (Soz.) als Ausschussbericht: „Krankenversicherung der Lehrkräfte“ 30 000 Mk., der „Ausgaben für Krankenversicherung der Lehrkräfte“ 30 000 Mark, der „Ausgaben für Lehrmittel“ 20 000 Mark, der Ausgabe „Vermittel für Schüler“ 20 000 Mark, der Ausgabe „Instandhaltung Schulbauschäden“ 12 000 Mark und der Ausgabe „Schülerleistungen“ 7800 Mark zuzusetzen und der Abteilung „Mitteln der Spielwiesen“ 19 000 Mark abzustreichen. In der Verbindung wies der Redner darauf hin, daß der Etat um 100 000 Mark weniger veranschlagt sei, als im Vorjahre, weshalb er besonders gedrosselten Abteilungen vorgenannte Erhöhungen erfahren müssen. Stadtr. Uebel (Komm.) verlangte eine Erhöhung von 3000 Mark für Religionsunterricht und Bereitstellung von 3000 Mark zum Besuch des Zoologischen Gartens. Stadtr. Joitte (Christl.-nat.) sprach über die Verunreinigung der Orte durch in den Schulen tagende Verbände und Sportgruppen. Ohne giftige Bemerkungen über die Sammelschulen ließ er die ehemalige Deutschnationale nicht absinken, weswegen er darin eine zu große Ausgabenbelastung erblickte. Stadtr. Frick Pietsch (Soz.) fragte diesen Vertreter der Elternrechte, ob nicht der Meinung, daß Eltern ihre Kinder in eine Schule schicken, die ihren Auffassungen entspricht. Im übrigen beträgt die Klassenfrequenz in den Sammelschulen 42, in den konventionellen nur 18 Kinder. Die Haushaltsvorschläge wurden angenommen, jedoch lehnte der Bürgerblot alle anderen Forderungen ab. Sogar die Kosten für die Besuche des Zoo lehnte er ab. Rechte gegen Kommunisten und Sozialdemokraten ab. Beim Haushaltsplan

### Beteiligung an anderen Schuleinrichtungen

beantragte Stadtr. Frick Pietsch (Soz.) die Streichung des Zuschusses von 100 000 Mark für die Privatschulen und wies darauf hin, daß die Sozialdemokraten keine Veranlassung sehen können, bei der ungeheuren Not die Interessenschulen zu subventionieren, die jeder öffentlichen Kontrolle entzogen sind.

Gewiß muß den Eltern das Recht zustehen zu bestimmen, in welche Schule ihre Kinder schicken wollen, aber wenn ihnen die öffentlichen Schulen nicht gut genug sind, dann sollen sie ihre Privatschulen selbst bezahlen. In ähnlichem Sinne sprach sich Stadtr. Uebel (Komm.) aus. Dem Zentrum blieb es vorbehalten, durch ihren zum Fraktionsführer beförderten Stadtr. Blank die etwas katholisch ammutende Behauptung aufzustellen, daß die 3000 in Privatschulen gehenden Kinder der Nachwuchs der Arbeiter und Witwen sei. Und da die Stadt eine Beschäftigung der Kinder in öffentlichen Schulen etwa eine Million Mark verursachen würden, zeige sich mit der bescheidenen Forderung, daß man der Not der Zeit Rechnung trage. Sonst ließe man einen höheren Beitrag gefordert. Stadtr. Thum (Nat.) versuchte einen Witz zu machen mit der Behauptung, die Sozialdemokraten sprächen alle Jahre das Gleiche. Stadtr. Sossinka (Nat.) rief die in diesen Schulen ausströmenden erzieherischen Momente, was wohl gleichbedeutend mit Religionsunterricht sein könnte. Stadtr. Frick Pietsch (Soz.) hob nochmals hervor, daß die Sozialdemokratie gar nicht daran denke, Elternrechte zu beenden, daß sie aber für Schulen, die der öffentlichen Kontrolle entzogen sind, keine 100 000-Mark-Zuschüsse bewilligen könne, umso weniger, da in diesen Schulen die staatsbürgerliche Meinung der Lehrkräfte zu wünschen übrig lasse. Die bürgerliche Mehrheit lehnte den sozialdemokratischen Antrag ab. Der Haushaltsplan wurde nur durch Einsetzung eines Zuschusses von 100 000 Mark für die Volkshochschule und 2000 Mark für die öffentliche Volksschule abgeändert und vorläufig festgelegt. Die Sozialdemokraten lehnten ebenfalls gegen den sozialdemokratischen Antrag ab, damit auch für eine öffentliche Privatschule. Beim

### Etat für die Mittelschulen

erklärte Stadtr. Frick Pietsch (Soz.), daß seine Fraktion die Erhöhung des Schulgeldes, wie sie der Haushaltsplan vorsieht, nicht für tragbar hält. Ganz anders war das Sinne und Trachten der Bürgerlichen. Stadtr. Krause (Nat.) forderte, daß die einzige paritätische Mittelschule wieder in eine evangelische umgewandelt wird, worauf in der Stadt Frick Pietsch erklärte, daß zwar heute mit Hilfe des katholischen Zentrums evangelische Schulen beschlossen werden können, daß aber auch dieser Bürgerblot in nicht zu ferner Zeit verschwinden wird. Die Versammlung beschloß die Erhöhung des Schulgeldes auf 120 Mark für das erste, 90 Mark für das zweite und 60 Mark für das dritte Kind und setzte den Haushaltsplan vorläufig fest. Die Katholiken erwießen sich ihren Freunden von der anderen Fakultät würdig und verhielten dem Antrag Krause zur Annahme. Der Etat des

### Stadtamtes für Leibesübungen

gab dem Stadtr. Sachwald (Soz.) Gelegenheit, darauf hinzuweisen, daß die erhöhten Eintrittspreise in den städtischen Bädern bereits wieder zehntausende von Menschen an den freien Oberstrand gezwungen haben, obwohl dieser Badebetrieb in der freien Ober in einem Sommer 184 Menschenleben als Opfer gefordert hat.

Bis zum Vorjahre waren die Bäderpreise noch einigermaßen erträglich, aber nun wird auch hierbei aus den Hermeten der Armen eine Blutsteuer herausgepreßt. Er beantragte deshalb Herabsetzung der Preise auf die vorjährige Höhe und Herabsetzung des Einnahmepostens um 12 000 Mark. Stadtr. Uebel (Komm.) beantragte eine besondere Herabsetzung für die Arbeitslosen und freien Eintritt für deren Kinder. Stadtkämmerer Dr. Friedel wiederholte seine frühere Behauptung, daß der sozialdemokratische Antrag einen Einnahmeausfall von 100 000 Mark bedeuten würde und löste damit sogar bei bürgerlichen Widerspruch aus. Stadtr. Thum (Nat.) zitierte noch die Wannseebadpreise, worauf die kommunistischen Anträge gegen die Antragsteller und die Sozialdemokraten abgelehnt wurden. Zentrum und die Biermannfraktion der Demokraten spalteten sich jedoch, so daß der sozialdemokratische Antrag angenommen wurde.

Ohne Aussprache wurden die Haushaltspläne der Handelsschulen, Frauenberufsschule, der Volkshochschule, der Museen, des Vieh- und Schlachthofes, der Feuerwehr, der Garten-, Park- und Kleingartenverwaltung, der Handwerkerkunst- und Gewerbeschule und des Wohnungswezens vorläufig festgelegt.

### Etat der Hauptverwaltung

zur Sprache, bei dem die bisher enthaltenen 13 000 Mark für die Volksberatungsstelle nicht mehr eingesetzt worden sind. Stadtr. Frick Pietsch (Soz.) beantragte, diesen Betrag wieder einzusetzen,

## Die arme Stadt bezahlt die Reichswehrquartiere

Nach den Haushaltsberatungen kam die Vorlage, durch die die vorige Sitzung aufstieg, erneut zur Beratung mit dem Ausschussgutachten, ihr zustimmen. Stadtr. Bujakowky (Nat.) als Berichterstatter legte es gleich darauf an, zu provozieren. So wenig überzeugend seine Bemerkungen waren, den Militärbezirken zu erlauben, die Stadt Breslau in Zukunft mit solchen Militärbesuchen zu verpfänden, so apollisch wurden seine Ausführungen, als er erklärte, daß er nicht an die dunklen Pläne der Reichswehr glaube, von denen Stadtr. Frey im Ausschuss gesprochen und Enthüllungen angefordert hat.

Stadtr. Frey (Soz.) erklärte zunächst, daß er sich habe davon überzeugen können, daß an der ungeschickten Einbringung der Vorlage in der vorigen Sitzung kein absichtliches Verschulden des Magistrats vorliegen hat. Richtig sei es allerdings, daß man

## Die arme Stadt bezahlt die Reichswehrquartiere

auf der Linken des Hauses besser über die Reichswehr orientiert ist, wie man es auf der Rechten überhaupt sein will. Zweifelsfrei ist auch die gesetzliche Grundlage, nach der die Stadt angehalten zu werden sein soll, die Waffenschule der Artillerieabteilung Küterbogen einzuquartieren, denn wenn man sich dabei auf nichts anderes berufen kann, als auf ein altes Gesetz aus dem Jahre 1868, so ist das immerhin bedenklich.

Der Reichswehrstat mit seinen 768 Millionen ist wohl so angefertigt, daß man nicht noch aus den armen Kommunalen Gelder herauspressen braucht. Wenn die Stadt zu diesen Ausgaben verpflichtet sein soll,

dann soll sie sich zur Bezahlung zwingen lassen. Stadts. Frey bemerkte dann, daß er sich hüten werde, etwas zu sagen, was andere gern hören möchten, um ihn wegen Landesverrats auf die Anklagebank zu bringen. Festzusetzen ist aber,

daß für den Betrieb von Minen und Speerdepots beim 4. Millionenheer im Jahre 1913 die Summe von 113 000 Mark ausgegeben wurde, die heute beim Heer, das nur den siebenten Teil so groß ist, für den gleichen Zweck 434 000 Mark erforderlich sind.

Wichtig ist es auch, zu wissen, daß dem Kultusminister ein Betrag von 15 000 Mark zur selbständigen Verfügung steht, während er für die Reichswehrminister auf eine Million Mark beschränkt.

Nicht weniger interessant ist die Feststellung, daß zur Erhaltung der Krebskrankheit 20 000 Mark zur Verfügung stehen,

für einen Remontestaff der Reichswehr aber 135 000 Mark vorhanden sind. Auch für ein Kasino in Wiesbaden hat es eine Million Mark übrig, während es zur Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit nichts hat.

Wenn die Reichswehr dauernd mit einem Teil ihrer Truppen so unterwegs ist, erspart sie

nicht weniger als neun Millionen Mark, über deren Verwendung kaum je etwas verlautbart sein dürfte, da auch noch nicht bekannt geworden ist, daß auf diesem Gebiete Staatssparungen erfolgt sind. In Carlowitz und in der Krakauerstraße dürfte es möglich sein, die Truppen unterzubringen, denn dort wohnen in Räumen, die früher ganze Corporalskasernen mit 16 Mann Leberbergeten, drei bis vier Soldaten. Es hat ja auch eine so ausgezeichnete national gekannte Bürgerkassette in Breslau, die die Truppen freihändig aufnehmen könnte. Auch könnten sich die Pensionäre melden, die im Sommer ihres Angehörigen die Reichspensionen der Republik verzehren. Wenn bei dem 100 000-Mann-Heer

in einem Jahre 35 Generale pensioniert werden können, dann ist es wohl nicht zuviel gesagt, wenn von grobem Unfug gesprochen wird. Die Taktik mutet wie ein Versuchsballet an. Glückt er, dann steht zu erwarten, daß im nächsten Jahre die Reichswehr in noch größerem Umfange ihre Truppen als Gäste der Städte herumnäheren läßt. Die Sozialdemokratie wird es ablehnen, für diesen Zweck städtische Mittel zu bewilligen. Für den Fall, daß der Antrag angenommen wird, beantragt sie, daß Fähnriche, Unteroffiziere und Mannschaften in Massenquartier, etwa im Jungmännerheim an der Matthias-Luis, und die Stabsoffiziere bei Staatspensionären untergebracht werden.

Diese grundsätzliche Erörterung gab dem Kommunisten Appla die langersehnte Gelegenheit, sich vor den Karren der Bürgerlichen zu spannen, indem er nicht etwa die eigenartigen Nachschaffungen der Reichswehr kritisierte, sondern unter dem Schmutznamen der Rechten die Sozialdemokraten „entlarnte“, so daß sich der Stadts. Strauß (Jtr.) sogar auf den Kommunisten Appla berufen und den Sozialdemokraten erklären konnte, daß sie sich nur künstlich aufregen.

Als Stadts. Frey nochmals zu der Angelegenheit Stellung nahm und auf den von den Kommunisten zitierten Kapu-Büttich zu sprechen kam, bemerkte er, daß damals von Herrn Appla freilich noch nichts zu hören war und daß er wohl Küchenunteroffizier bei einem Freikorps gewesen sei. Sofort sprang der kommunistische Stadts. Strauß auf, trat zu dem nicht weit von ihm stehenden Genossen Kreg und schrie ihn an: „Zieh heute Thuen ein paar in die Presse!“ Durch das Dazwischenreden mehrerer Stadtverordneter wurden Tätlichkeiten verhindert.

Stadts. Frey rechnete dann noch mit den Bürgerlichen ab, die sich zu dem Zwischenruf „Blasphemie!“ demühtig schritten und sich fürchtlich umschauten. Er hielt ihnen vor, daß damals eine ganze Anzahl der auch heute noch in der Stadtverordnetenversammlung sitzenden Persönlichkeiten zu dem Blasphemie-Frey gekommen und ihn um Schutz gebeten haben, worauf Stadts. Bujalowsky schnell bei der Hand war und im Schlußwort es nicht als fair bezeichnete, Persönlichkeiten bloßstellen zu wollen.

Er noch Stadts. Frey in einer persönlichen Bemerkung die Erklärung abgeben konnte, daß seine dem Stadts. Appla betreffende Behauptung — wie er sich habe überzeugen können — unrichtig sei, nahm dieser die Gelegenheit wahr, den sozialdemokratischen Redner als unverhältnismäßig Älterer zu bezeichnen und erhielt dafür einen Ordnungsruf.

Die Mehrheit bewilligte bei der Abstimmung die erforderlichen Mittel.

### Entlassungen bei der Reichsbahn

Da vom Ausbesserungsamt Obdort der Reichsbahn am 31. Mai die 387 Köpfe zählende Belegschaft entlassen worden ist, und die Reichsbahndirektion durch einen Telegrammbrief der Hauptverwaltung schon wieder erneut aufgefordert worden ist, weitere Ersparnisse im Werkstättendienst durch Verringerung der Arbeitsaufträge und Verminderung der Belegschaften im hiesigen Werkstättenbezirk vorzunehmen, hatte die sozialdemokratische Fraktion folgende

### dringliche Anfrage

an den Magistrat eingebracht: Was gedenkt der Magistrat zu tun, um diese drohenden Entlassungen bei der Reichsbahn in Breslau, die in schärfstem Widerspruch zur Hilfe der Reichsregierung stehen und die große Arbeitslosigkeit und Notlage der Stadt noch verschärfen würden, zu verhindern?

Stadts. Großmann (Soz.) begründete die Anfrage und brachte die Arbeitsmethoden der Reichsbahn zur Sprache, die einen Abbau von Arbeitskräften nicht notwendig erscheinen lassen, da in allen Ausbesserungswerken Überzeitarbeit geleistet werden muß und auch das Berichtspersonal Dienstzeiten bis zu sechzehn Stunden zu leisten hat. Für 287 Sondergehälter der leitenden Beamten, die im Widerspruch zur Besoldungsordnung stehen und auch für Panzerzüge und Bahnstufen hat es Geld in Hülle und Fülle.

Oberbürgermeister Dr. Wagner erklärte sich bereit, die Anfrage zu beantworten und führte aus, daß aller Protest erfolglos geblieben sei in der Frage der Stilllegung des Werkes Obdort. Der Magistrat hat sich jedoch nach Bekanntwerden der neuen Absichten mit dem Reichstagspräsidenten Lübe in Verbindung gesetzt, der seinerseits sofort Verhandlungen geführt hat, mit dem Ergebnis, daß sich Generaldirektor Dormmüller bereit erklärt hat, anzuordnen, daß in Breslau von weiteren Entlassungen Abstand genommen werden soll. Ob es sich wird verhindern lassen, daß Forderungen eingelegt werden, sei jedoch nicht zu sagen, doch wird der Magistrat alle nur erschöpflichen Mittel anwenden, um noch größeres Elend nicht hereinbrechen zu lassen.

### Bierpreiserhöhung im Schweidnitzer Keller

Gegen die Stimmen der Linken wurde dann noch ein Antrag des Magistrats angenommen, wonach der Bierpreis im Schweidnitzer Keller auf 30 Pf. für neun Zwanzigstel Liter ohne Bedienungszuschlag erhöht wird. Stadts. Krumm (Soz.) gab hierzu die Erklärung ab, daß die sozialdemokratische Fraktion die Zustimmung verweigere, weil sie auf dem Standpunkt steht, daß die Steuererhöhung von den Brauereien getragen werden könnte.

## Sozialdemokratische Partei

Central-Comité: 31. März 1913  
Telefon Nummern 3000-3001  
Schriftw. unter Sonnenberg 1-1 und 1-2

Direkt 11. Heute 20 Uhr bei Gottschlich, Krutshenstraße 27, 28. veranlassen. Redner Genosse Ditz.  
Direkt 12. Mittwoch, den 18. Juni, Saababend bei Kraus, Reue gasse.  
Direkt 13. Heute 20 Uhr bei Thiel, Bahnhofs, Cde Palmstraße, 28. veranlassen. Redner Genosse Ditz.  
Direkt 14. Heute 20 Uhr bei Martin, Schönstraße, Diktationsveranlassen. Redner Genosse Ditz.  
Direkt 15. Sonntag, den 21. Juni, treffen sich alle Freunde der Achtung der Tuberkulose-Hilfskassen Herzogstr. 11, 12 Uhr nachmittags. „Ketten Heller“. Von dort Fahrt mit dem Autohaus nach Bergstraße.  
Direkt 16. Freitag, den 20. Juni, 20 Uhr, bei Jarubitz, Mariastr. 11. Diktationsveranlassen. Redner Genosse Krumm.  
Direkt 17. Heute 20 Uhr bei Witte, Jampeler Straße, Diktationsveranlassen. Redner Genosse Krumm.  
Direkt 18. Mittwoch, den 19. Juni, 20 Uhr, bei Temter, „Blauer Sonntag“, Funktationsveranlassen.  
Direkt 19. Mittwoch, den 18. Juni, 19.30 Uhr, außerordentliche veranlassen. Redner Genosse Th. Müller. Thema: Die ersten Schritte der sozialdemokratischen Bewegung in Breslau. — Freitag, den 20. 19.30 Uhr, bei Knoblich-Domig, Frauen-Mitgliederveranlassen. Redner Krumm.

Sozialistischer Kampfband  
Abt. 1. Heute 20 Uhr Antreten des gesamten Bundes im „Blauer Sonntag“.

Jugendsozialisten  
Gruppe Streblener Tor, Größchen (SW). Parade an den Toren. Dieser Mittwoch legen wir die Arbeitsgemeinschaft „Ein Gang durch die Kampfgeschichte“ fort und besprechen das Mittelalter. Letzter Genosse Krumm.

Sozialistische Arbeiterjugend  
Für alle! Heute abends im Hülligen-Gott-Gymnasium, 20 Uhr.  
Bildungsstreik. Morgen letzte Zusammenkunft mit Genossen E. Krumm. Thema: „Der Bolschewismus im Hinblick der materialistischen Weltanschauung“.  
Spielmannschor. Heute 2 und 4. Donnerstag abend 8 Uhr Volkstheater mit Instrumenten.  
Heute 2. Mittwoch abend 6 Uhr Kuchenspiele im Kollwitzpark.  
Heute 4. Wir sind heute abend alle zur Pflanzung im Hülligen-Gymnasium.

Freigewerkschaftliches Jugendtreffen  
Jugendverband der Einzelnen, Jugendgruppe. Heute 20 Uhr nach nicht, wie angekündigt, Vortrag, sondern Abendpaarergang. Treffen 20 Uhr beim Heim 1, Tschelstraße 20/31. Heim 2, Friedrich-Wilhelm-Straße 41. Heim 3, Schloßstraße 71. Vortrag. Mittwoch, den 18. Juni, 20 Uhr. im Heim 2, Schloßstraße 71. Donnerstag, den 19. Juni, Heim 1, Kollwitzpark, dem Reichsbahn-Treffen 19.30 Uhr. Freitagsabende. Alle anderen treffen nach oben. Treffen 20 Uhr vor der Arbeiterkassette. Heim 3, Abendpaarergang nach Krumm. Treffen 20 Uhr. Kollwitzpark. Freitag, den 20. Juni, 19.30 Uhr. Abendpaarergang im Heim 1, Sonntag, den 21. Juni, Sonntag. Treffen 19.30 Uhr. Heim 2, 19.30 Uhr. Alle Freunde treffen sich am 21. Juni gemeinsamen Abmarsch vor dem Gewerkschaftshaus.

Band der Freidenkerjugend  
Heute 19.30 Uhr im Heim Grünstraße 14/16. Genosse Th. Müller. über den 50-jährigen Proben der Sozialunion. Gäste willkommen.

Von den Arbeiterkassettentrenden  
Abt. 1. Abt. 2. Abt. 3. Abt. 4. Abt. 5. Abt. 6. Abt. 7. Abt. 8. Abt. 9. Abt. 10. Abt. 11. Abt. 12. Abt. 13. Abt. 14. Abt. 15. Abt. 16. Abt. 17. Abt. 18. Abt. 19. Abt. 20. Abt. 21. Abt. 22. Abt. 23. Abt. 24. Abt. 25. Abt. 26. Abt. 27. Abt. 28. Abt. 29. Abt. 30. Abt. 31. Abt. 32. Abt. 33. Abt. 34. Abt. 35. Abt. 36. Abt. 37. Abt. 38. Abt. 39. Abt. 40. Abt. 41. Abt. 42. Abt. 43. Abt. 44. Abt. 45. Abt. 46. Abt. 47. Abt. 48. Abt. 49. Abt. 50. Abt. 51. Abt. 52. Abt. 53. Abt. 54. Abt. 55. Abt. 56. Abt. 57. Abt. 58. Abt. 59. Abt. 60. Abt. 61. Abt. 62. Abt. 63. Abt. 64. Abt. 65. Abt. 66. Abt. 67. Abt. 68. Abt. 69. Abt. 70. Abt. 71. Abt. 72. Abt. 73. Abt. 74. Abt. 75. Abt. 76. Abt. 77. Abt. 78. Abt. 79. Abt. 80. Abt. 81. Abt. 82. Abt. 83. Abt. 84. Abt. 85. Abt. 86. Abt. 87. Abt. 88. Abt. 89. Abt. 90. Abt. 91. Abt. 92. Abt. 93. Abt. 94. Abt. 95. Abt. 96. Abt. 97. Abt. 98. Abt. 99. Abt. 100.



# Arbeitende Jugend heraus zum Freigewerkschafts-Jugendtreffen in Breslau

Plan der Veranstaltungen während des Jugendtreffens

**Sonnabend, den 19. Juli 1930**  
Nachmittags: Führungen durch die Stadt; 10.30 Uhr: Begrüßungsfeier:  
1. im großen Saal des Lunaparks, Morgenau  
Die Ausgestaltung übernahm die Kapelle Paul Binder, der Männerchor Breslau und die Spielschar „Blaue Blusen“ (Revue: „Jugend heraus!“).  
2. im Sternensaal des Lunaparks, Morgenau  
Mitwirkende: Kapelle Paul Häusler, Männerchor Breslau sowie die Spielschar „Rote Schmiede“ (Revue: „Die Welt gehört uns“).  
3. im Saal von Gentner, Morgenau. Die Programmsfolge wird ausgeführt von der Hauskapelle, der Sängergemeinschaft verschiedener Männerchöre, sowie der Spielschar „Die Kujer“ (Revue: „Der Gustafsen der F.G.“).  
**Sonntag, den 20. Juli 1930**  
Vormittags: Veranstaltungen der einzelnen Berufsgruppen. Ab 11 Uhr: Gemeinsame Mittagstafel. Ab 13 Uhr: treffen sich alle Teilnehmer zum Abmarsch nach der Jahrhunderthalle am

Platz der Republik; 14 1/2 Uhr: Rundgebung in der Jahrhunderthalle; Orgelspiel, Sprechchor, ferner reden: Triem für die Jugend, Hujemann (Bergbau-Industriearbeiterverband), sowie ein Vertreter des Internationalen Gewerkschaftsbundes; nachmittags: Gartenkonzert im Terrassenrestaurant an der Jahrhunderthalle, sowie Spiel der Jugend auf dem Jahrhunderthallengelände.  
**Montag, den 21. Juli 1930:**  
Vormittags: Gemeinsame Dampferfahrt nach Wilhelmshafen. Besichtigung der Siedlungen Jümpel, Bismarckwald, sowie der Erholungsstätte der Allgemeinen Ortskrankenkasse; nachmittags: Führungen durch die Stadt; abends: Singspart.  
Jugendtreffensteilnehmer, welche anschließend noch Wanderungen unternehmen wollen, stehen wir gern mit Auskünften für Gang- und Rehrtagswanderungen zur Verfügung. Anfragen sind an den Bezirksauschuss des DGB, Jugendabteilung zu richten.  
**Jungarbeiter, auf nach Breslau!**

### Tragischer Tod einer Greisin

Am 19. September vorigen Jahres wurde die 72jährige Frau **M. Lucas** in der Frankfurter Straße das Opfer eines Verkehrsunfalls. Sie war beim Überqueren der Straße knapp vor einem Auto, das der Chauffeur **Kopisch** in 11. steuerte, vorbeigekommen, als sie unter das Auto des Fleischereimachers **Lucas** geriet und von diesem getötet wurde. Der Fall beschäftigt gestern die Strafkammer als Berufungsinstanz. Die Zeugenaussagen waren unsicher und widersprechend. Nach den genauen Feststellungen von drei Sachverständigen, können aber weder **Kopisch** noch **Lucas**, der den ersten Überholer wollte, als rasch gefahren sein. Beide wurden deshalb freigesprochen. Der Tod der Greisin konnte nur auf einen unglücklichen Zufall zurückgeführt werden. Der Vorfall mahnt insbesondere ältere Personen zu größter Vorsicht beim Überqueren der Straße.

### Entredelbstahl und Wohnungseinbruch

In der Zeit vom 11. bis 18. Juni, wahrscheinlich in den Stunden von 18 bis 18.30 Uhr, ist aus einer in der Dpitzstraße gelegenen Wohnung ein blauer Stadtkoffer mit Inhalt sowie eine braune Krotobilleber-Handtasche im Werte von 60 bis 80 Mark gestohlen worden. Ferner ist am 14. Juni im Laufe des Vormittags ein Einbruch in eine Wohnung in der Neuburgerstraße verübt worden. Gestohlen wurden 2 neue weiße Bettlaken, 2 Deckenbezüge, der eine rot kariert, der andere blau kariert mit dem Wäschezeichen **A. S.**, ein halbes Duzend bunte Rückenhandtücher, ein halbes Duzend weiße Damasthandtücher und eine weiße Damasthandtücher. Ferner entwendete der Dieb aus dem offenen Kassenbüfett ein Portemonnaie mit 21 Mark, außerdem wurde eine Sparbüchse erbrochen und der Inhalt in Höhe von 7.50 Mark entwendet. Gestohlen wurden ferner noch folgende Sachen: 1. Dablesearmband, ein Trauring, 333 geltempeit, ein silbernes Medaillon, ein Siegelring mit rotem Stein, ein Paar goldene Ohrringe, eine Schallboje vom Grammophon. Der Gesamtschaden beträgt etwa 200 Mark. Zweckdienliche Angaben bezüglich des Entredelbstahls, sowie des Wohnungseinbruchs, erbittet das 8. Kommissariat der Kriminalpolizei in Breslau.

### Wohnungsbrand

Die Wohnungsinhaberin verbrannt  
Heute früh gegen 5 Uhr merkte ein Hausbewohner des Paulus-Breslau-Hausfeld, Hundsfelder Straße 294, daß in der über ihm gelegenen Wohnung der Rentnerin **Emma Kempa** ein Brand ausgebrochen ist. Der Hauswirt löste sofort die Wohnungsinhaberin ein und fand in der völlig verqualmten Wohnung die Frau **Kempa** leblos auf dem Boden liegen. Er schleppte sie heraus; es konnte jedoch nur festgestellt werden, daß sie bereits erstickt war. Der Brand wurde in wenigen Minuten durch die freiwillige Feuerwehr abgelöscht. Die 58jährige Frau hat in ihrer Unfähigkeit in den letzten Tagen beinahe 3 Stundendränke konsumiert, die jedoch von Hausbewohnern im Reime erstickt werden konnten.

### Partei-Veranstaltung

#### der preussischen Staatsbedienen

Mittwoch, den 18. Juni, 20 Uhr, im Saal des Saalbauers **L. H. H.**, im Zimmer 5 des Gewerkschaftshaus. Über das Thema: „Die Republik und wir“.  
In einer Betriebsversammlung des preussischen Staatsbedienen tätigen parteigebührenden Beamten, Angestellten und Arbeiter.  
**Stadtverordneten und Stadts.**  
Heute, Dienstag, im Gewerkschaftshaus. Wichtige Besondere wichtige Besondere wichtige.

### Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“

Abteilung 5. Heute Dienstag 20 Uhr Funktationsveranlassen im Silbke-Bahnhofs. Friedrichstraße 11. Zu erscheinen haben Bannerführer Hülse, Kafflerer und sämtliche Jung- und Gruppenführer.  
Abteilung 6. „S.“ Abt. 1. Sonntag, den 22. Juni, 10 Uhr nachmittags alle Mitglieder-Kameraden der Abteilung „S.“ in Uniform zur Begleitung im Saal des Gewerkschaftshaus an. Die Abteilung „S.“ nimmt der Fester im Dell-Theater teil.  
Schiffpartie. Morgen Mittwoch, 20 Uhr. Training sämtlicher Sportler in der Rebers-Oberrealschule. Infolge des bevorstehenden Gaunermüssen alle Sportler erscheinen.

### Vereinskalender

**Baugewerksbund, Baugewerkschaft Breslau**  
Jahresfeier. Heute Mittwoch, den 18. Juni 1930, in der Kollwitzpark, angelegte Jubiläumssammlung fällt aus. Die nächste Sammlung wird durch Hausbesuche bekanntgegeben. Wir bitten die Kameraden, diese Mitteilung weiterzuverbreiten. Die Jubiläumssammlung.  
Mittwoch, den 18. Juni 1930, 20 Uhr, Vortrag im Saal Grünstraße 14/16. Monistischer Gemeinde. Sprecher Dr. Georg Kramer. Thema: Die neuen Glaubensbekenntnisse. Eintritt frei. Jedermann hat Zutritt.

### Rahnen heraus!

Jungarbeiter des Reichsbanners „Schwarz-Rot-Gold“ kommenden Freitag bis Sonntag werden alle Republikanischen Parteigenossen und Gewerkschafter angefordert, ihre Fahnen herauszugeben, damit die Republikaner aus der Provinz heraus, daß die Breslauer Bevölkerung nicht auf reaktionärer Seite steht.

### Unterricht zur Jugendfeier für Freidenkerkinder!

Der Deutsche Freidenkerverband hat für bisidentische Jugendfeier-Unterricht eingeführt. Der außerordentlich große Anteil zeigt, wie berechtigt diese Einrichtung ist. Um den Kindern Gelegenheit zur Teilnahme zu bieten, teilt der Gruppen-Vorstand folgenden Stundenplan mit:  
1. Obertorstraße, Matthiasstraße 5:  
für das 5. und 6. Schuljahr Dienstag von 3 bis 4.30 Uhr für das 7. und 8. Schuljahr Dienstag von 4.30 bis 6 Uhr  
2. Schule Dsener Straße, Klassenzimmer 106:  
Donnerstag von 3.30 bis 5 Uhr;  
3. Kollwitz-Schule für Nikolaitor, Wöpelwitz und Größchen:  
Montag von 5.30 bis 7 Uhr für das 7. und 8. Schuljahr  
4. Nur für das 5. und 6. Schuljahr im Schulhaus Kollwitz-Straße, Hülls, Erdbeulhof, Klasse 8, Donnerstag 5 bis 6 Uhr  
Anmeldungen zur Teilnahme werden nur noch kurze Zeit in den Unterrichtsstunden entgegengenommen. Eltern, schickt Eure Kinder. Sie lernen Wertvolles für das spätere Leben!

### Vor den Raa geworfen

Am Sonntag, 4.5 Uhr wurde auf den Gleisen des Bahnhofs in der Nähe der Dürrgoyer Eisenbahnbrücke die des Schuhmachers **Walter Reipert**, 20 Jahre alt, in Breslau, Hüllsstraße 3 wohnhaft, gefunden. Der milde hatte sich von einem Zuge überfahren lassen.

### Berücksichtigt beim Einkauf unsere Inserenten

## Volkshaus für Mutterschutz e. V.

Mittwoch, d. 18. Juni, im Gewerkschaftshaus  
**Mitglieder-Versammlung**  
Der herannahende Arzt der Urgrube hält einen sehr lehrreichen Vortrag. Gäste willkommen! Eintritt für Mitglieder frei.

# ARBEIT UND WIRTSCHAFT

## Die Bekleidungsarbeiter-Internationale in Leipzig Reichstagung der Kürschner

Der Kongress der Internationalen Bekleidungsarbeiter-Föderation, der am Sonntag im Leipziger Volkshaus durch ihren Sekretär, van der Heeg, eröffnet wurde, ist eine Art Jubiläumskongress; denn die Bekleidungsarbeiter-Internationale ist vor 10 Jahren gegründet worden. Als Vertreter des IGB, ist Saffenbach auf dem Kongress anwesend. Die Leitung der Tagung liegt in den Händen der Vorsitzenden des deutschen und des dänischen Bekleidungsarbeiter-Verbandes Pleitt und Petersen.

Sonntag mittags 12 Uhr fand auf dem Ausstellungsgelände der Internationalen Pelz-Ausstellung eine große Kundgebung statt, von der Heeg wies in einer kurzen Ansprache darauf hin, daß der Militarismus heute stärker sei als vor dem Krieg. Statt die Weltwirtschaftskrise zu heben, vergeude man Milliarden für den Militärmoloch. Zur Lösung des Arbeitslosenproblems sei — das werde von Tag zu Tag deutlicher — eine sozialistische Gesellschaftsordnung erforderlich. Der Kampf um die Arbeitszeitverkürzung sei ein erster Schritt zur Schaffung neuer gesünderer Wirtschaftsverhältnisse. Kampf um eine Wochenarbeitszeit von vierundvierzig Stunden — das sei auch die Lösung des Internationalen Bekleidungsarbeiter-Kongresses.

Der Tagung der Bekleidungsarbeiter-Internationale ging eine Reichskonferenz der Kürschner, Juristerei- und Mützenbranche voraus. Im Mittelpunkt ihrer Beratungen standen zwei Themen: Die Berufskrankheiten im Rauchwarengewerbe, worüber Dr. med. Försters referierte, und die Lohn- und Tarifffrage, die Bloog vom Zentralverband der Bekleidungsarbeiter erläuterte.

Die Konferenz wandte sich sehr energisch gegen die Verwendung giftiger Farbstoffe. Sie forderte ein gesetzliches Verbot des Gebrauchs derartiger Stoffe, da sie allenthalben gefährliche Hautkrankheiten hervorriefen. In allen Betrieben, auch in den kleineren, sei eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen dringend notwendig. In vielen Kleinbetrieben der Juristerei fehle es noch heute an Waschgelegenheiten. Die Betriebsräte müßten stärker als bisher auf ihre Verantwortlichkeit für die Durchführung der Arbeitergesundheitsbestimmungen aufmerksam gemacht werden. Vor allem müßten die Gewerkschaften ihre Betriebskontrollen unter Hinzuziehung der von der Arbeiterkammer gewählten Betriebsräte vornehmen, wie dies in Preußen kürzlich durch einen Regierungserlaß ausdrücklich verfügt worden sei.

Bei der Erörterung der Lohn- und Tariffpolitik wurde von Delegierten aus den verschiedensten Bezirken Deutschlands lebhaft darüber Klage geführt, daß ein Abbau von Überstundenarbeit in der Praxis vielfach am Willen des Arbeiters selbst scheitert, der, oft monatelang ohne Verdienst, die meist nur kurze Arbeitsperiode benutze, um möglichst viel herauszuholen. Trotz dieser mit der Rationalisierung verknüpften Schwierigkeiten müßten jedoch die Gewerkschaften für eine kräftige Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit eintreten.

Die Aussprache über die Tarif- und Lohnpolitik fand ihren Niederschlag in einer programmatisch gehaltenen einstimmig angenommenen Entschließung, in der vor allem für Arbeitszeit, Staffelung der Löhne, Ferienregelung und Lehrlingsentschädigung neue Forderungen angemeldet werden. Im Kern handelt es sich um folgendes: Für die Überstundenregelung müssen in den Tarifen Bestimmungen angestrebt werden, wonach Überstunden nur in außergewöhnlichen Notfällen zulässig sind und solche nur mit Zustimmung der gesetzlichen Betriebsvertretung oder einer hierfür im Tarifvertrag vorgesehenen Instanz gemacht werden dürfen. Die Zahl der zulässigen Überstunden ist auf die wichtigsten Saisonmonate zu beschränken. Dabei dürfen nicht mehr als höchstens 6 Überstunden in der Woche zulässig sein. Für die ersten vier Überstunden ist ein Zuschlag von 33 1/2 Prozent, für die 5. und 6. Überstunde ein Zuschlag von 50 Prozent zu gewähren. Die Bezahlung der gesetzlichen Wochenferientage wird bei künftigen Tarifbewegungen zur Forderung erhoben. In der Frage der Saisonlöhne ist nur Lohnvereinbarungen zuzustimmen, die für die stille Zeit keine niedrigeren Löhne vorsehen als für die Saison. Der Lohn der vorgeschrittenen männlichen Arbeitskräfte soll von dem des Selbständigen 85 Prozent und der für Ausgelernte mindestens 70 Prozent betragen, der Lohn der selbständigen Näherin 70 Prozent von dem des selbständigen Kürschners und Mützenmachers, der Lohn der vorgeschrittenen Näherin 85 Prozent von dem der selbständigen Näherin und der Lohn der Ausgelernten 70 Prozent vom Lohn der selbständigen Näherin. In der Ferienfrage ist auf eine Beseitigung der großen Unterschiede in den jetzigen Tarifen hinzuwirken. Anzustreben ist: Nach 6 Monaten Beschäftigung 3 Tage, nach 1 Jahr Beschäftigung 6 Tage Ferien und steigend mit jedem weiteren Beschäftigungsjahr bis zu 12 Beschäftigungsjahren um je einen Tag Ferien mehr. Dabei soll Unterbrechung des Arbeitsverhältnisses durch Kontrakt und durch vorübergehende Entlassung oder durch Auslegen der Arbeit bis zu einem Jahr nicht den Anspruch auf Ferien beschränken. Der österreichische Branchen-Vertreter Pilger-Wien wies

darauf hin, daß in Oesterreich die in Deutschland noch heiß umkämpfte Ferienfrage für die Arbeiterkassen durch Gesetz bereits geregelt sei. Wer ein Jahr im Betrieb gearbeitet habe, erhalte seinen Arbeitsurlaub.

Zur Arbeitslosenfrage nahm die Reichskonferenz einstimmig eine vom Vorsitzenden des Bekleidungsarbeiterverbandes Pleitt begründete Entschließung an. Darin wird mit besonderem Nachdruck hervorgehoben, daß die seit langem notwendige Senkung der Warenpreise zur Erzielung größeren Massenkonsums nur unter Ausschaltung des wirtschaftlichen Verfalls und allen die Preisgestaltung hemmenden und verteuern wirkenden, Zwischenhandels erreicht werden könne. Die organisierte Arbeiterkassenproletariat energisch gegen das offensichtliche Bestreben der bürgerlichen Reichsregierung und der organisierten Unternehmerschaft, alle Reparationslasten auf die Arbeiterkassen abzubauen. Hinweg mit dem „Fataleismus“ — schlägt der Kongress seine Arbeitslosenentschließung — „hinweg mit der zwecklosen Organisationszerstückelung!“

### Achtung!

### Betriebsräte und Gewerkschaftsvertrauensleute

Vom Landeserwerbslosenrat werden die Betriebsräte zu einer Konferenz am nächsten Sonntag durch besonderes Schreiben eingeladen. Da es sich hier offenbar um die Ausnützung der Notlage der Erwerbslosen zu politischen Zwecken handelt, werden Betriebsräte und Gewerkschaftsvertrauensleute gewarnt, der Einladung Folge zu leisten.

Drisauschüsse Breslau des ADGB. und der Afa.

### Kündigungen

### bei Nord-West ausgesprochen

Sozial, 16. Juni. (Eigener Drahtbericht.)

In der Gruppe Nord-West der Eisen- und Stahlindustrie sind am Montag die durch Anschlag vorgezeichneten Kündigungen erfolgt. In einem Rundschreiben gibt der Arbeitgeberverband Nord-West an seine Mitglieder Anweisungen über die Berechnung der neuen Affordräge. In dem Schreiben heißt es: „Für den Monat April 1930 ist aus der gesamten Lohnsumme einschließlich aller Zulagen der Durchschnitts-Stundenverdienst der Gesamtbelegschaft zu errechnen. Dieser wird um 7,5 Prozent gekürzt. Die übertariflichen Zulagen der Zeitlöhne sowie Afforde und Prämien der Affordarbeiter sind dann auf Grund der Unterlagen für den Monat April so umzurechnen, daß der um 7,5 Prozent gekürzte Durchschnitts-Stundenverdienst der Gesamtbelegschaft im Monat April erreicht wird. Die so errechneten Affordräge und übertariflichen Zulagen der Zeitlöhne sind am 1. Juli 1930 der Entlohnung zugrunde zu legen.“

Der Deutsche Metallarbeiter-Verband wird am Sonntag in Essen eine große Protestkundgebung gegen die Lohnsenkungsaktion abhalten. Die Kommunisten benutzen die Gelegenheit zu Aufforderungen zum Streik. Sie wollen am 25. Juni in allen Städten des Ruhrgebietes „Massendemonstrationen“ veranstalten. Am 29. Juni soll in einer Zentralkonferenz der roten Gewerkschaften in Essen die Zentralstreikleitung gewählt werden. Ihr Streik soll unter der Parole laufen: Siebenstundentag bei vollem Lohnausgleich und 20 Pf. Lohnerhöhung kündlich.

Das Rheinisch-Westfälische Kohlen-Syndikat gibt seinen Abjag für den Monat April 1930 (Kohle und Bräunstein in Kohle umgerechnet) mit 5 015 217 Tonnen = arbeitsmäßig 208 967 T. an. Die Verminderung gegenüber dem Vormonat beträgt 1,01 Prozent, gegenüber April 1929 = 21,04 Prozent. Der Abjag verteilt sich ungefähr zur Hälfte auf das unbedrittene (2,535 Millionen Tonnen) und das bedrittene (2,479 Millionen) Gebiet.

Der Lodzer Industriebezirk hatte am 31. Mai eine Arbeitslosenziffer von 36 743. Auf Lodz selbst entfielen 23 905 Arbeitslose. Von diesen werden nur 13 242 unterstützt. Im Laufe der letzten Ratwoche sind wiederum 1160 Arbeiter erwerbslos geworden, während nur 2240 in Arbeit kamen.

Diese Ziffern zeigen im Gegensatz zu den amtlichen Berichten, daß von einem Abgang der Arbeitslosen in Polen keine Rede sein kann.

### Das goldene Rad von Breslau

Müller überlegener Sieger.

Nach längerer Pause startete die Direktion der Grünsfelder Radrennbahn wieder ein großes Stachrennen mit internationaler Beteiligung. Neben Sawall, Möller und Krewer gingen die Belgier Linart und Thollembe sowie der junge italienische Manera an den Start, denen man noch den jungen holländischen Nachwuchsfahrer Saller beigezählte. Ueber die zu bewältigende 100-Kilometer-Strecke zeigte sich Möller allein seinen Gegnern um eine ganze Klasse überlegen und fuhr mit 2350 Meter Vorsprung vor Sawall einen einwandfreien ersten Platz ein. Sawall zeigte auch diesmal nichts von wenigen Momenten abgesehen, in denen er alle Segel besetzte. Im Ganzen machte er einen recht unbefriedigenden Eindruck. Thollembe, der dritte Mann, fuhr die erste Hälfte des Rennens recht achbar und lag sogar eine Zeitlang an erster Stelle, mußte später aber den Angriffen Möllers weichen und wurde in der Folge von diesem so unter Druck gesetzt, daß er seinen 2. Platz auch nicht vor Sawall behaupten konnte, der ihn beim 95. Kilometer passierte. Der Belgier Linart, dem es in diesem Jahre wieder gelang, der Meisterschaft seines Landes zum 14. Male heimzuführen, auf dem viermaligen Weltmeister war, kommt allmählich auf dem drittletzten Platz der zwei Jahre, da er auf deutschen Bahnen nicht startete, hat er ganz ungewöhnlich an seiner Form eingebüßt und kommt für ganz erste Besetzungen kaum noch in Frage. Er konnte sich am Sonntag als Dritter platzieren, da er von Saller verdrängt blieb. Krewer wurde davon heimgeführt. Er zeigte ohne Maßnahme hätte der Kölner keinen Erfolg notiert. Er zeigte wieder einmal mehr von seiner guten Vergangenheit. Wie lange er das noch kann, ist eine andere Sache. Seinem Schrittmacher Krüger sollte man nun aber halb einmal recht schärfen klar machen, daß für ihn keine besonderen Fahrleistungen bestehen. Der Italiener Manera zählt ernsthaft zu einem Vorderplatz nicht mit. Derselbe Note gab man anfangs Saller, der trotz seines Sturzes aber doch zeigte, daß er schnelle Reine bürgt.

Der Stand des Rennens nach dem Fielshuh: 1. Möller 31 Min. 13 1/2 Sek.; 2. Sawall 2350 Meter; 3. Thollembe 2850 Meter; 4. Linart 2870 Meter; 5. Krewer 2900 Meter; 6. Manera 10 900 Meter; 7. Saller 14 800 Meter.

### Sonderfahrt nach Vollenhain und Grobchau

Sonntag, den 22. Juni, veranstaltet die Reichsbahndirektion Breslau eine Sonderfahrt nach Vollenhain und Grobchau (Sonnenwendfeier) mit 33 1/2 Fahrpreisermäßigung.

	Hin- und Rückfahrt	Rückfahrt:
Ein- und Rückfahrt:		
ab Breslau Freib. Pf.	4,40 Rmf.	an 0,02
ab Rantsh	3,40 Rmf.	an 23,39
ab Vollenhain		an 22,10
ab Grobchau		an 19,10
ab Grobchau		an 18,55

Zusatzkarten für Burgenbesichtigung und Burgenbesichtigung 20 Rmf., für Mittagessen 1,50 Rmf.

Der Zug fährt nur 3. Wagenklasse. Die Fahrkarten sind bei den Fahrkartenausgaben der oben genannten Bahnhöfe und in Breslau Hbf. und Obertorhbf. sowie bei den Mitteleuropäischen Reisebüros Breslau, Gartenstraße 80 und Neue Schweinitzer Straße 6, erhältlich.

Ein besonders schönes Schauspiel wird den Sonderzugteilnehmern durch die Beleuchtung der Burgen (Volkso- und Schweinhausburg) geboten werden.

### Berichtigung

Bei dem Inzerat „Serien-Woche der Firma Wollwaren-„Saxonia“, Ohlauer Straße 60/61, ist ein Fehler unterlaufen. Es soll nicht heißen: Wassenmützen reine Wolle gestrickt für Damen und Kinder 45 Pf., sondern 95 Pf.

**Erst, wenn man die Milch mit Kathreiner gemischt trinkt, wird sie richtig verdaut!**

... wieder ein Grund mehr, immer Kathreiner zu trinken!

\* Bewußtlos aufgefunden. Am Sonntag gegen 21.30 Uhr wurde in den Promenadenanlagen in der Klirrastrasse, gegenüber dem Kurgarten, die 45jährige beruflich- und wohnungslose Elise K. bewußtlos aufgefunden. Nachdem sie ihr Bewußtsein auf kurze Zeit wieder erlangt hatte, gab sie an, Gift zu sich genommen zu haben. Sie wurde in das Menzel-Haus-Krankenhaus geschafft. Das Motiv der Tat ist nicht bekannt.

\* In der Haltehalle verlegt. Am Sonntagabend gegen 7.25 Uhr wurde die Witwe Maschner aus der Messergasse an der Straßenbahnhaltestelle Matthias-Ede Weinstraße beim Aussteigen aus der Straßenbahn von dem Führer eines Postautos angefahren und zu Boden geworfen. Die Verletzte klagte über starke Brust- und Halschmerzen und konnte sich noch in die nahe gelegene Wohnung der Tochter begeben. Die Schuldfrage bedarf noch der Aufklärung.



# Vermutungen

sind kein Betriebskapital, mit dem man arbeiten kann. Die Hoffnung, daß eine Ware gekauft werden wird, bietet keine volkswirtschaftliche Daseinsberechtigung für den Artikel. Lediglich das Wissen, daß die überragende Qualität das Erschellen auf dem Markte notwendig macht, kann die Triebfeder eines gesunden Unternehmens sein.

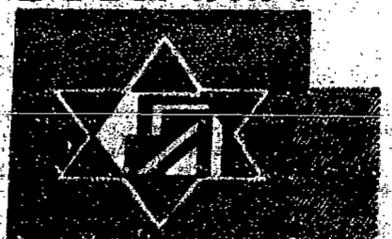
Als wir uns entschlossen, die Bulgaria-Zigaretten den verwöhnten Rauchern zu präsentieren, wußten wir, daß sie diese wirtschaftlichen Bedingungen erfüllen.

## BULGARIA - STERN

die stets frische und gleich gute 4 Pfg. Zigarette.

# 4

BULGARIA



STERN

## 29. Werkmeister-Verbandstag

### 2. Verhandlungstag

Der am Sonnabend in Breslau eröffnete Verbandstag des Deutschen Werkmeisterverbandes wurde am Montag vormittag fortgesetzt.

Zunächst begrüßte Kollege Bergmann vom Allgemeinen Angestellten-Verband der Tschechoslowakei die Tagung und überbrachte vom Geist der Solidarität getragene Glückwünsche. Abschied wurde die

#### Aussprache über die Geschäftsberichte

des Bundesvorstandes fortgesetzt. Kollege Schuster-Kreisel verlangte intensivere Inanspruchnahme der Sparbank und hält eine weitere Erhöhung der Verwaltungskosten für unmöglich. Während Kollege Kuch-Milena an der Arbeit des Bundesvorstandes nichts auszuheben findet, kritisiert Kollege Lech-Gaben die Eigenmächtigkeit des Bundesvorstandes beim Hausbau. Mit einer Spitze gegen den Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund verlangte Kollege Schäfer-Heilbrunn Aufklärung darüber, wie weit seitens der Spitze des ADGB angestrebt wird, den Werkmeisterverband aufzulösen, da eine große Arbeitergewerkschaft öffentlich bekannt gibt, 9000 Werkmeister in ihren Reihen zu haben. Erforderlicher wäre es schon, mit den kleinen, kaum noch baseinsberechtigten Organisationen der Zugschneider, Fördermaschinen und Polierer Vereinigungsverbänden anzustreben. Nach allgemeineren Ausführungen des Kollegen Pfeiffer-Dresden verlangt Kollege Müller-Magdeburg, daß die Abgeordneten des Verbandes in Zukunft ausführlichere Niederschriften der Hauptvorstandsitzungen erhalten. Kollege Klein-Wiesdorf verlangte verschiedene Auskünfte und bessere Informierung der Mitgliedschaft durch die Bezirksvertreter. Zur Beantwortung verschiedener in der Debatte aufgeworfener Fragen sprach hierauf Kollege Tünges-Stettin vom Bundesvorstand, und Kollege Wichterich-Godesberg warf die Frage auf, wie weit die Sicherlegung der Krankentafel an den Ort des Bundesitzes gebunden sei, auf die auch Kollege Kuhl-Berlin vom Bundesvorstand einging. Kollege Hornberg-Bielefeld wünscht, daß die Bildungsturne in der bisherigen Form beibehalten werden, da sie auch wertvoll wirken. Die Gewährung von Rechtschutz hält Kollege Spanowski-Königsberg für sehr engberührt. Kollege Scharfberg-Höck fordert, gegen die Schmutzfinanzarbeit des Christlichen Werkmeisterbundes vorzugehen, der sich anlegen sein läßt, Flugblätter mit den gemeinsten Anrempelungen zu verbreiten. Der Hausbau hätte nach Meinung der Kollegen Kolbe-Breslau, Kahmann-Karlsruhe und Mohr-Mannheim dem Abgeordnetentag zur Beschlußfassung vorgelegt werden müssen. Weiter sprachen noch die Kollegen Kahmann-Karlsruhe, Henrich-Berlin, Schweingruber-Berlin, Wolfram-Zeig, Langes-Stettin, Nibel-Leipzig, Knauf-Kassel, Jäger-Hannover, Schulz-Görlitz, Mohr-Mannheim, Seibert-Freiburg, Salchow-Jalle.

Mit dem Beginn der Mittagspause war die allgemeine Aussprache über den Geschäfts- und Kassenbericht beendet. Nach der Mittagspause ergriß Kollege Buschmann das Wort zu einigen die Diskussion abschließenden Bemerkungen. Er betonte, daß eine Kritik selbstverständlich stets fruchtbar sei, vorausgesetzt allerdings, daß diese Kritik der Autorität und der Würde des Verbandes angepaßt bleibe. Man dürfe sich niemals in Kleinigkeiten verlieren. Erfolgreich wäre, daß die Aussprache erneut das kameradschaftliche Verhältnis zwischen Vorstand und den Vertretern der Mitgliedschaft offenbart habe und daß nach wie vor gegenseitiges Vertrauen herrsche.

Bei der Kritik des „Gewerkschaftsdienstes“ durch einzelne Kollegen müsse in Betracht gezogen werden, daß der „Gewerkschaftsdienst“ der Agitation diene und niemals das hohe Niveau einer repräsentativen Verbandszeitung besitzen könne. Der „Gewerkschaftsdienst“ wäre lediglich das Werbeblatt der Funktionäre im Betrieb.

Wiel erörtert werde im allgemeinen das Verhältnis des ADGB zu anderen Organisationen, z. B. zum Deutschen Polierbund, der heute noch immer dem Deutschen Bauergewerksbund angehöre. Man habe darauf hingewiesen, daß der Werkmeisterverband ein Verbleiben von Angestellten in einer Arbeitergewerkschaft sich nicht länger mehr gefallen lassen solle. Wir behalten in dieser Frage, so stellte Kollege Buschmann fest, durchaus unseren Standpunkt aufrecht: Arbeiter gehören in die Arbeiter- und Angestellten in die Angestelltenverbände. Dabei müsse es wenigstens solange bleiben, bis sich der Gedanke neuer allumfassender organisatorischer Bindungen durchgesetzt habe. Im übrigen sei es Sache der Kollegen vom Polierbund selbst, zu entscheiden, wohin sie gehören wollen.

Kollege Buschmann ging dann auf die Rechtschutzabteilung ein. Diese werde von sachverständiger Seite geleitet und sei eine für den Verband geradezu unerlässliche Einrichtung. Selbstverständlich habe diese Abteilung genau nach den von früheren Verhandlungen formulierten Richtlinien zu arbeiten. In der Arbeit müsse durchwegs kaufmännisch verfahren werden. Unausgesetzte Agitation sei eine der besten Grundlagen jeden Verbandes und man dürfe bei der Propaganda Gesichtspunkte moderner Reklame nicht außer acht lassen.

Enghilich der sozialpolitischen Arbeit der großen Gewerkschaften habe die neue Zeit eine starke Konzentration der Kräfte mit sich gebracht. Dieser Konzentration ordne sich der Werkmeisterverband dadurch ein, daß er ständig im sozialpolitischen Ausschuß des Afa-Bundes einen Vertreter unterhalte. Im übrigen komme kein Bedenken umhin, sich selbst eine eigene sozialpolitische Abteilung zu halten. Die Materie des sozialen Rechtes sei so umfangreich und so schwierig, daß sich jede gewerkschaftliche Organisation für ihre Bearbeitung Spezialisten halten müsse. Wichtiges gelte für die heute noch in Berlin befindliche Wirtschaftsabteilung des Werkmeisterverbandes, deren reiche Dotierung unumgänglich sei, da man alle Erscheinungen der modernen Wirtschaft aufmerksam verfolgen müsse.

Der Kritik des Hausbaues stellte Kollege Buschmann das Argument gegenüber, daß eine Organisation von der Stärke des Werkmeisterverbandes sich Einrichtungen schaffen müsse, die sie repräsentieren und die sie instandhalten, wirksam zu arbeiten. Es behalte wichtig alle Veranlassung, für den Verband endlich ein würdiges Heim zu bauen. Zu bebauern sei, daß die Verbandsfraktion in Berlin sich immer noch in Berlin befindet, denn das Verbleiben in Berlin bringe sachliche und organisatorische Schwierigkeiten mit sich. In der Zukunft müsse unbedingt die Verlegung an den Ort der Hauptverwaltung erreicht werden.

Auch Kollege Schuster-Kreisel als Verbandsleiter äußerte sich gleichfalls zu der in der Diskussion angehängten Frage des Hausbaues. In der eigenen hundertjährigen Art und Weise sagte er den Kollegen, daß er als Kollege niemals überflüssige Ausgaben tätigen werde. Der Hausbau sei aber unumgänglich, da das alte Verwaltungshaus nicht mehr ausreichte. Die Finanzmittel des Verbandes seien im letzten Jahre durch den Verkauf von Grundstücken im Ausland erheblich vermehrt worden. Kollege Tünges-Stettin, die bestmögliche Ausführung wurde dem Ratgeber einstimmig erklärt.

Den Reden des Kollegen folgte ein umfangreiches und tiefgründiges Referat des Kollegen Kahmann-Karlsruhe über „Neue soziale und wirtschaftliche Probleme des Werkmeister“

aus. Kollege Buschmann umriß in diesem Vortrag die Stellung des Werkmeisters in der heutigen Wirtschaft und gab damit einen wesentlichen Beitrag zur soziologischen Erforschung der Rolle des technischen Angestellten in der gegenwärtigen, insbesondere in der rationalisierten Wirtschaft. Das Referat des Kollegen Buschmann fand reichlichen Beifall und soll auf Antrag des Kongresses später in Broschürenform herausgegeben werden.

Wir entnehmen den Ausführungen des Kollegen Buschmann folgendes:

Die sozialen Probleme der Werkmeister sind durch die kapitalistische Warenproduktion erzeugt worden. Die gegenwärtige Wirtschaft ist durch ihre finanzkapitalistische Entwicklung und die Rationalisierung charakterisiert. Diese müssen für einen in der Werkstatt wurzelnden Berufsstand besondere soziale Auswirkungen haben, vor allem dann, wenn er sich in leitender, heftigster Stelle befindet. Dazum treffen finanzkapitalistische Entwicklung und Rationalisierung der Werkmeister besonders stark. Auch er wird, wie alle Angestellten, von der Arbeitslosigkeit und dem Willen der Unternehmer und der Regierung betroffen, die Löhne und Gehälter abzubauen, trifft den Werkmeister die Stellenlosigkeit besonders schwer. Hinzu kommt für den Werkmeister noch die Zurückversetzung ins Arbeiterverhältnis, die besondere Schwierigkeit des Berufswechsels usw.

Der Uebergang von der Einzel- und Serienanfertigung zur Massenfertigung hat die Stellung des Werkmeisters wesentlich geändert. Der Werkmeister spezialisierte sich sachlich, was zu einer Einschränkung seiner Funktionen führte. Damit hängt eine Umschichtung unseres Berufsstandes zusammen. Weit mehr als früher trat das Problem der Rückwanderung vom Werkmeister zum Facharbeiter in den Vordergrund. Von entscheidender Bedeutung ist aber, daß die Einschränkung der Funktionen für die leitenden Werkmeister (im Gegensatz zu der Gruppe der bloß ausführenden Werkmeister) nicht nur eine Minderung der Funktionen bedeutet, sondern die Erhaltung der Leitungsbefugnisse in Frage stellt.

Die leitenden Werkmeister dürfen sich den Weg zum Arbeitsbüro nicht verstopfen lassen. Sie müssen erkennen, daß nicht nur die praktische Arbeit selbst, sondern auch der Denkprozeß, der das vorbereitende Stadium der Arbeit ausmacht, mit zum Arbeitsprozeß gehört.

Inzwischen hat die Industrie erfahren, daß die nur theoretisch geschulten Angestellten nicht genügen. Sie greift jetzt auch für den Denkprozeß, der der Arbeit im Betriebe vorangeht, auf den Werkmeister zurück. Die Ansicht, als wenn der Werkmeister immer mehr zum Berater würde, hat sich also als falsch herausgestellt. Allerdings macht sich bei dieser neuen Entwicklung die oft nicht ausreichende theoretische Ausbildung der Werkmeister als Hemmung für unseren Berufsstand bemerkbar. Die Rationalisierung verlangt zum sachlichen Können wirtschaftliches Denken. Daraus wird die theoretische Ausbildung immer wichtiger.

Die Frage der Berufsausbildung ist für den Werkmeister von eminenter Bedeutung. Die bisher unzulängliche, planlose und unvollkommene Berufsausbildung muß einer gründlichen, planvollen und auch sozial geschützten weichen. Der neue Entwurf hat vor allem Werten in der Frage der Berufsausbildung. Diese darf nie nach privatwirtschaftlichen, sondern sie muß nach staatspolitischen Grundsätzen erfolgen. Auch die Fortbildung des Werkmeisters gehört zu unseren wichtigsten Berufsfragen. Die Fortbildung darf nie zu einer spezifischen Ausbildung mit Anwartschaftsrechten werden. Für uns gilt nach wie vor der Satz:

„Berufsberechtigung auf Grund von Berufsleistungen, Berufsaussicht auf Grund wahrer Berufstüchtigkeit.“

Wir haben Bedenken gegen Werkmeisterkassen, die ein Anrecht auf Werkmeisterstellen geben sollen. Für uns ist entscheidend, daß

keineswegs nur der allein schulmäßig ausgebildete Werkmeister mit Berufsberechtigung der Werkmeister der Zukunft ist.

Der Werkmeister ist für die wirtschaftliche Entwicklung und für die Produktion im Betriebe von höchster Bedeutung. Man will alles daran setzen, für den Werkmeister-Beruf einen tüchtigen Nachwuchs zu schaffen. Wir müssen uns bei diesen Werkmeister-Berufsausbildungsfragen davor hüten, die schulischen Grundsätze zu überspannen. Vom

Werkmeister verlangt man nicht nur praktische und theoretische Kenntnisse, sondern auch intellektuelle Fähigkeiten und Charaktereigenschaften, die man nicht in der Schule erlernen kann. Die erforderlichen theoretischen Kenntnisse müssen im Wesentlichen vor dem Eintritt der Laufbahn als Werkmeister erworben werden.

Leider haben sich heute die Voraussetzungen für den Aufstieg zum Werkmeister verändert. Vielfach wird Tüchtigkeit im Betriebe mit Gefühmsüchtigkeit verwechselt. Eine rechtspolitische Einstellung wird vielfach zur Voraussetzung gemacht. Der Aufbau der Werkmeister ist noch in vollem Gange. Der Aufbau der Entlassungen sind leider oft Gesichtspunkte maßgebend. Auch für man als antisozial im kräftesten Sinne ansprechen muß.

Ein besonders wichtiges soziales Problem für den Berufsstand der Werkmeister ist die Verschledenartigkeit des Werkmeisterberufes. Die Begriffsbestimmung des Werkmeisters in der Angestelltenversicherung deckt sich keineswegs mit dem Werkmeisterbegriff in anderen sozialen Gesetzen. Der Berufsstatistiker hat seine Aufgabe nur zum Teil erfüllt. Die Begriffsbestimmung nach der Gewerbeordnung ist noch enger als die nach dem Angestelltenversicherungs-gesetz. Die Rechtsverwirrung wird noch verwickelter durch die Rechtsanwendung. Der Deutsche Werkmeister-Verband muß eine

bessere und einheitlichere Gestaltung der arbeits- und sozialrechtlichen Gesetzgebung,

besonders hinsichtlich der Begriffsbestimmung der Werkmeister, verlangen.

Kollege Buschmann kritisiert scharf die Bemühungen der Unternehmer, unter dem Druck der Betriebskillingen, Gehalts- und Lohnabbau zu erzwingen. Die Konzentrationsbewegung liegt in der Linie der wirtschaftlichen Entwicklung. Aber die Rationalisierung ist im ersten Stadium stehen geblieben. Man will man Löhne und Gehälter herabsetzen. Ein völlig verfehltes Beginnen. Das Tarifgehalt des Werkmeisters hat die Friedensgrenze noch lange nicht erreicht.

Der Entwurf des Arbeitszeit-Gesetzes mit seinem Kernstück der Arbeitszeitregelung, ist trotz vieler Ueberarbeitungen noch nicht Gesetz geworden. Die Frage der Arbeitszeit ist für den Werkmeister besonders wichtig. Ein trauriges Kapitel ist die Ueberarbeit. Heute, wo Millionen Arbeitshände ruhen, gibt es noch Ueberarbeit in einem Ausmaß, das über alle Erwartungen hinausgeht.

Ähnlich geht es mit der Sonntagsarbeit. In vielen Betrieben werden die Werkmeister zu den Reparaturarbeiten hinzugezogen. Auch hier meist keine oder nur unzulängliche Bezahlung. Die Schutzbestimmungen der Gewerbeordnung genügen nicht. Was zur Arbeitsaufsicht im Geheimeurteilt gesagt ist, muß als für die Werkmeister völlig unzulänglich angesehen werden. Wir brauchen vor allen Dingen die wirksame Gestaltung der Arbeitsaufsicht. Nicht nur die Zahl der aufsichtführenden Organe ist erheblich zu vermehren, es müssen Kräfte angestellt werden, die Erfahrungen durch langjährige Tätigkeit im Betriebe gesammelt haben; das Problem der praktischen Arbeitsaufsicht. Viele tüchtige und erfahrungreiche Werkmeister haben den deutschen Boden verlassen und im Auslande eine Stellung gefunden. Eine Folge unserer traurigen wirtschaftlichen Verhältnisse.

Leider versuchen die deutschen Unternehmer, dem deutschen Werkmeister im Auslande aus Konkurrenzgründen die Stellung unmöglich zu machen.

Das Werkmeister-Problem umschließt eine Fülle von Teilproblemen, die zu lösen in der kapitalistischen Wirtschaft unmöglich, zu lindern, Sache der Gesetzgebung ist.

Zimmer mehr zeigt sich, daß wir zu einer Verschärfung der sozialen Gesetze in der weiteren Entwicklung der kapitalistischen Wirtschaft kommen.

Wir aber wollen den Werkmeister erhalten. Er soll in erster Linie bleiben, was er war: der Mann der technischen Praxis, aber er soll auch in die Theorie hineinwachsen. Unter Berufsstand der deutschen Facharbeiter überhaupt, bereitwillig wir der sozialen Reaktion entgegenzutreten müssen. Der Aufstieg der deutschen Wirtschaft ist nur dann gegeben, wenn man unseren Berufsstand als einen der wichtigsten wirtschaftlichen Faktoren anerkennt lernt.

Gegen 18 Uhr wurden die Beratungen des 2. Verhandlungstages beendet. Kollege Forstner in Breslau gab noch bekannt, daß heute, Dienstag abend, für die auswärtigen Delegierten eine Rundfahrt durch Breslau erfolgen wird. Außerdem ist für Donnerstag eine Fahrt durch das schlesische Gebirge geplant, bei der u. a. das Eulengebirge, Waldenburg, Bad Salzbrunn, Schweidnitz berührt werden sollen.

Zwei Glückwunschtelegramme, die im Laufe des Nachmittags vom Staatskommissar Schubert in Waldenburg und vom Deutschen Förder-Maschinen-Verband einliefen, wurden von der Konferenz freudig begrüßt.

## Verbandstag der freien Lehrgewerkschaft

### Gegen die Schulreaktion in Reich und Ländern bildet eine kulturpolitische Front der freien Gewerkschaften!

#### 2. Verhandlungstag

Von nunherin bestand die Gewißheit, daß der Verbandstag der FGLD, ungeachtet der drängenden Arbeit seiner schulpolitischen Verhandlungen, klar und entschieden zu der zugespitzten und täglich erster werdenden wirtschaftspolitischen Lage Stellung nehmen würde. Das geschah durch ein Referat des Kollegen K. H. Berlin vom Hauptvorstand des ADGB. Besonders wurde betont, daß heute, da die bürgerlichen und Gewerkschaften ihre völlige Mandatierungsfähigkeit erweisen, die freigewerkschaftliche Beamtensorganisation größte Bedeutung gewinnt. Mit dem ADGB wird die FGLD, alles daran setzen, die drohenden, als Sparmaßnahme ausgegebenen Anschläge gegen das kleine und mittlere Beamtentum abzuwehren. Die grundsätzliche Stellung ergibt sich am besten aus folgender Resolution zur Wirtschaftslage:

Der Verbandstag Görlitz der FGLD wendet sich gegen die beschlossenen Sparmaßnahmen der Reichsregierung, soweit sie eine Verschlechterung der sozialen Lage der Arbeitnehmer bedeuten. Die gegenwärtige geplante Erhebung des Notopfers ist ein Hoch auf jede soziale Gerechtigkeit. Jedoch ist die freigewerkschaftliche Lehrgewerkschaft bereit, zur Behebung der Notlage der Arbeitnehmer unter der Voraussetzung beizutragen, daß unter Festlegung einer unteren Grenze alle höheren Einkommen aus Kapital und Arbeit erzielt werden.

Die Debatten hemelten überzeugend die volle innere Einheitlichkeit und Festigkeit der freien Lehrgewerkschaft. Das wird die beste Voraussetzung abgeben für die Erfüllung der Aufgabe der Kulturpolitik der Führer der deutschen freigewerkschaftlichen Arbeitnehmerbewegung zu werden.

Die dem Verbandstag Görlitz und dem Bericht des Hauptvorstandes erstattet durch Schalld, Wbl., sei hier nur festgehalten, daß bei dem letzten Verbandstage ein Mitgliederversammlung von 20 Mitgliedern zu verzeichnen war, daß drei neue Teilerkrankungen, Schöber, Hamburg und Dantsig, neu gegründet werden konnten. Die Schulpolitik der FGLD, in Zusammenarbeit mit der gesamten proletarischen Bewegung, national und international, ist die stellvertretende und konsequente An-

wendung freigewerkschaftlicher Grundsätze auf alle vorkommenden Schul- und Erziehungsfragen. Hervorgehoben wurde in diesem Zusammenhang, daß später in der Debatte, immer wieder die Notwendigkeit einer freigewerkschaftlichen Berufsschulpolitik auf breiter Basis.

Die einzelnen besonders wichtigen Entscheidungen des Verbandstages betrafen, soweit das nicht aus einigen unter abgedruckten Entschlüssen hervorgeht, die Annahme neuer Satzungen, Einsetzung einer Programmkommission und Wahlen. Der alte Vorstand wurde wiedergewählt. An Stelle des wegen Arbeitsüberlastung aussteigenden Schriftleiters von Braden, dem Dank für die erfolgreiche Leitung des „Volllehrers“ ausgesprochen wurde, tritt Riggert-Harburg-Wilhelmsburg. Der geschäftsführende Ausschuss besteht aus Schalld, Wbl., Jorns, Riggert. Ohne große Debatte wurden die Thesen des Hauptreferenten „FGLD und weltliche Schule“ gebilligt. Zur Frage der weltlichen Schule wurde außerdem folgender Antrag als Aktionsprogramm angenommen:

Die FGLD ist dabei, sich ein Schulprogramm zu schaffen, bis zur endgültigen Annahme eines solchen Programms empfiehlt die FGLD, ihren Mitgliedern folgende Stellungnahme: Die Einrichtung freier weltlicher Schulen ist zu unterstützen, wenn der Bund der freien Schulgesellschaften oder freie Gewerkschaften zur Gründung schreiten.

Der Verbandstag schloß mit einer gemeinsamen Kundgebung des Ortsausschusses des ADGB und der FGLD, in der Schalld, Wbl. Kollege Simon, Wbl., sprach über Wirtschaftskrisis und Schulnot. Kollege Wilsch, Weimar über den Kampf gegen die nationalsozialistische Schulstruktur in Thüringen. Der Vorstand der Kundgebung war wieder ein Beweis der sich bildenden und festigenden Einheitsfront aller freigewerkschaftlichen Arbeiter, Angestellten und Beamten.

## Eduard Kollak

### Impresario erzählt aus seinem Leben — Wie die Dürre wurde — Ein Flötist steigt auf Achilles aus San Francisco — Der verliebte Mechaniker und das Mädchen im Luftauto Frau Soubloff als „Große Nummer“

Dieser Tage feiert E. Eduard Kollak, einer der bedeutendsten Varietèimpresarios, seinen 60. Geburtstag. Er erzählte unserem Mitarbeiter interessante Erinnerungen aus seinem Leben. Ein Leben fürs Varietè — ist das nicht ein großes Stück Bergungsgeschichte oder sogar ein kleines Stück Kulturgeschichte?

Von der Straße her dringt der Lärm der Stadt bis in das Zimmer des Impresario. Nachdenklich sieht er zum Fenster hinaus, während er erzählt: „Es liegt natürlich alles umher, aber die Dinge, die ich erlebte, sind doch von besonderer Bedeutung, weil man niemals aufhören wird, von dem ehedem großen Varietèstars zu sprechen, denen einmal ein großes Publikum zusahelte. Heute begegnet man solchen Stars nur noch selten. Da sitzen draußen im Varietèzimmer noch kleine Mädchen vom Ballett und glauben, schon eine große Nummer zu sein. Sie sehen sich schon als große Stars auf der Varietèbühne und als unheimliche Diven. Aber — zehn Jahre später — sie haben wohl ein hübsches Gesicht, eine hübsche Stimme, aber man fragt nicht nach ihrem Können. Große Varietèstars sind wie früher gibt es heute nicht mehr. Würden wir die Direktoren zählten ihnen das teuerste Geld...“

Er erinnere mich an die Entdeckung der Dürre. Ich war eines Nachts in Bordeaux, wo sie in einem kleinen Zimmer saß, jung und dummes Zeug plapperte, das in dem beigen Grinsen eines amüsierten Nachtsalterpublikums klang. Wie sie da auf der Bühne stand, konnte sie kein Mensch schätzen. Wie sie da auf der Bühne stand, konnte sie kein Mensch schätzen. Wie sie da auf der Bühne stand, konnte sie kein Mensch schätzen.

Auch ein Impresario darf nicht rasten, nicht darauf warten, daß die großen Nummern ins Haus gebracht werden, er muß die Welt jagen, jagen, umherstreifen, aufstöbern, finden. Erlich unterscheiden sich ja auch die „großen Nummern“ nicht von den Menschen des Alltags. Um sie zu erkennen, muß der Impresario gewisse Eigenschaften besitzen, und wenn man so jagen will, muß er ein Hellhörer sein.

Im Orchester des Apollotheaters in der Berliner Friedrichstraße sitzt da ein Mann unter den vielen anderen, handhabt diese mit Liebe und Sorgfalt sein Instrument, das bei ihm keine Flöte ist. Jeden Abend kommt er pünktlich und bläst in das Horn herunter. Der Mann trägt einen einfachen Namen, so einfach wie sein ganzes Leben. Da kommt der große Moment: der Impresario hört ihn da die Flöte spielen, beobachtet ihn und erkennt das Schöpferische in ihm. Eines Abends auf dem Platz des kleinen Flötisten ein anderer; der Flötist in tadelloser passendem Grad auf dem Podium als Orchesterdirigent seine eigene Operette dirigiert. Aus dem Flötisten ist er ein Dirigent der großen Orchester und Komponist geworden. Sie haben alle einmal klein angefangen: ab man da an Desmond, die berühmte Nachtänglerin, denkt oder an Dorette, die an die Lotisada. Aus acht kleinen Mädchen, die ein in namens John Miller aus Manchester als „Die acht Madonnas“ nach Berlin brachte, wurden die heutigen „Miller-Girls“. Und übrigens ist ja auch der große Flötist der Chaplin, bevor er zum Film kam, Mitglied einer kleiner Varietètruppe gewesen.

Natürlich gibt es Tage, an denen sich der Impresario von morgens bis abends die Haare raufen könnte, weil eine „große Nummer“ gebraucht wird und nicht zu finden ist. Es muß etwas sein! Aber was? Da geschieht das Bild eines Wiener Mittags auf, an dem ein Direktor und der Impresario sich Kopf zerbrechen, woher sie eine große Sensation nehmen können. Voller Verzweiflung lesen sie Zeitungen, um sich abzufragen, um Ruhe zu gewinnen und um nachher eventuell besser zu können. Aber da steht eine Nachricht in einem Blatt, das die Augen des Impresario fesselt. Da ist in San Francisco ein zerklümpelter Kerl aufgetreten, der in einer Minute die stärksten Fesseln sprengen konnte. Hallo! Da ist ein Schlager. Telegramme werden geschickt, und der Mann wird aufgefördert, nach London zu kommen. Hundert Pfund sind ihm sicher, wenn er die Fesseln der Londoner Kriminalpolizei abstreifen kann. Der Mann kommt, wird von zwei Bobbies kunstgerecht in Fesseln gelegt. Die Menschen sehen dem Vorgang zu. Es ist so weit. Eine Minute vergeht, der Mann springt auf, ohne Fesseln. Seit dem Tage spricht man von ihm als dem größten Entfesselungsmeister der Welt. Sein Name: Houdini.

Da wir gerade in England sind: Ein Abenteuer in Liverpool. Ein Mechaniker hat eine Luftschleife konstruiert, auf der ein kleines eisenernes Auto seine Partnerin, ein 15-jähriges Mädchen, durch die Luft fahren soll. Engagement. Vorarbeiten. Der Abend der Premiere. Es ist das Geräusch aufgetaucht, daß der Mechaniker in das Mädchen verliebt ist. Jeder der Zirkusbesucher weiß es. Man läßt, macht dumme Bemerkungen — der Mechaniker hat ein wachsameres Auge. Im Anfang ist auch alles. Das Auto mit dem Mädchen jagt über die Luft durch die Luft. Einmal kreist der Wagen, zweimal, der Mechaniker steht unten, reguliert die Apparatur. Da geht ein Pfeil, der Wagen kippt, stürzt, der Mechaniker rast angstvoll auf die Straße, das Mädchen liegt unten in der Mägen, regungslos, tot. Aufgeregte Frage: Ist es tot? Ärzte rechnen. Die reiten. Heute ist das Mädchen aus Liverpool verheiratet und lebt in glücklicher Ehe in Breslau. Aber nicht dem Mechaniker.

Das Looping-the-Loop in die Ehe. Auch das Gegenstück ist die der Sprung von der, einer sensationellsten Welt der Welt. Die Ehe ins Glanzlicht des Varietès. Weiß man die Öffentlichkeit, daß auch Prinzessin Viktoria, die Frau von Kaiser Wilhelm, noch einmal eine „große Nummer“ der Welt war. Ja, sie sollte. Alles war vorbereitet. Prinzessin Viktoria sollte eine Tournee durch Amerika machen, den Amerikanern gezeigt werden, nichts weiter tun, als auf der Bühne herumlaufen und das Publikum begrüßen — da starb sie. Der Kaiser hatte der Impresario seine Erzählung beendet, da er das Telefon. Es wird ihm ein Mann anvisiert, ein Keger, ein Quartett anhielt. Der Keger kommt, spricht sein Programm wünscht mich zu sehen“ und legt ein paar Photos auf den Tisch. Die Bilder zeigen zwei beimoltingte Afrika-Jäger und zwei schwarze Töchter von Sambesi. Sie singen im Quartett: „Als der Reporter das Büro des Impresarios verläßt, da sieht er in der Dürre hinter Schreibmaschinen.“

### Autounfälle in den Bergen

Auf der Engländer Seite des Zellerpasses ereignete sich Sonntag ein schweres Autounfall. Ein deutscher Fabrikant aus Tugon, ein Engländer aus Leipzig fuhr mit seinen beiden Kindern und dem Chauffeur langsam den Berg hinan. In einer Kurve hielt er den Wagen an und ließ ein anderes Auto, das entgegenkam, vorbeifahren. Plötzlich setzte sich der fahrende Wagen

nach rückwärts in Bewegung, fuhr über den Straßenrand hinaus und kollerte den Berg hinunter. Engert blieb tot liegen, seine beiden Töchter wurden schwer verletzt, während der Chauffeur leichtere Verletzungen davontrug. Im anderen Automobil, das mit dem Unglückswagen gekollert hatte, befand sich ein Arzt, ebenfalls aus Leipzig, der die erste Hilfe leisten konnte. Die Verletzten befanden sich in Stoaiana in ärztlicher Pflege.

Die Gattin des Generalmusikdirektors Josef Krups aus Karlsruhe ist gestern auf der Straße Amstetten-Meck mit dem von ihr selbst gelenkten Automobil verunglückt, indem der Wagen bei einer Kurve infolge Verlagerens der Steuerung aus der Bahn geschleudert wurde und sich zweimal überschlug. Frau Krups war sofort tot.

### Ein lästiger Deutschländer



Der „Stabschef“ der österreichischen Heimwehren, der reichsdeutsche Major a. D. B. B. ist als Ausländer, der sich in nicht zulässiger Weise in die innenpolitischen Verhältnisse Oesterreichs eingemischt hat, verhaftet und alsdann ausgewiesen worden. Er ist im Flugzeug nach Italien abgereist.

### Auto mit Nationalsozialisten verunglückt

Zwei Tote, sieben Schwerverletzte

In der Nacht zum Montag geriet ein mit 18 Personen besetzter Pkw auf der Landstraße Batenberg-Sirromberg (Westfalen) in einer Senkung ins Schleudern und stürzte gegen einen Baum, nachdem er mehrere Chauffeure und Passagiere hatte. Dann stürzte der Wagen mit den Insassen eine etwa vier Meter tiefe Bschung hinab und blieb zertrümmert liegen. Von den Insassen wurden zwei Mann auf der Stelle getötet und sieben schwer verletzt.

### Die Todesfahrt des Marineautos

Ein zurzeit zu Übungszwecken auf dem Truppenübungsplatz Ordruf (Thüringen) stationiertes Lastauto der 2. Kompanie der 3. Marineartillerieabteilung kam beim Erreichen eines steilen Berges durch Verlassen der Schaltung ins Rückwärtsrollen. Der 24 Jahre alte Heizergehilfe Hoffmann sprang nach hinten ab, kam unter die Räder, erlitt einen Schädelbruch und verschied bald darauf. Vier Mitfahrer, die gleichfalls vorzeitig absprangen, wurden zum Teil schwer verletzt. Der Wagen kam durch einen Baum zum Stehen und wurde nicht wesentlich beschädigt.

### Wildwest in Berlin

Eine tolle Szene spielte sich am Montag nachmittag in Berlin-Tempelhof ab. Ein Einbrecher, der durch die Nachlässigkeit eines Hausmädchens überrascht worden war, flüchtete nach seinem missglückten Versteckversuch, wurde aber nach kurzer Zeit von Passanten gefasst und zwei Schutzbeamten übergeben. Die Schupos den etwa dreißigjährigen Mann auf die Wache bringen wollten, hielt plötzlich eine Autodrohsche neben dem Truck, dessen Insassen den Häftling entlassen und entführen. Die Schupos, die die Verfolgung aufnehmen wollten, wurden durch Schüsse zurückgehalten. Kurze Zeit nach dem Vorfall meldete sich der Chauffeur bei der Polizei und behauptete, daß er von den Räubern mit vorgehaltener Waffe zur Ausführung der Banditenfahrt gezwungen worden sei.

### Die Schleudertour des Rennfahrers

Während eines Rundstreckenrennens für Motorräder in Landstuhl (Wald) streifte ein Rennfahrer einen Baum, verlor dadurch die Herrschaft über die Maschine und wurde mit ihr in weitem Bogen in die Zuschauerreihe geschleudert. Stehen Zuschauer sind schwer, mehrere Personen leicht verletzt worden.

### Jugendtragedie bei Hamburg

Ein 19-jähriger Schmiedegeselle erlösch in einem Gehäz bei Hamburg seine 15-jährige Geliebte, eine Magd aus Hansdorf, und sich selbst.

### Das Säuglingssterben vor der Lübecker Bürgerschaft

Die Lübecker Bürgerschaft nahm gestern in zweiter und damit letzter Beratung mit den Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten und Nationalsozialisten den sozialdemokratischen Antrag auf sofortige Suspension der Leiter des Lübecker Gesundheitsamtes Prof. Dr. Dehler und Dr. A. H. K. an. Die Sozialdemokraten erhoben auch gegen den Oberstaatsanwalt schwere Angriffe. Dieser hätte seiner Pflicht nach lästig eingreifen müssen. Der Staatsanwalt, Senator Meier, reagierte auf die Haltung des Oberstaatsanwalts und erwähnte, daß das D. H. P. in der Sache gegen Dr. Dehler steht bereits schwere. Der Staatsanwalt ergab zu, daß in zwei bis drei Fällen, obwohl die Fütterung offiziell eingekauft war, noch nach dem 26. April Colimelischulstahl übergeben und verteilt sei. Diese Angelegenheit werde augenblicklich noch untersucht.

### Der Anschlag auf Justizminister Benerle vor Gericht

Das Stuttgarter Schwurgericht verurteilte gestern den 45 Jahre alten verheirateten Händler und Schlächter Stängle aus Stuttgart wegen Beamtentötung zu drei Jahren Gefängnis. Stängle hatte am Oster-Dienstag in einer Audienz bei Justizminister Dr. Benerle, in der er seine wegen Kuppelung im Gefängnis sitzende Frau freibekommen wollte, einen Anschlag auf den Minister verübt und dabei mit dem Messer den Minister sowie einen zu Hilfe eilenden Hausinspektor an der Hand ziemlich verletzt. Das Gericht ließ die Anklage wegen Totschlag fallen, da nicht anzunehmen wäre, daß Stängle dem Justizminister nach dem Leben getrachtet hätte.

### Zuntersflug nach Paris

Das Zunters-Großflugzeug G 38, das gestern morgen 6 Uhr in Dessau gestartet war, ist nachmittags 6.40 Uhr auf dem Flugplatz von Le Bourget gelandet.

### Vier Kinder ertranken

Neun Kinder im Alter von 8 bis 14 Jahren, die im Spaich bei Landsberg am Lech badeten, gerieten in einen Strudel und wurden von der Flut mitgerissen. Fünf der Kinder wurden in bewußtlosem Zustand von Ausflüglern an Land gezogen, die anderen ertranken.

### Sensationeller Bankraub

Ein sensationeller Bankraub wurde in den Räumlichkeiten der Lodger Handelsbank verübt; den Verbrechern fielen etwa 300 000 Floty in die Hände. Die Einbrecher, denen man übrigens auf der Spur ist, waren vor einem vor wenigen Tagen ausgeschiedenen Bürodiener in die Räume der Bank geführt worden und plünderten den Tresor und verschiedene Handkassen. Plötzlich überraschten der Direktor der Bank und zwei Angestellte die Banditen — fünf Männer und eine Frau — bei der Arbeit. Kurz entschlossen überwältigten die Verbrecher die ungebildeten Beobachter, fesselten sie und schlossen sie in der Stahlkammer ein. Als es gelang, die Türen der Stahlkammer mit Hilfe von bei einer anderen Lodger Bank deponierten Schlüsselkopien zu öffnen, waren die Eingekerkerten bereits dem vollkommenen Nervenzusammenbruch nahe.

### Amerikanisches Armeeflugzeug veranlaßt Unglücksfall

In Chicago ereignete sich beim Start eines Armeeflugzeuges ein Unglücksfall dadurch, daß der Apparat wohl nicht rasch genug vom Boden hochkam und daher, als er über eine Anzahl neben- und hintereinander aufgefahrene Automobile hinwegglitt, mit dem Propeller mehrere Wagen bedeckungen wegriß. Hierbei wurden drei Personen getötet, eine Frau schwer verletzt.

### 112 Kilometer Gleitflug

In Nordhill (England) erreichte der österreichische Segelflieger Kronfeld den Gleitflugrekord über eine Strecke von 112 Kilometern. Der Flug führte von der Stadt Lewes bis nach Portsmouth und dauerte etwa 3 Stunden.

### Dawes als Banditenbändiger?

Die führenden Kaufleute von Chicago haben sich an General Dawes, den ehemaligen Vizepräsidenten der Vereinigten Staaten, mit dem Ersuchen gewandt, die freigewordene Stelle des Polizeidirektors von Chicago zu übernehmen. Man hofft, daß General Dawes genügend Energie aufbringen wird, die Stadt von der Banditenherrschaft zu befreien.

### Anfall bei einer Massenveranstaltung

Ächtzig Verletzte

In Mailand brach bei einer Massenveranstaltung auf dem Fußballspielfeld Ambrosiana die Balustrade einer Zuschauertribüne zusammen, wodurch achtzig Personen verletzt wurden, darunter zwei schwer.

### Fromme Pleite

Ein großes, in der Nachkriegszeit in Mailand gegründetes Unternehmen, das für seine ausgedehnte christliche Fürsorgertätigkeit in Italien und im Ausland Wirtschaftsbetriebe verschiedener Art eingerichtet und auch eine weitverzweigte Verlagsstätigkeit aufgenommen hatte, hat Konkurs erklären müssen. Den Zeitungen zufolge betragen die Aktiven bis zu 45 Millionen Lire, während an Passiva einschließlich des Gesellschaftskapitals, zu dem auch viele kleine Sparer beigetragen haben, bis zu 70 Millionen Lire genannt werden. Das Unternehmen war von dem Privatsekretär des verstorbenen Mailänder Erzbischofs Kardinal Ferrari gegründet worden und trug auch den Namen des Kardinals. Als Grund für den Zusammenbruch werden u. a. die schlechten Druckereigeschäfte und die Schwierigkeiten im Hotelwesen angegeben.

### Erdbeben in Persien

10 Dörfer zerstört

Teheran, 16. Juni. In Nordpersien wurden durch ein Erdbeben 10 Dörfer völlig vernichtet. Die Zahl der Todesopfer steht noch nicht fest, wird jedoch als außerordentlich hoch bezeichnet.

### Große Explosionskatastrophe in China

100 Tote, 300 Verletzte

Associated Press berichtet aus Schanghai auf Grund verspäteter Chinesischer Pressemeldungen über eine Explosion des Munitionslagers in Cheshow (Provinz Hunan) am 10. Juni: Bei der Katastrophe fanden 100 Personen den Tod, 300 wurden verletzt. Der Sachschaden ist bedeutend.

### Wird Schmeling Weltmeister

Die Frage, ob Schmelings Titel als Weltmeister offiziell anerkannt wird, soll am Dienstag von der New Yorker Athletik-Kommission entschieden werden. Es steht einwandfrei fest, daß Schmeling an den Folgen des von Charles gelandeten Tiefschlages zusammengebrochen ist.

### Ein Rekord in der Zielforschung

Times melden aus Bermuda: Der New Yorker Jockeys Reckord über die Beamte des New Yorker Museums Barton haben einen neuen Rekord aufgestellt, indem sie 100 Kilometer flüchtig von Bermuda in einer Stahlfuge 494 Meter tief in den Ozean hinabschickten. Die Flöte konnte in dem nach Aufschaltung der übrigen Farben des Spektrums herrschenden blauen Licht nur beobachtet werden. Beide Weltrekorde stellten, daß sie keinerlei Unbehagen verspürten. Der vorige Rekord hatte ungefähr 240 Meter betragen.

# Der Schweidnitzer Prozess

## 5. Verhandlungstag

Im fünften Verhandlungstage im Hakenkreuz-Prozess, maršierten 21 Nationalsozialisten aus Breslau, Waldenburg und Striegau als Zeugen auf. Zuerst erschien Frau von Neumann-Cosel aus Ober-Arnsdorf. Frau von Neumann-Cosel ist für die Nationalsozialisten eine sehr bedeutende Zeugin. Sie hat gesehen, wie ein Mann auf der Bühne einen Stuhl gegen die Nationalsozialisten warf, und damit das Signal zum Tumult gab. Selber kann die Edle von Neumann-Cosel nicht angeben, welcher von den drei Herren auf der Bühne der Stuhlwerfer war. Genosse Hoppe wird ihr gegenübergestellt. Sie schaut ihn lange an, gibt sich Mühe, lächelt, kann aber leider nicht sagen, daß Genosse Hoppe der Stuhlwerfer gewesen sei.

Nun erscheinen Breslauer. Beste Sorte — aus Odetor oder Wpeltow. Zunächst der Bauarbeiter Herbert Klar. Er hat gehört, daß am Freitag, den 27. September, in Schweidnitz eine Versammlung der Nationalsozialisten sei, zu der er dann mit dem Auto gefahren ist. Von wo aus er gefahren ist, und mit wem, das weiß er nicht mehr.

Bezahlt hat sein lieber Bruder, der Schneider Franz Klar. Dieser erscheint in Wanderlust, mit offener Hemdbrust und aufgetupften Ärmeln. Der Vorsitzende schaut ihn vorwurfsvoll an und macht ihn lässlich darauf aufmerksam, daß man vor Gericht in würdiger Kleidung erscheinen müsse. Franz Klar hat in der Zeitung von der Rentmeisterversammlung gelesen, hat sich aber im Datum getäuscht, und ist so „zufälligerweise“ in der Reichsbannerversammlung im Volksgarten gelandet. Für die schöne Autofahrt von Breslau nach Schweidnitz und zurück, hat er insgesamt 50 Pfennig bezahlt. Für seinen Bruder hat er nicht bezahlt. Drei Minuten vorher hatte sein Bruder unter Eid das Gegenteil behauptet.

Der Arbeiter Kupsch aus Striegau ist von dem Banbeamten Goethe liebenswürdig aufgefordert worden, mit nach Schweidnitz zu fahren. Warum, wozu? Das möchte er nicht. Wenn er nicht „eine auf den Kopf“ getriegt hätte, wäre es für ihn ein sehr vergnüglicher Tag gewesen. Erst eine schöne Autofahrt, und dann nach der „Schlacht“ in Grauls Hotel in Striegau ein heines Siegesfest.

In Form einer soliden Sauferei auf Grauls Kosten. Sein Freund, der Herr Banbeamte Goethe hat vor dem Gericht zu ihm gesagt: „Du mußt nicht so viel sagen“, aber Kupsch weiß das schon alleine. Der Gärtner Rathmann hat erst beim Einzug des Reichsbanners gesehen, um was für eine Versammlung es sich handelt. Völlig wäre mit einem Stuhle geschlagen worden, meint er. Ein netter Mensch ist auch der Kaufmann Günther Scholz aus Striegau. In seiner Begeisterung für den Nationalsozialismus hat er die Herren Referenten immer in dem Auto seiner Mutter spazieren gefahren. Dies scheint seiner Mutter nicht gut gefallen zu haben, und deshalb ist er aus der mütterlichen Firma ausgeschieden. Er hat ein merkwürdiges Gedächtnis, der Kaufmann Scholz. Er hat zwar nicht das Auto nach Schweidnitz gefahren, aber er weiß nicht mehr, wer die zwei waren, die in seiner Limousine mitfahren. Nur das weiß er — unter Eid — daß, als der Tumult begann, zwanzig Reichsbannerleute nach vorn stürmten. Der frühere

### Sturmführer vom „Sturm 13“

in Waldenburg Friz Sperling findet auch, daß es unerträglich sei, bei dieser Hitze im Jadeditt zu laufen und erhebt mit weit aufgetupften Hemdärmeln. Der Vorsitzende hat sich nun offenbar daran gewöhnt und findet nichts mehr zu erörtern. Sperling ist mit dem Rabe nach Schweidnitz gefahren, um „mit seinen Veten zusammen zu kommen“. Es erscheint Valentin Nowak, früherer Sturmführer von Waldenburg, jetzt in Breslau. Er hat natürlich keinen Befehl zur Fahrt nach Schweidnitz gegeben, und weiß überhaupt von nichts. Als er nach seinen Vorkragen gefragt wird, behauptet er, nur eine Ehrenstrafe bei dem Selbstschuß in Oberschlesien erhalten zu haben. Da erhebt sich der Staatsanwalt. Er möchte den Zeugen vor einem Meineid warnen, denn er kennt das Strafregister von Nowak. So wie er schreibt dem Staatsanwalt entgegen, daß sie eine erbärmliche Lüge. Die Herren Angeklagten schreien mit. Der Herr Verteidiger übertrug sich vor Entrüstung — und der Vorsitzende lächelt.

Ein spöttischer Held ist Bruno Manste aus Waldenburg. Er trägt die Hültermütze immer in der Tasche, denn wenn er die Mühe bei sich hat, sagt er: „Da fühle ich mich noch einmal so Karl. Wenn es da einmal losgeht, da sehe ich die Mühe auf!“ — Bereit sein ist alles. — Mit der polizeilichen Vernehmung ist er gar nicht zufrieden. Und was er dort angegehen habe, das stimmt nicht, sagt er. Das hat der Beamte alles geschrieben, und beim Vorlesen des Protokolls habe er wahrscheinlich die betreffenden Sätze weggelassen. Auch der Klempner Hans Sünbermann aus Altwasser kann die Polizei nicht leiden. Die Beamten hätten ihn dauernd „belästigt“. Er hat das Laßtauto mit den Nazi von Waldenburg nach Schweidnitz gefahren. Der Wagen ist telefonisch bestellt worden. — Von wem, weiß er nicht mehr. — Der Wagen ist selbstverständlich bezahlt worden, aber leider — weiß er auch nicht mehr von wem. Er weiß aber noch, daß ein Reichsbannermann mit einem Gummihüpfel geschlagen habe.

21 Jahre alt, Reife eines Siebzehnjährigen, Handlungsgehilfe in Waldenburg, begeisterter Nationalsozialist, das ist Otto Pietzod. Kerndeutsch, bis auf seinen Namen. Vor der Polizei hat er gelogen und frech behauptet: „Wer behauptet, daß er in Schweidnitz gewesen sei, der sei ein großer Lügner“. Und nun steht er vor dem Gericht als der große Lügner — denn er war in Schweidnitz — wie er jetzt zugibt. Aber das war ja „nur“ vor der Polizei, und die ist für ihn nicht maßgebend, meint er. Dieser Lügner Pietzod möchte gern ein „Held der Nazi“ sein. Als ihm Rechtsanwalt Förder einige Fragen vorlegt, fühlt sich dieser unzureichend beleidigt und schreit: „Ich unterhalte mich nur mit Deutschen, nicht mit Juden.“

Ich antworte nur deutschen Richtern.“ Erst als Förder den Antrag stellt, „diesen Menschen“ in Ordnungstrafe zu nehmen, bestreitet das Gericht Pietzod mit einer Strafe von 10 Mark. Stolz tritt Pietzod vor den Vorsitzenden, um dagegen Beschwerde einzulegen, weil er von diesem Herrn — Rechtsanwalt Förder — beleidigt worden sei.

## Der nasse Tod geht um

In unheimlichem Ausmaße sehen mit Beginn der Badezeit wiederum die tödlichen Anfälle Badender ein, wobei in den meisten Fällen sträfliche Leichtsinnigkeit der Bader die Ursache ist. So ertrank bei Glogau der des Schwimmens unkundige Kaufmann Klimek, der sich zu weit hinausgewagt hatte, vor den Augen seiner entsetzten Frau, deren Hilferufe zwar rettungsbereite Schwimmer herbeiliefen, A. aber nicht vor dem Wassertod bewahren konnten. Am sogenannten Malatoffplatz ertrank eine junge Geschäftsangestellte unvorsichtigerweise an einer steilen Stelle und verschwand vor der Oberfläche. Einem in der Nähe wohnenden Manne gelang es, die Gerinnende im letzten Augenblicke unter eigener Lebensgefahr zu retten. In Krampitz bei Glogau ertrank der 18jährige Kurt Gander, des Vaters (1) war. Er hatte mit einem Freund ein Bad genommen und wollte vor dem Untertage nachmals ins Wasser gehen, weshalb er den Freund vorausgehen ließ. Als er nicht nachkam, lehrte der Freund zurück, fand jedoch weder noch die Leiche am Ufer.

junge Dame aus Lauban in eine Holz-Stelle und versank. Es gelang dem Bräunler Klaus Weber aus Greiffenberg die Ertrinkende zu retten. Beim Baden im Boder bei Sagan ertrank der Fleischergehilfe Walter Dümke aus Sommerfeld. — Beim Baden in der Talsperre Rynau ertrank der sechzehnjährige Arbeiter Wannet aus Weisthen, weil er sich, ohne schwimmen zu können, zu weit in den Staufen gewagt hatte. Rettungsdienst, Arbeiterkamerader und ein Arzt bemühten sich vergeblich mehrere Stunden lang, den Verunglückten ins Leben zurückzurufen.

## Kein Geld mehr für Ausgesteuerte

### Alarm im Kreise Landeshut

Der Kreisverband Landeshut im Verband der preussischen Landgemeinden richtet an den preussischen Innenminister eine Rundgebung, in der er darauf hinweist, daß der Kreis Landeshut nicht mehr in der Lage ist, die Verpflegung der ausgesteuerten Arbeitslosen allein zu übernehmen. Es wird verlangt, daß der Staat die Krisenfürsorge für die Arbeitslosen des Kreises Landeshut auf mindestens drei Jahre verlängert, andernfalls sich das Kreiswahlfahrtsamt genötigt sehe, die Zahlungen an ausgesteuerte Erwerbslose einzustellen.

## Sündender Blitz

Beim einem über Lauban niedergehenden Gewitter schlug ein Blitz in das Fabrikgebäude der Mechanischen Weberei von Beholdt & Co. und zündete. Das Feuer wurde bald bemerkt, doch hatten die Bemühungen, es in seinem Entstehen zu ersticken, keinen Erfolg. Der Brand ergriff bald den ganzen Dachstuhl und dornenteile die dort lagernden Vorbereitungsmaschinen, Spulerei usw. Die Decke zum 1. Stock war teilweise durchgebrannt. Der Schaden ist sehr groß.

## Um die Autonomie Polnisch-Schlesiens

### Sozialisten fordern Demokratie

Während in Polen der Kampf um die Erhaltung bzw. Wiederherstellung der parlamentarischen Regierungsform tobt, hat im Schlesischen Sejm eine Aktion um den schon viel diskutierten Erlass eines organischen Statuts begonnen. Der Korfantklub brachte in der letzten Sitzung einen diesbezüglichen Antrag ein, auf den der Vertreter des Selbstverwaltungs-Ausschusses des Wojewodschaftsamt erwiderte, die Gesetzentwürfe lägen den Warschauer Ministerien zur Begutachtung vor.

Die Debatte, die diesem Antrag folgte, war sehr heftig und führte zu einem Zusammenstoß zwischen Korfant und dem Redner der Deutschbürgerlichen, Dr. Pant. Korfant unterstrich scharf die Notwendigkeit, daß in Polen die Polen und nicht die Deutschen die Herren seien. Für den Sozialistischen Klub sprach der deutsche Sozialdemokrat Gläsmann, der betonte, daß die Sozialisten in dem Kampf um die Wojewodschaftsautonomie eigene Wege gehen und dafür eintreten werden, daß die Autonomie auf den Grundrissen der Demokratie aufgebaut werde. Die Rechte der deutschen Minderheit müßten gewahrt werden; die Lösung der Nationalitätenfrage Polens sei für die deutschen Sozialisten aber nur in Verbindung mit der polnischen Demokratie denkbar. Darum werden die deutschen Sozialisten, ohne ihre Selbstständigkeit aufzugeben, stets die Arbeitsgemeinschaft mit der polnischen Demokratie erziehen. Daß die Gesetzesentwürfe erst in Warschau vorgelegt, dem Schlesischen Sejm aber vorenthalten werden, ist ein Verstoß gegen die Demokratie.

Im weiteren Verlauf der letzten Sitzung wurde dann weiter ein Antrag des Sozialistischen Klubs, der die Vereinigung der Eisenbahnen im ehemals österreichischen Anteil der Wojewodschaft mit der Eisenbahndirektion Kattowick vorschlägt, angenommen, eine Interpellation bezüglich des Verbotes der sozialdemokratischen „Gazeta Robotnicza“ wegen eines Artikels „Belach des Kalkstein-Grabi bei Pilsudski“ dem Wojewoden als Anfrage überwiesen.

Schwarzstoll, Kreis Hoyerswerda. Waldbrand. In der staatlichen Försterei brach hier ein Waldbrand aus, dem rund 200 Morgen Wald zum Opfer fielen. Im Moorsboden schwelt das Feuer teilweise noch bis einen Meter tief weiter. Zur Bekämpfung des Riesenbrandes waren außer zahlreichen Feuerwehren und Forstarbeitern noch 250 Erwerbslose und 50 Beamte der Görlitzer Saupolizei eingesetzt worden.

# „Einseitige politische Zielsetzung“ — ist es, wenn Wohlfahrtspflege nicht von den religiösen Verbänden getrieben wird

Der Zentrumsabgeordnete Bang e. Dittersbach hat es für nötig befunden, folgende kleine Anfrage im preussischen Landtag einzubringen: Mehrheit des Kreistages des Kreises Waldenburg in bestehend aus SPD, KPD, und NSDAP, hat in seiner letzten Sitzung beschlossen, die Ueberhülle der Kreisparlasse in Höhe von 35 000 Mark den einzelnen Fraktionen des Kreistages nach Maßgabe ihrer Sitze zwecks Weiterleitung an die ihnen nächststehenden Wohlfahrtsorganisationen zu verteilen. Die geplante Maßnahme bedeutet:

1. Für die öffentliche Wohlfahrt eine Politisierung schlimmer Art. Nicht der Grad der Bedürftigkeit entscheidet über die Zuwendungen, sondern die politische Parteiloyalität.
2. Es besteht keine Gewähr, daß die Mittel, wie es die Satzungen der Kasse vorsehen, nur gemeinnützigen Zwecken zugeführt werden. Es ist vielmehr zu befürchten, daß sie direkt oder indirekt auch zur Förderung parteipolitischer Ziele verwendet werden. Daß diese Ziele bei Kommunisten und Nationalsozialisten auf Umsturz der bestehenden Staatsordnung hinauslaufen, beleuchtet Schlagartig den Widerspruch der getroffenen Regelung. Der gegenwärtige Staat spielt die Rolle seines eigenen Totengrabs.
3. Die zahlenmäßige Mehrheit der SPD, die sie nur zusammen mit der kampflosen NSDAP im Kreise Waldenburg hat, führt in diesem Falle dazu, daß ihr der Vorranganteil an den Ueberhüllen zufällt, ohne daß dem eine entsprechende Betätigung auf wohlfahrts-pflegerischem Gebiete gegenübersteht. Die Hauptträger freier Wohlfahrtsarbeit sind, wie aus den Jahresberichten der einzelnen Einrichtungen hervorgeht, nach wie vor die christlichen Konfessionen. Ihnen und ihren alle Kreisbewohner umfassenden Wirkungsbereichen wird durch Rechnungswesen, wie sie hier vorliegen, eine ihren Leistungen entsprechende Unterstützung entzogen.
4. Da die Ueberhülle bisher auch zur Durchführung der Ferien-erholung der Schulkinder dient, läuft die Verteilung auf eine unzureichende Versorgung der weltlichen Schulkinder hinaus. Dieser verhältnismäßig geringen Belohnung steht ein hoher Betrag aus der Verteilung zur Verfügung, während die konfessionellen Schulen, die mehr als 80 Prozent aller Schulkinder des Kreises umfassen, mit den geringsten Mitteln kaum auskommen können.
5. Das Vorgehen der Mehrheit schädigt die Kreisparlasse selbst. Im Fortsatz ist es die Kasse genötigt, durch einen Uebertrag Einzahlungen für Sporenlagen — was eine Veranwendung von 10 000 Mark erfordert — der Ueberhülle der Kasse zu infolge der vorjährigen „Verteilung“ einzulegen, welche entgegen der ursprünglichen Bestimmung ein rein wirtschaftliches und gemeinnütziges Unternehmen zum Verzug einseitiger politischer Zielsetzungen zu machen, dem

Schadlich. Neues Leben. — Die Inanspruchnahme der Arbeiter, die vor einem halben Jahre ihren Betrieb einstellen mußten, arbeiten wieder, wodurch wieder eine größere Arbeiter Beschäftigung erhalten haben.

Biegisch. Die Landwirte sollen geschont werden. Der Regierungspräsident zu Biegisch ist einem Antrag der Landwirtschaftskammer nachgegeben und hat die Kreisaußschüsse der Magistrate seines Bezirks angewiesen, mit der Bekämpfung der Gemeindeforderungen bei der Landwirtschaft schonend zu verfahren.

Kattowick. Korruption der Wojewodschaftsverwaltung. Wie die „Polonia“ Korfantklub berichtet, wurde ein hoher Beamte des Wojewodschaftsamtes, sowie ein Beamte der Staatlichen Kontrollbehörde ihres Dienstes entlassen und gegen sie ein Strafverfahren bei der Staatsanwaltschaft eingeleitet worden. Es soll sich um eine Bestechungsaffäre handeln.

## Aus der Umgebung

### Badelboote kentern

Der ungewöhnlich große Verkehr von Badelbooten an der Otzower See hatte beinahe Sonntagabend ein schreckliches Unglück zur Folge gehabt. Beim Durchfahren auf der Fahrt nach Breslau wurden die zahlreich vor der See haltenden Boote durcheinander geworfen. Sechs von ihnen kenterten, jedoch die Insassen ins Wasser fielen. Zum Glück konnten sie sich durch Schwimmen retten oder wurden von anderen Badelbooten geborgen.

Den betreffenden Sportlern gingen verschiedene Gegenstände verloren. Diese wurden gestern in den Nachmittagsstunden von einem Taucher gesucht. Zahlreiche Zuschauer säumten die Schleusenbrücke, um die Arbeiten des Tauchers zu beobachten. Der Taucher wurde eine Atempumpe, eine Bootslaterne, ein Schwimmgürtel und ein Sportschuh. Menschenleben sind bei dem Unglück nicht befallen worden.

## Wie lange wird in der Kaniter Molkereigenossenschaft gearbeitet?

Aus Rant h wird uns geschrieben: Wenn man abends in der Zeit von 21 bis 24 Uhr Bahnhoftstraße entlang geht, wird man auf ein eigenartiges Gepöckel aufmerksam. Man ist dann in der Nähe der Molkerei, wo zu so später Stunde noch gearbeitet wird, obwohl die Arbeitszeit schon morgens um 4 Uhr beginnt. Wenn es Zeit erlaubt, dann ist unseres Wissens noch eine Mittagspause von einer bis anderthalb Stunden gestattet. Von 14 Uhr bis 14 1/2 Uhr an geht es dann ununterbrochen bis in die Nacht hinein. Wo bleibt der Licht- bzw. Neunstundentag, und können sich die Einwohner vor dem nächtlichen Lärm schützen? Vielleicht interessiert sich die zuständige Aufsichtsbehörde einmal für die Arbeitszeit und die Polizeibehörde für den Schmutz.

## Bier Wenig Stundenlohn

Ein Reklame für das Opperauer Gemeindefest. Aus Opperau wird uns geschrieben: In unserem Orte gibt es, wie leider überall, eine große Zahl Arbeiter, die auf die Unterstützung durch die Gemeindegewerkschaft angewiesen sind. An ihnen lobt sich der „christliche Bolschewismus“ so recht aus. So erhält beispielsweise ein Arbeiter für sich zwei Kinder sage und schreibe pro Woche — 2 Reichsmark, dieses wahrscheinlich viele Geld kann er doch nicht umsonst langem. Er wird also für einen halben Tag zur Arbeit kommen und erhält dafür als Zulage zu den 2 Mark Unterstützung vom Gemeindefest die Lustigkeit: „Sie können sich Wochenunterstützung auf den Lohn für die Arbeit anrechnen.“ Der Kollege hat also 4 Pf. — genau 4 Pf. — pro Tag erhalten. Eine größere Schamlosigkeit ist nicht denkbar, und ist Zeit, daß sich der Kreisaußschuß mit diesen Dingen beschäftigt, zumal die Unterstützungssätze für die übrigen Ausgesteuerten uns ähnlich „hoch“ sind.

## Die Maul- und Klauenseuche

in Schreibersdorf, Kreis Neumarkt, ist weiter unter Viehbeständen des Wilhelm Hildebrand und Paul Pauli ausgebrochen. Die Ortsgemeinschaft Schreibersdorf gibt bereits Sperbezirk. Erloschen ist die Maul- und Klauenseuche in den Viehbeständen des Dominikus Groß-Saabor. Ortsgemeinschaft Groß-Saabor ist seuchenfrei.

Maritzsch. Am Donnerstag, dem 19. Juni, 20 Uhr. Lokal Meeting Mitgliederversammlung. Redner: Graf Schiffer.

Fortbestand und der Weiterentwicklung der Kasse nur abhängig sein kann. Ich frage: Was gedenkt das Staatsministerium zu tun, die Durchführung des Kreistagsbeschlusses, welcher einen entsprechenden Vorbehalt enthält, zu verhindern?

Diese Anfrage hat eine besondere Vorgeschichte. Die Mehrheit des Waldenburger Kreistages hatte nämlich im Vorfeld der Verteilung gelangenden Teil der Ueberhülle der Kreisparlasse nach Maßgabe der Auffassung der Mehrheit verteilt. Als dies vom Zentrum sehr lebhaft angegriffen und durch die Beanstandung der Aufsichtsbehörde abgeändert wurde, hat nun dieses Jahr, wie lange selbst sagt, nach Maßgabe der anteiligen Kräfteverhältnisse im Kreistage die den einzelnen politischen Gruppen nächststehenden Wohlfahrtsorganisationen bedacht. Worauf nunmehr Herr Lange das absolute Vorrecht der christlichen Wohlfahrtspflege — die bekanntlich immer mehr öffentlichen Mitteln schöpft und diese in ihrem konfessionellen Sinne auswertet — proklamiert und alles andere als „unzulässig“ kennzeichnet.

Seine Anfrage aber ist nicht nur ein Unfug — wollte der Landtag in dieser Art mit allen Kreistagsbeschlüssen verfahren, die unterliegenden Parteien nicht gefallen, dann müßte ihm wohl für ernste Dinge seiner Kompetenz keine Zeit bleiben — sondern auch unehrlich, denn der Fragesteller will sich darüber im klaren sein, daß die Formel „direkt oder indirekt auch zur Förderung parteipolitischer Ziele“ mindestens im gleichen Maße auf den Vaterländischen Frauenverein oder die Christlichen Arbeitervereine, die sich für die Förderung politischer Wohlfahrtsarbeiten anzuwenden ist, denen anderwärts ja auch nicht auf Grund der Bedürftigkeit, sondern auf Grund politischer Machtverhältnisse Zuwendungen gemacht werden, die die Finanzverwaltung schwer belasten. Wir, und sicher auch unsere Genossen im Waldenburger Kreisparlament, hätten durchaus nichts dagegen, daß die Stelle der Wohlfahrtspflege treten würde, wie die Sozialdemokratie es stets gefordert hat. Bis dahin aber werden die politischen Machtverhältnisse entscheiden, selbst wenn in vielen Fällen das Zentrum einmal etwas schärfere abgrenzen

## Schlesiens erste Jugendrepublik

Am 27. Juli 1930, früh 10 Uhr, werden 200 junge Arbeiter Arbeiterinnen der sozialistischen Jugend in der Umgebung von Bries ihre erste Republik ausrufen und verkünden:

### Die Staatsgewalt geht vom Volke aus!

Nicht nur verkünden, sondern erlebt wird es werden in den Tagen dieser Zeltlager-Republik. Demokratie! Darüber haben wir schon viel in Vorträgen und Reden gehört. Nun soll praktisch angewendet werden im Gemeinschaftsleben der sozialistischen Jugend. Gilt es doch mehr denn je klar und deutlich, die Demokratie, die Waffe des Proletariats, verstehen lernen zu müssen im Kampf um seine Rechte um seine Befreiung. Herrschaft einer kleinen Schicht lehnen wir ab, die Mehrheit soll entscheiden und bestimmen.

Das Zeltlager gibt dafür den besten Anschauungsunterricht. Nicht in Spielereien darf sich das verlieren, sondern die Jugend wird sich ihrer Verantwortung bewusst sein müssen, die sie als kommende Träger einer neuen Gesellschaft hat.

### Gestaltung des Alltags

Straffe Organisation und genaue Zeiteinteilung ist von großer Bedeutung für ein Zusammenleben im Zeltlager. Jeden Morgen bei den ersten Sonnenstrahlen wird die rote Lagerfahne aufgezogen, ein herrliches Symbol, das uns immer erneut an unsere Aufgaben erinnert. Am Abend, wenn das Tagewerk vollbracht, wird die Fahne beim Abhängen eines Liedes eingezogen. Es ruht die junge Schar. Neben Wanderungen und Spielen werden wir baden und Sport treiben. Geländespiele geben unseren Strategen genügend Raum zur Entfaltung. Ferner werden Werbeausmärsche, voran unsere Fansantropelle, Kundgebung, ein Fackelzug durch Bries und Feiertunde der verschiedensten Art den Alltag ausfüllen. Das Essen, nicht zu vergessen, wird gut und reichlich zu den festgesetzten Zeiten von der eigenen Küche im Lager abgegeben werden.

Stärker als sonst wird uns die gemeinsame Aufgabe in gemeinsamer Weise zusammenfinden im Gemeinschaftsleben von Bries zu Mädel, von Zelt zu Zelt, und so Kräfte formen und schaffen, die einen aufbauenden Wert besitzen.

### Solidarisches Handeln.

Schon die Vorbereitungen zum Zeltlager zeigen, daß das Best nur gelingen kann, wenn alle zusammenstehen nach der Losung: „Alle für einen und einer für alle.“ Die wirtschaftliche Not macht es vielen von unsern Lehrlingen und Lehrtöchtern schwer, am Lager teilzunehmen. Ein folgender Brief an das Jugendsekretariat zeigt die Not, in der unsere Jugend lebt und die sie dieselbe empfindet:

Lieber Genosse!

Sei mir nicht böse, daß ich Dir niemanden melden kann, denn die Arbeitslosigkeit ist ja so groß unter den Jugendgenossen. Wir wollten ja alle mitmachen ins Zeltlager, es ist doch aber kein Geld vorhanden. Und am Jugendtage können wir uns auch nicht beteiligen, weil es das Fortemontanue nicht erlaubt. Hoffentlich können wir uns nächstes Jahr daran beteiligen, wenn die Not nicht noch größer wird. Also viel Glück zu eurem Zeltlager.

Mit Freundschaft

Alfred Köster  
Soz. Arbeiterjugend  
Stanowiz, Kr. Striegau.

Durch den solidarischen Geist, der in der Arbeiterkraft lebt, durch die Unterstützung der Eltern und Gefinnungsgenossen werden wir helfen können, wo es nicht allen, aber einem kleinen Teil. Die Jugend wird sich diesem entgegengebrachten Vertrauen würdig zeigen.

### Jugendgenossinnen und Jugendgenossen!

Wir haben eine Aufgabe zu erfüllen! Wir haben die Probe abzulegen, wie stark der kameradschaftliche Geist in uns lebendig ist.

Wir bauen uns eigene Staaten.  
Es muß gelingen, wenn wir sparen und rüsten und alle im Zeltlager kommen.

M. Seidel.

## Jugendpflege und Jugendbewegung

### Rettung der Landwirtschaft durch die Artamanen

Man schreibt uns: Am 15. Mai fand in Berlin die Tagung des Landesrats für Jugendpflege, Jugendbewegung und Jugendbeschäftigung statt, die sich vor allem mit der Frage der Beschäftigung erwerbsloser Jugendlicher befaßte und die Zusammenarbeit der Arbeitsämter mit den Organen der Jugendpflege erörterte. Die Zusammenarbeit der Wohlfahrts- und Jugendämter mit den Arbeitsämtern ist nach der Errichtung der Reichsanstalt für die Lösung der Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung aus der gemeindlichen Verwaltungsorganisation wesentlich ersichert. Von Oberregierungsrat Dr. Liebenberg, vom Landesarbeitsamt Brandenburg, wurde die Einsetzung von Werkkursen und Werkheimen verlangt, in denen die Fortbildung in der Berufsarbeit ermöglicht werden soll, um die ungünstigen Wirkungen der Erwerbslosigkeit auf die berufliche Leistungsfähigkeit herabzumindern. Ferner wird eine Unterstützung jugendpflegerischer Maßnahmen, die von den Kreisjugendpflegern und von Jugendverbänden durchgeführt werden, als Mittel der Arbeitslosenversicherung und der Jugendämter vorgeschlagen.

Nach unserem Dafürhalten besitzen diese Vorschläge, so zweckmäßig und notwendig sie an sich erscheinen, im Augenblick wenig praktischen Wert, da die Reichsanstalt und die städtischen Jugendämter aus Mangel an finanziellen Mitteln bisherige Veranstaltungen einschränken und für die Durchführung neuer Maßnahmen gegenwärtig nicht die erforderlichen Mittel zur Verfügung stellen können. Die Berufsausbildung, die jetzt wieder für erwerbslose Jugendliche in der Arbeitslosenversicherung und in der Jugendbeschäftigung vorgesehen worden sind, gefährden tatsächlich den notwendigen Lebensbedarf für die Jugendlichen, und es ist zu befürchten, daß diese aus Not zwangsweise Nebenberufe, Hilfsarbeiten und Kriminalität in die Arme getrieben werden.

werden. Bevor ernsthaft über Aufgaben der Jugendpflege im Rahmen der Tätigkeit der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung gesprochen werden kann, ist zunächst eine Sicherung der Unterstufungsleistungen für die Jugendlichen im Rahmen des Arbeitsnachweisgesetzes notwendig. Man kann wohl hoffen, daß die Gewerkschaftsvertreter im Vorstand der Reichsanstalt und in den Verwaltungsausschüssen der Landesarbeitsämter und örtlichen Arbeitsämtern diese Auffassungen überall energisch zum Ausdruck bringen werden. An der Tagung nahm für das preussische Ministerium für Volkswohlfahrt Ministerialdirektor Dr. Schneider teil, der von allen beteiligten Stellen ein Beteuern im Streben nach Berufserleichterung der Jugendlichen forderte. Wir meinen, daß die gegenwärtige Berufsnote unserer Jugendlichen, die nach vollendeter Berufsausbildung zu Tausenden aus den Arbeitsstellen auf die Straße fliegen, zu groß ist, als daß Ministerien und andere Behörden sich nur mit frommen Wünschen und schwungvollen Reden begnügen dürfen. Die Frage der Arbeitsbeschaffung für erwerbslose Jugendliche verlangt gebieterisch Taten und wir wünschen von unseren Reichstags- und Landtagsabgeordneten, daß sie befehlen, die Vorlage eines Arbeitsbeschaffungsprogrammes für Jugendliche von der Regierung fordern, damit nicht weiterhin eine so unverantwortliche Verschleuderung besser Jugendkräfte an unserm beruflichen Nachwuchs sich vollzieht.

Auf der Tagung wurden auch Vorschläge für die Berufsumschulung Jugendlicher erörtert, die sich nur auf die Ueberführung von Jugendlichen aus der Stadt in landwirtschaftliche Arbeit bezogen. Zunächst ist zu betonen, daß jugendlichen gelerntem Kräften nicht ohne weiteres an Stelle der Verwendung in dem erlernten Beruf Uebergang als ungelernete Saisonarbeiter in die Landwirtschaft zugemutet werden kann. Es bedeutet volkswirtschaftlichen und privatwirtschaftlichen Raubbau, wenn man Jugendliche erst mit Hilfe der amtlichen Berufsberatung und Lehrstellenvermittlung gelerntem Berufen zuführt und sie drei bis vier Jahre als Lehrlinge für eine ganz geringfügige Vergütung arbeiten läßt, um ihnen nachher keine Möglichkeit zu geben, das Erlernte wirtschaftlich nutzbringend anzuwenden. Auf diese Weise wird die „Wohltat“ der Berufsberatung wirklich „Blige“ und die Reichsanstalt muß sich bemühen, daß das Vertrauen der Bevölkerung in die wirtschaftliche Zweckmäßigkeit der Berufsämter und ihre objektive Würdigung der beruflichen Interessen der Jugendlichen durch derartig widersprechende Maßnahmen stark erschüttert wird.

Als besonders Erfolg versprechend wurden uns auf der Tagung die Umschulungsmaßnahmen geschildert, die in dem „Liegertor“ bei Frankfurt a. O., auf einem Gutsbetrieb in Niedlingen bei Neumünster und in einzelnen Betrieben in Ostpreußen, Württemberg und Rheinland-Westfalen durchgeführt werden. Hier wird eine Einführung jugendlicher Erwerbsloser in landwirtschaftliche Betriebe vorgenommen und anschließend eine Vermittlung in landwirtschaftliche Betriebe durchgeführt. Es soll auf diese Weise eine Verjüngung der Landwirtschaft mit geeigneten Arbeitskräften und die Umstellung eines Teiles der Jugend auf ein „anderes Lebensziel“ erreicht werden. Welchen geistigen Inhalt diese „neuen Lebensziele“ haben sollen,

## Freigewerkschafts-Jugendtreffen in Breslau

Trotz großer Arbeitslosigkeit und schwerster wirtschaftlicher Notlage wagt es der Bezirksausschuß Schlesiens des ADGB, die Mitglieder der Freigewerkschafts-Jugendgruppen zum Treffen am 19. und 20. Juli nach Breslau aufzurufen.

Erlebnis der Solidarität soll in diesen 2 Tagen der Jungarbeiterschaft werden: einmal Solidarität der Jugend, zum anderen aber auch Solidarität mit der erwachsenen Arbeiterschaft wird allen zu einer dauernden Erinnerung werden. Das Jungvolk sammelt sich unter dem Motto:

### Unser die Welt — trotz alledem,

denn trotz Bürgerblockregierung und stärkster Unterdrückung durch das Kapital wissen wir, daß der bewußte, einig, Macht der Arbeiterschaft die Welt gehört. Gleichzeitig mit der Jugend finden sich die Vertreter der Bergbauindustriearbeiter zu ihrem Verbandstag zusammen.

### Mächtige Kundgebungen

und Feierstunden werden jung und alt vereinen. Aus der Festfolge des Jugendtages seien genannt:

19. Juli:  
nachmittags: Führung durch die Stadt.  
abends: Begrüßung der Jugend.

In den Sälen des Lunaparks, sowie im Saal bei Henkner, Morgenau, werden musikalische Darbietungen mit Chören der Arbeitersänger wechseln. Ferner spielen die Spielgruppen der F.G.J. Breslau: Blaue Blasen (Die Gewerkschaft ruft), Rote Schmiede (Die Welt gehört uns) und Die Rufer (Der F.G.J.-Guckkasten).

20. Juli:  
vormittag: Morgenfeiern der einzelnen Berufsgruppen;  
um 13 Uhr: sammelt sich alles am Platz der Republik zum gemeinsamen Marsch nach der Jahrhunderthalle;  
um 15 Uhr: Beginn der Feier in der Jahrhunderthalle. Orgelspiel, Massenchöre der Arbeitersänger, Sprechchor der F.G.J., sowie Reden der Genossen Triem und Husemann, sowie eines Vertreters der Internationale bilden das Programm. Anschließend hieran Spiele und Vorführungen auf dem Gelände an der Jahrhunderthalle, sowie Gartenkonzert im Terrassenrestaurant.

Am Montag finden für die noch Zurückgebliebenen Besichtigungen und Wanderungen statt.

### Jugendfreunde!

Schon sind zahlreiche Teilnehmer gemeldet, doch mehr Meldungen erwarten wir. Es darf niemand fehlen, nehmt alle am Jugendtag der F.G.J. teil.

Parole für den 19. und 20. Juli sei

auf nach Breslau zum F.G.J.-Tag!

wird deutlich aus der Beteiligung der „Artamanen“. Die Artamanen sind „Lebensreformer“ in völkischer Sinne. Sie verlangen im Sinne Ludendorfs eine Rückkehr zu Notan und lösen die soziale Frage durch antisemitisches Maulheldentum. Es ist schließlich unverständlich, wie Aufgaben der Jugendpflege, die mit staatlichen Mitteln und mit Mitteln, die von Arbeitnehmern durch Beitragsleistung zur Arbeitslosenversicherung aufgebracht worden sind, Verwendung finden können, um derartige Bestrebungen direkt oder indirekt zu stützen. Der Amtliche Preussische Pressedienst, der über die Tagung berichtet, verhält die Beziehungen des „Liegertor“ zur Artamanenbewegung schamhaft mit der Bemerkung, daß „auch die Bemühungen der Artamanenbewegung Beachtung fanden“. Tatsächlich handelt es sich bei der Artamanenbewegung um ländliche Betriebszellen, die an die gewerkschaftlich wirken sollen. Näherer Aufschluß kann aus den „Deutschen Nachrichten“ des Herrn Wulle gewonnen werden (Mai, Nr. 18, 1930). Diese Artamanenkolonnen sollen als Streikbrecher und Rohbrücker auf dem Lande wirken und werden von den Großagariern weitgehend unterstützt. Bis her gab es nur Männergruppen, jetzt sollen nach den „Deutschen Nachrichten“ auch Mädchen herangezogen werden, um für die Artamanen, die in Gruppen von 5 bis 30 Mann arbeiten, die „Frauenarbeiten“ zu übernehmen.

## 8000 Rote Falken reifen

Trotz großer Selbstwierigkeiten errichtet die Reichsarbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde auch in diesem Jahre wieder eine Reihe von Kinderrepubliken. Die Vorbereitungen für diese sind bereits seit Schluß der vorjährigen Zeltlager im Gange und geben die volle Gewähr für die gute Durchführung unseres Lagerplanes. In allen Bezirken fanden und finden besondere Helferlehrlings- und Besprechungen der verantwortlichen Mitarbeiter statt. Ueberall herrscht bester Arbeitseifer. Die Gestaltung des Lagerlebens und der Lagererleichterungen soll auf Grund der bisherigen Erfahrungen weiter gefördert werden. An allen Vorbereitungsarbeiten beteiligten sich die Roten Falken sehr lebhaft.

Die Kinderrepubliken sind nicht ohne diese aktive Mitarbeit aller möglich. Neben den allgemeinen und selbstverständlichen Aufgaben der Kinderrepubliken hat jedes einzelne Lager seine besonderen noch zu lösen. Es wurden folgende Lager errichtet:

„Kinderrepublik Bayern“ im Schlierseegebiet. Bayern ist schwieriger Boden für unsere Bewegung. Die Aufgabe ist, für die Kinderfreunde Bewegung zu wecken, die Freunde in ihrer Zuversicht und Hilfsbereitschaft zu stärken, die Gegner aber zu überzeugen, daß unsere Arbeit besser Dienst am Arbeiterkind, Dienst an der Zukunft unseres Volkes ist.

Die Kinderrepublik „Bäcker Bach“ wird unser größtes Lager sein. Ueber 2000 Jung- und Rote Falken, auch der größte Teil der Schließer, treffen sich dort. Es gilt einmal zu versuchen, wie weit es möglich ist, die Jungfalken zu Formen der Selbstverwaltung innerhalb des Lagers zu bringen und die Grenzen der Selbstverwaltung der Roten Falken zu finden und auszuprobieren. Die Ergebnisse dieses Lagers werden wichtig für die weitere Gestaltung unserer Kinderrepubliken sein.

Die Kinderrepublik „Kärnten“ am Neuhäuser See wird zur einen Hälfte von österreichischen, zur anderen von reichsdeutschen, darunter auch vielen schlesischen Roten Falken bewohnt. Ueber 400 Falken und Helfer werden mit chemischen österreichischen vier Wochen gemeinsam leben und den Gedanken der Zusammengehörigkeit fördern und stärken.

Die Kinderrepubliken Rheia I und II auf der Insel Ramedn haben die Aufgabe, das weiter zu pflegen, was im vergangenen Jahre bereits dort zurückgelassen wurde. Es sind nach Beendigung der Rheinlager 1929 sehr viel geschäftige Berleumdungen aufzutreten gewesen. Die beste Widerlegung ist die sichtbare Tat.

Die Kinderrepubliken Schweiz I und II am Thuner See dienen der Förderung und der Zusammenarbeit mit der jungen Kinderfreunde Bewegung in der Schweiz. Es werden über 2000 deutsche Falken vier Wochen mit den schweizerischen Arbeiterkindern in diesem Lager sein. Sie müssen den Gedanken der Völkerverbindung, der Internationale dienen und werden durch ihre Haltung für unsere Bewegung und Ziele werden.

Es sind bisher über 8000 Lagerteilnehmer fest gemeldet. Die Aufkosten sind insgesamt mindestens 400 000 Mark. Bei der riesigen Arbeitslosigkeit einerseits, der Sparwitz vieler Behörden andererseits, wird die Aufbringung dieser Summe für die Arbeiterkinder schwer sein. Es werden die organisierten Arbeiter sein, die auch hier ihre Solidarität zu beweisen haben, und sie werden sie beweisen. Wer hätte jemals daran gedacht, daß Arbeiterkinder in so großer Anzahl an den Rhein von Sachsen, Thüringen, an die Ostsee von den Binnenländern, in die Schweiz von Berlin, Brandenburg, Hessen, nach Kärnten von Brandenburg — um nur einige Lager zu nennen — aus Mitteln der Arbeiter selbst kommen könnten.

Wie in den vergangenen Jahren, so sind auch in diesem Jahre schöne Gegenden als Lagerplätze ausgesucht. Daß in gesundheitlicher Hinsicht die Zeltlager ihren Zweck erfüllen werden, ist nach den Erfahrungen unserer Lagerarbeit selbstverständlich.

## Der Reichsausschuß der deutschen Jugendverbände

### und die Jugendgruppen der Wehr- und Kampfverbände

Im Anschluß an seine vierte Führertagung hielt der Reichsausschuß der deutschen Jugendverbände, dem bekanntlich auch die S.A. angehört, am 22. Mai zu Marburg seine ordentliche Hauptversammlung ab. Die von der Geschäftsführung vorgelegten Geschäfts- und Kassensberichte ließen erkennen, daß die Wirksamkeit des Reichsausschusses sich in den vergangenen zwei Jahren wesentlich gesteigert hat.

Die bereits mehrmals zurückgestellten Ausnahmegehalte der Jungfalken des Jungdeutschen Ordens, des Jungmanners „Schwarz-Rot-Gold“, des Jungfalken und des Jungmanners wurden der Hauptversammlung zur Entscheidung vorgelegt. Der Vorstand schlug einstimmig die Aufnahme der „Jungfalken“ des Jungdeutschen Ordens vor. Die jahressgemäß notwendige Einstimmigkeit der Hauptversammlung konnte aber nicht erreicht werden, da der Bismarckbund der Deutschen nationalen Volkspartei mit der Begründung Einspruch erhob, daß die Jungfalken entgegen der Ansicht des Vorstandes der Gruppe der Kampfbünde zuzurechnen seien und ihrer Aufnahme nur dann zugestimmt werden könne, wenn gleichzeitig der Jungfalken und der Jungmanner aufgenommen werden würden. Infolge dieses Einspruches verfiel somit das Ausnahmegehalt der Jungfalken des Jungdeutschen Ordens. Bei den Ausnahmegehalten des Jungmanners Schwarz-Rot-Gold, des Jungfalken und des Jungmanners ließ sich ebenfalls keine Einstimmigkeit erzielen. Der Vorstand behauptet, es habe einstimmig beschlossen, daß der Jungmanner Schwarz-Rot-Gold den Voraussetzungen der Mitgliedschaft entspreche, aber eine gleiche Einstimmigkeit in der Beurteilung des Jungfalken und des Jungmanners nicht erzielen ließe, da ein für die Mitglieder des Vorstandes gleichermäßen tragbarer und von ihnen anerkannter Maßstab der Beurteilung nicht gewonnen werden konnte.

# Wie geüben herzlich

## Das Proletariatskind im roten Wien

Copyright des Ernst Engel Verlag, Berlin W 30

Das Kindergartenwesen im roten Wien gehört zu den bestausgebildeten Fürsorgezweigen dieses großartigen und in der ganzen Welt anerkannten Aufbaues. Als die sozialistische Gemeindefürsorge ihre Arbeit aufnahm, fand sie lange und schreievolle städtische Kindergärten vor. Der „Spielunterricht“ war ganz der privaten Initiative überlassen und da in den privaten Kindergärten erhebliche Beiträge als Schulgeld bezahlt werden mußten, so hatten die Kinder des Proletariats, also gerade die, die am meisten auf eine gute Unterbringung angewiesen waren, während Vater und Mutter in die Arbeit gingen, das Nachsehen. Mir sie war die Straße gut genug! Heute verfügt die Gemeinde über weit mehr als hundert Kindergärten, von denen die meisten als „Vollkindergärten“ geführt werden, d. h. der „Sammeldienst“ beginnt schon zu so früher Stunde, daß die Kinder gleich mit ihren Eltern aus dem Hause gehen können und nicht unübersehbar in der Wohnung zu bleiben brauchen. Sehr viele Kindergärten befinden sich innerhalb der riesigen Wohnbauanlagen der Stadt, so daß auch die Frage der Begleitung und des Abholens der kleinen Kinder wegfällt. Aber nicht allein die Zahl der Kindergärten, ihr ständig wachsender Fassungsräum, ist erzieherisch für jeden wahren Kinderfreund, wahrhaft beglückend ist der Geist, in dem diese Kindergärten geleitet werden.

Man tritt ein. In Begleitung des Inspektors des gesamten Wiener Kindergartenwesens. Da gibt's keine leinweilige Begrüßung mehr, kein ehrerbietiges „Küß die Hand, Herr Inspektor“, sondern fröhlich klingt es aus zwanzig, dreißig Kinderstühlen: „Wir grüßen herzlich“. Das ist Revolutionierung altzeitlicher Begriffe: der Herr Lehrer, oder der Herr Inspektor, eine Respektsperson? Nein! Sie sind Frau und e, Leiter, Leiter und man begrüßt sie mit herzlichem Gruß. Beim Ausbau der Kindergärten wurde aber auch sonst Revolution gemacht, nämlich Revolution des Geistes. Der fortschrittlichen Entwicklung abgeleitete Kindergärtnerinnen wurden durch junge, lebensfrohe, fast noch selbst kindhafte Geschöpfe, erzieht, wundervolle Gefährtinnen und Leiterinnen ihrer kleinen Schützlinge. Viele Mädchen mit den lustigen Köden, den kurzgeschneitten Haaren und jugendlichen Augen lächeln und springen mit den Kindern um die Wette und da ist ein Frohsinn, eine Bewegtheit, eine Bunttheit in den lust- und lichtvollen Räumen, die den tiefsten Sinn des Wortes „Kindergarten“ erfüllt. Beglückender Gedanke, daß bereits 700 arme, blasse, heimliche Proletariatskinder, ein Drittel aller nordwestlichen Kinder Wiens ihren Tag, von 7 Uhr früh bis 6 Uhr abends, in dieser amüßigen Umgebung verbringen! Nicht alle haben wohl den Vorzug, in den eigenen für diesen Zweck geschaffenen wundervollen Räumlichkeiten der Gemeindefürsorge untergebracht zu sein. Aber selbst in die muffigen, noch immer ein wenig nach Klosterjuppe riechenden Zimmern der alten Kindergärten ist durch hellen Wandanstrich und durch die winzigen weißen oder hellgelben Montessori-Wäpchen, die nun überall aufgestellt sind, Heile und Frohsinn hineingebaut.

Das Besondere zur Montessori-Unterrichtsweise äußert sich übrigens nicht allein in der Verwendung ihrer Grundzüge, daß die Umgebung des Kleinkindes „kindgemäß“ sein müsse. Nach

hartem Kampf mit den strengen Anhängerinnen des Gröbel-Systems ist es gelungen, auch die Erziehungsweise im Kindergarten umzugestalten. Vordringlich gibt es nur einige wenige ausgesprochene „Montessori-Kindergärten“ der Gemeinde Wien — die meisten werden nach einem gemäßigten System Gröbel-Montessori geführt — aber schon für die allernächste Zeit ist die Einführung von 25 „reinen“ Montessori-Kindergarteneinrichtungen geplant und in städtischen Kurien werden Montessori-Lehrerinnen ausgebildet, die die Leitung dieser neuen Kindergärten übernehmen sollen.

Diese jungen Kräfte werden natürlich wieder einen frischen Zug in die Entwicklung bringen und den sozialistischen Geist der Kindererziehung stärken. Die österreichische Schulreform ist praxisvoll und vorbildlich für die Welt geworden. Aber sie trank daran, daß viel Lehrer, die zu ihrer Durchführung bestimmt sind, noch nicht den Geist erfaßt haben, der sie erfüllt und darum nicht ihre wahren Apostel sein können. In der Kindererziehung ist man den umgekehrten Weg gegangen. Man hat sich zuerst die Kräfte gesichert, die fähig sind, das ihnen anvertraute Gut zu verwirklichen und man hat dabei die besten Erfahrungen gemacht.

Jeder Tag ein Fest! Das ist die unausgesprochene Lezung! Der Vormittag ist gemeinsamen Spielen und Arbeiten gewidmet — wobei jedes Kind allein das Spielzeug und Arbeitsmaterial aus dem Kasten holen darf, welche Revolution auch hier! Dann wird gegessen, geschlafen und am Nachmittag darf jedes Kind machen, was es will. Dabei entsteht aber kein Unfug, wie es sich die früheren verknöcherten Erzieher vorgestellt haben, sondern es herrscht Ordnung und Fröhlichkeit und Lust an erster Vortätigkeit. Neben diesen „gewöhnlichen“ gibt es aber auch Tage, die doppelt festlich sind. Das sind die Geburtstage der Kleinen, die zumeist zuhause nicht gefeiert werden, weil die Eltern in der quälenden Not ihres grauen Alltags, in der entsetzlichen Jagd nach einem Bissen Brot, in der Hast der Arbeitsjuche für „Feste“ nicht viel übrig haben. Die Kindergärtnerin aber vergißt es nicht! Und so gibt es fast jede Woche eine rührende kleine Geburtstagsfeier, die etwa so aussieht: der Hansel, der Peterl oder die Gretl werden feierlich zu ihrem Platz geführt; auf dem Tischchen liegt ein buntes Stück Stoff, in kleinen Behältern brennen Kerzen in der Anzahl der Jahre des Geburtstagskinds. Davor, auf einem Bogen farbigen Seidenpapiers ausgebreitet, die Geschenke der kleinen Kameraden und Kameradinnen, ein Wirtenschein, ein paar Zuckeln, der Rest einer Butterkremel, ein Stückchen Schokolade.

Mer einmal die Ergriffenheit in den Zügen so eines kleinen Gezeierten gesehen hat, der lacht nicht mehr über die Armfeligkeit des Festes, der weiß, daß hier tagsüber elternlose Kinder eine Heimat gefunden haben, in der ein für die Zukunft verheißungsvolles Gemeinschaftsgefühl aus den Wurzeln freundschaftlicher Verbundenheit seine erste Nahrung erhält.

J. Siff-Schnierer-Wien.

\*) Ein in Oesterreich üblicher Gruß gegenüber übergeordneten Amtspersonen.

pflichtige Beschäftigung fortbestanden hat, werden bei der Berechnung der Anwartschaftszeit nicht mitgezählt. Diese Bestimmung ist nachteilig, wenn in den letzten zwölf Monaten, während der die Versicherungspflicht bestand, Tage von Arbeitsunfähigkeit vorhanden gewesen sind, da in diesem Falle durch die Abrechnung der Krankheitstage keine 52 vollen versicherungspflichtigen Beschäftigungswochen erreicht werden.

Die Karenzzeit oder Wartzeit, darunter versteht man die Zeit, die zurückzulegen ist vom Tage der Arbeitslosmeldung bis zum Unterstüßungsbeginn, ist beim Jugendlichen wie folgt geregelt: Der Jugendliche, der das 21. Lebensjahr noch nicht beendet und keine zuschlagsberechtigten Angehörigen hat, muß während der Unterhalt er sorgen; wenn er in die häusliche Gemeinschaft eines anderen (Eltern, Anverwandten) aufgenommen ist, beträgt die Karenzzeit oder Wartzeit 14 Tage. Wohnt zum Beispiel aber ein Jugendlicher mütterlich, so ist dies nicht gleichzusetzen mit der Aufnahme in die häusliche Gemeinschaft eines anderen. Die Wartzeit von 14 Tagen kann sich auf 7 Tage verkürzen, wenn die Arbeitslosigkeit nach Kurzarbeit von mindestens zweiwöchiger Dauer eingetreten ist und der Lohn während dieser Zeit um ein Drittel gekürzt war; außerdem nach Arbeitsunfähigkeit von mindestens zweiwöchiger Dauer und nach behördlich angeordneter Verwahrung von ebenfalls zweiwöchiger Dauer.

Ist der Unterstüßungsfall höher als der Verdienst, so tritt Kürzung der Unterstüßung ein. Das ist bei den unteren Lohnklassen möglich. Bekommt jemand zum Beispiel Unterstüßung nach Klasse I, so muß er 6 Mark erhalten. War aber der Verdienst nur 5 Mark, so wird die Unterstüßung gekürzt, jedoch nicht bei ausgelassenen Jugendlichen.

## Aus Stadt und Provinz

### Das „Züchtigungsrecht“

Die Lehrlinge waren nicht anders zur Aufmerksamkeit zu bringen — lagen die Prügelhelden

Mitte vorigen Monats hatten sich der Inhaber eines Geographischen Instituts in Biegnitz, Paul Baron, und ein bei ihm beschäftigter Steindrucker Rosemann wegen Körperverletzung, begangen durch Ueberschreitungen des letzter immer noch bestehenden Züchtigungsrechtes der Lehrherren, vor dem Biegnitzer Amtsgericht zu verantworten. Nach einem Bericht von Wolffs „Schlesischem Landesdienst“ hatte Baron den Lehrlingen, wenn sie etwas nicht richtig machten, „ab und zu ein mit der Hand hinter die Ohren gehen“, einen Lehrling aber auch mit dem Rohrstod so über den Rücken geschlagen, daß sich eine blutunterlaufene Stelle bildete. Auf Anweisung Barons mißhandelte der Steindrucker Rosemann die Lehrlinge gleichfalls mit dem Rohrstod. Vor Gericht betonten beide, daß die Lehrlinge „anders nicht zur Aufmerksamkeit zu bringen waren“.

Das Gericht verurteilte Baron wegen Körperverletzung zu 40 Mark Geldstrafe oder 4 Tagen Gefängnis, Rosemann zu der gleichen Strafe.

zu der gleichen Strafe, und betonte in der Urteilsbegründung, daß die Lehrlinge vielfach auch wegen kleiner Vergehen geschlagen wurden. Es sei eine Ueberschreitung des Züchtigungsrechtes des Lehrherren festzustellen. Rosemann habe überhaupt kein Züchtigungsrecht gehabt, da dies nicht übertragbar sei.

Dieser Fall — einer der wenigen, die zur Kenntnis der Allgemeinheit kommen — zeigt wieder einmal, wohin der mittelalterliche Begriff der väterlichen Zucht, der in unserer Gewerbeordnung immer noch herumspukt, praktisch führt. Was die beiden Verurteilten hier anführten, mag ein Beweis für ihre mangelnde Fähigkeit, mit jungen Menschen umzugehen, sicher aber nicht für die Notwendigkeit der gerade bei uns in Schließen, wo ja auch erwachsene Landarbeiter noch oft die Objekte jungerlicher Schlagfertigkeit sind, lebhaft lügende Prügelpädagogie sein. Der Vorfall zeigt überdies, wie notwendig auch die ständige Einwirkung der Berufsorganisation ist, damit Proletarier sich nicht — ein wahrhaft beschämendes Bild — zum Bützel prügelnder Arbeitgeber degradieren lassen. Die Lehrlinge aber müssen gegen diese unwürdigen Zustände ankämpfen, indem sie nicht nur ihrer Berufsorganisation beitreten, sondern auch am Berufsleben regen Anteil nehmen.

## Konferenz der Deutschen Sozialistischen Jugend in Pölnisch-Schlesien

Am 25. Mai hat die deutsche sozialistische Jugend in Pölnisch-Schlesien, im Königshütter Volkshaus, ihre diesjährige Bezirkskonferenz abgehalten. Von befreundeten Organisationen war auch der deutsch-oberschlesische Bezirk der SDJ vertreten, außerdem Genosse Knappl für den Ortsausschuß der Gewerkschaften von Königshütte. Genosse Knappl wünschte in seinen Begrüßungsworten, Förderung der gewerkschaftlichen Jugendarbeit durch die politische Jugend und forderte die Zusammenarbeit aller sozialistischen Jugendorganisationen. Der Bezirksvorsitzende, Genosse Morcynzel-Königshütte, konnte über die verfloßene Arbeitsperiode folgendes berichten: Die Bezirksorganisation umfaßt 5 Ortsgruppen. Es wurden drei Bezirkstreffen und zwei Bezirksversammlungen in deutsch-oberschlesischen Orten gemacht. Außerdem beteiligten sich 51 Mitglieder, aus Wien, Jugendsprekzen. Fast die gesamte Mitgliedschaft ist an einem Bezirkstreffen der polnischen Jugendorganisation U.A.R. in Bielez-Biala beteiligt gewesen. Außerdem haben sich die Gruppen recht eifrig und regen an der Wahlarbeit und dem Wahlkampf vor den Kommunal- und den Sejmwahlen beteiligt.

Die wichtigste Arbeit ist auf dem Gebiet des Organisationsausbaues zu leisten. Genosse Morcynzel fordert von allen von den Wienern Aktivität und Unterstützung der Funktionäre. In der Diskussion wurde Klarheit über Rotefalkenarbeit und Funktionärschulung gefordert. Die Bezirksleitung soll alles tun, um Partei und Gewerkschaften mehr an der Jugendarbeit zu interessieren. Die Vorkandwahlen brachten folgenden Ergebnis: Bezirksvorsitzender Alfred Kowalski-Königshütte, 2. Vorsitzender Artur Bixhau-Kattowitz, Kassierer Oelch-Königshütte, Schriftführer Morcynzel-Königshütte. Alle Ortsgruppen außer Königshütte stellen außerdem einen Beisitzer. Weiter wurde beschlossen, einen vierköpfigen Funktionärkursus in der Jugendherberge des Deutschen Kulturbundes in Anhalt abzuhalten. Mitte August wird in den Beständen außerdem ein dreitägiges Bezirksreffen abgehalten.

## Parteilogen! Arbeiterkern!

Cure Kinder gehören in die Sozialistische Arbeiterjugend.

## Die Jugendlichen in der Arbeitslosenversicherung

Die Novelle zum Gesetz über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung (AVAVG) vom 12. Oktober 1929 brachte mancherlei rechtliche Veränderungen, von denen nicht nur der erwachsene, sondern auch der jugendliche Arbeitnehmer erheblich betroffen wurde.

Der Versicherungspflicht in der Arbeitslosenversicherung unterliegt grundsätzlich jeder Jugendliche, der in einem Arbeiter- oder Angestelltenverhältnis steht, das heißt durch die Ausübung der Beschäftigung in den Fall der Krankheit versichert ist. Die Voraussetzung für die Versicherungspflicht in der Krankenversicherung — und damit auch in der Arbeitslosenversicherung — ist gegeben, wenn die Beschäftigung gegen Entgelt ausübt wird. Zum Entgelt gehören auch Sach- und andere Bezüge. Demnach unterliegt ein Jugendlicher, der in einem Arbeitsverhältnis steht, aber kein Entgelt dafür erhält, nicht der Versicherungspflicht in der Arbeitslosenversicherung. Von der Versicherungspflicht befreit ist der noch vollschulpflichtige Jugendliche und der Jugendliche, der nicht überwiegend berufsmäßig als Arbeitnehmer tätig zu sein pflegt. Man ist dann nicht überwiegend berufsmäßig als Arbeitnehmer tätig, wenn die Beschäftigung, die ausübt wird, nur eine „geringfügige“ ist. Eine geringfügige Beschäftigung ist, aus dem juristischen Begriff ins Deutsche übertragen, eine Beschäftigung, die in der Kalenderwoche weniger als 24 Stunden beträgt oder für die kein höheres wöchentliches Arbeitsentgelt als 8 Reichsmark vereinbart ist.

Versicherungszeit ist außerdem eine Beschäftigung, wenn der Jugendliche auf Grund eines schriftlichen Lehrvertrages im Handel, Gewerbe und anderen Zweigen von mindestens zwei- bis dreijähriger Dauer beschäftigt wird oder eine Beschäftigung in der Land- und Forstwirtschaft auf Grund eines schriftlichen Lehrvertrages von mindestens einjähriger Dauer ausübt. Diese Versicherungsfreiheit des Lehrlings erlischt jedoch zwölf Monate vor dem Tage, an dem das Lehrverhältnis durch Zeitablauf endet. Läuft zum Beispiel ein dreijähriger Lehrvertrag am 31. Dezember 1931 ab, so beginnt die Versicherungspflicht für den Lehrling mit dem 1. Januar 1932. Wird das Lehrverhältnis vorzeitig beendet, der Lehrling aber bei einem anderen Lehrherren auf Grund eines schriftlichen Lehrvertrages mindestens für den Rest der zweijährigen Dauer weiter beschäftigt, so ist auch diese Beschäftigung bis zum Beginn der zwölf Monate vor Ablauf der Lehrenzeit versicherungsfrei. Lehrverträge unter zwei Jahren im Gewerbe und Handel und Verträge mit einem Jahr in der Landwirtschaft sind demnach versicherungspflichtig. Praktisch gesehen ist der Lehrling in der Landwirtschaft, dessen Lehrvertrag ja nur ein Jahr läuft, von vornherein der Versicherungspflicht unterworfen, wenn er nicht über einen Arbeitsvertrag auf unbestimmte Zeit mit mindestens sechsmonatlicher Kündigungsfrist verfügt, oder auf Grund eines schriftlichen Arbeitsvertrages von mindestens einjähriger Dauer beschäftigt wird. In diesen beiden Fällen erlischt die Versicherungsfreiheit sechs Monate vor dem Tage, an dem das Arbeitsverhältnis durch Zeitablauf endet. Von diesem Tage an tritt die Versicherungspflicht ein. Versicherungsfrei ist schließlich auch der Jugendliche in der Landwirtschaft, wenn er zu dem Zwecke zählt und in die häusliche Gemeinschaft des Arbeitgebers aufgenommen ist.

Dagegen ist der Jugendliche, der nicht berufsmäßig der Land- und Forstwirtschaft angehört, nicht versicherungsfrei, wenn er zu dem Zweck der häuslichen Gemeinschaft ist. Dazu hat der Verwaltungsausschuß der Reichsanstalt folgenden Bescheid ergelast: „Arbeitnehmer, die nicht berufsmäßig der Land- und Forstwirtschaft angehören, sind für den Fall der Arbeitslosigkeit versichert, wenn sie in der häuslichen Gemeinschaft aufgenommen sind, wenn sie aber in der häuslichen Gemeinschaft aufgenommen sind, wenn sie in der häuslichen Gemeinschaft aufgenommen sind.“

Die Anwartschaft ist erfüllt, wenn der Jugendliche vor dem Unterstüßungsbeginn, 30 Wochen versicherungspflichtige Beschäftigung in den letzten zwei Jahren oder, wenn er zum ersten Male in Unterstüßung bestritten, 24 Wochen versicherungspflichtigen Beschäftigung in den letzten 30 Wochen nachweisen kann. Der Tag der Unterstüßung beginnt am 1. August des Jahres, in dem die Unterstüßung beginnt.

derselben taumen, da er die Anwartschaftszeit von 32 Wochen in den letzten zwei Jahren erworben hat. Hat der Jugendliche die Lehrzeit vor Ablauf gelöst, so sind die Voraussetzungen zum Unterstüßungsbezug nicht gegeben. Im übrigen erfährt der Jugendliche, dessen Beschäftigung versicherungsfrei ist oder war, im allgemeinen keine Benachteiligung aus dem Arbeitslosenversicherungsgesetz, da die versicherungsfreie Beschäftigung meist der versicherungspflichtigen Beschäftigung gleichgesetzt wird. Eine weitere Voraussetzung zum Bezug der Arbeitslosenunterstüßung ist neben der Zurücklegung der Anwartschaftszeit das Vorliegen von Arbeitsfähigkeit, Arbeitswilligkeit und unzeitweiliger Arbeitsunfähigkeit nicht gearbeitet hat, obgleich die versicherungs-

### Selbsterziehung

Es gibt ein altes lateinisches Wort. „Wage es, weise zu sein.“ Wir können es umprägen in unsere Zeit: „Wage es, Sozialist zu sein.“ Denn das heißt nicht: Wage es, dich zu organisieren (sehr oft ist das heute gar kein Wagnis mehr), sondern es heißt: Wage es, alles, was in dir noch unsozialistisch ist, was gegen die Gemeinschaft wirkt, was nur dich zum Mittelpunkt machen will, dir Genuß und Ansehen und Macht sucht, zu erkennen und erkennend zu überwinden.“

Wir alle wissen davon zu reden, wieviel Nöte derartige „kapitalistische“ Neigungen, Anlagen und Gewohnheiten in allen untern Organisationen, nicht zuletzt in unseren Jugendorganisationen, schaffen. Ich will nur einmal aufzählen, was sich an solchen Krankheitskeimen und -herden bald hier, bald dort zeigt: der Wunsch, sich hervorzuheben, eine Rolle zu spielen, ein Amt zu erhalten, als Folge davon der Kampf gegen andere, die man als Nebenbuhler ansieht (nichts anderes als mißgebildetes Selbstbedürfnis, das sich unflüchtig fühlt, wenn man ihm nicht äußerlich seine Bedeutung quitiert); mangelndes Verantwortungsgesühl bei übernommenen Aufgaben, das nur ein Zeichen dafür ist, man fühle sich nicht eng genug mit der Gemeinschaft verbunden, um ihre Angelegenheiten als die eigenen anzusehen und zu betreiben; Mißtrauen und Mißgunst, die hervorgerufen aus eigener Unflüchtigkeit und verflachten Minderwertigkeitsgefühlen; und bald zu allerhand Klatsch persönlicher Art führen, bald zu Kämpfen von Gruppen, Jüngere gegen Ältere, Mädel gegen Jungen und so fort.

Wir brauchen uns dieser Dinge so wenig zu schämen wie etwa einer Erkältung oder einer anderen Infektionskrankheit. Sie sind Folgen der verkehrten Zustände, in denen wir leben, so wie ein Schnupfen Folge der bösen Witterung ist. Aber wie wir versuchen, einen Schnupfen los zu werden, indem wir Sonne und reine Luft aufsuchen und unseren Körper abhärten und stärken, so können und sollen wir auch mit den häßlichen Auswirkungen unserer heutigen, gemischtgesellschaftlichen Welt fertig werden, indem wir sie der Einwirkung kameradschaftlicher Kritik und gemeinschaftlicher Selbsterziehung aussetzen. Dabei ist es freilich immer gefährlich, daß wir den Splitter bei anderen kritisch sehen und den Balken in eigenen Augen wohlwollend vergessen. Sind wir doch alle so besessen, daß wir unseren eigenen Schwächen ein Verständnis entgegenbringen, daß wir anderen hartnäckig verlagen. Der Philosoph Kant hat das einmal ausgedrückt: „Grundlag jedes sittlichen Handelns ist es, sich um die eigene Vollkommenheit zu bemühen und um die Vollkommenheit der anderen.“ Wir lehren das in der Regel aber um und um ebenso besorgt um die eigene Vollkommenheit wie um die Vollkommenheit der anderen.“

Damit ist eigentlich vollkommen ausgesprochen, welche Selbsterziehung eine sozialistische Gemeinschaft von uns verlangt, wenn wir nur ihren Lehren folgen, daß unsere Vollkommenheit nicht an anderer Kosten sein kann, als unsere völlige Anpassung an eine alle umschließende, geordnete Gemeinschaft.